

101. Sitzung

am Dienstag, dem 12. November 2002, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	7301	Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/10796	7321
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Frau Renate Dodell und Hans Joachim Werner . . .	7301	Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/10797	7321
Landtagsmandat für die Abgeordneten Martin Fink , Frau Christa Götz und Klaus Zachert . .	7301	Persönliche Bemerkung gemäß § 110 GeschO Volkman (SPD)	7321
Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion der CSU		Haushaltsplan 2003/2004; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie	
„ Auswirkungen der Vorhaben der Bundesregierung auf die Wirtschaft in Bayern “		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/10475)	
hierzu:		Staatsminister Dr. Wiesheu	7322, 7342
Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dr. Bernhard, Dinglreiter u. a. u. Frakt. (CSU)		Dr. Kaiser (SPD)	7328, 7329
Belastungen für die Wirtschaft stoppen (Drs. 14/10796)		Dr. Wiesheu (CSU)	7329
und		Dinglreiter (CSU)	7331
Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Ach, Kupka u. a. u. Frakt. (CSU)		Dr. Runge (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	7333, 7341
Baukonjunktur nicht abwürgen – wohnungsbaupolitischen Kahlschlag der Bundesregierung verhindern (Drs. 14/10797)		Pschierer (CSU)	7337
Dinglreiter (CSU)	7301	Dr. Scholz (SPD)	7339
Dr. Kaiser (SPD)	7303	Rotter (CSU)	7341
Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . .	7304	Beschluss zum Einzelplan 07	7345
Staatsminister Dr. Wiesheu	7306	Mitteilung betr. Ablehnung von Änderungsanträgen zum Einzelplan 07 gemäß § 132 Abs. 5 GeschO (s. a. Anlage 1)	7345, 7349
Dr. Bernhard (CSU)	7309	Schlussabstimmung über den Einzelplan 07 . . .	7345
Wahnschaffe (SPD)	7310	Mitteilung betr. Erledigung des Änderungsantrags 14/10420 unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung 14/10475 des Haushaltsausschusses	7345
Frau Staatsministerin Stewens	7311	Gesetzentwurf der Abg. Dr. Wilhelm, Weinhofer u. a. (CSU)	
Kobler (CSU)	7312	zur Änderung des Bayerischen Begabtenförderungsgesetzes und des Gesetzes zur Förde-	
Dr. Scholz (SPD)	7313		
Dr. Söder (CSU)	7314		
Volkman (SPD)	7315		
Pschierer (CSU)	7315		
Kupka (CSU)	7317		
Staatsminister Dr. Beckstein	7318		
Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	7320		
Wörner (SPD)	7321		

rung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Drs. 14/10496)

– Erste Lesung –

Verweisung in den Hochschulausschuss 7346

Gesetzentwurf der Abg. Peters, Lück, Volkmann u. a. (SPD)

zur **Änderung des Kommunalabgabengesetzes** (Drs. 14/10710)

– Erste Lesung –

Frau Peters (SPD) 7346

Ettengruber (CSU) 7347

Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 7347

Verweisung in den Innenausschuss 7348

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 63 Abs. 6 der GeschO **nicht einzeln beraten** werden (s. a. Anlage 2)

Beschluss 7347, 7351

Schluss der Sitzung 7348

(Beginn: 15.06 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 101. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch zwei Glückwünsche aussprechen. Am 7. November feierte Frau Kollegin Renate Dodell einen runden Geburtstag. Einen ebenfalls runden Geburtstag begeht heute Herr Kollege Hans Joachim Werner. Im Namen des Hohen Hauses und persönlich gratuliere ich der Kollegin und dem Kollegen sehr herzlich und wünsche ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit und gutes Gelingen für ihre parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Landeswahlleiter hat mir die Namen derjenigen Damen und Herren mitgeteilt, die als Nachfolgerinnen und Nachfolger der ausgeschiedenen früheren Kollegen zum 1. November 2002 die Rechtsstellung eines Mitglieds des Bayerischen Landtags erworben haben.

Ich begrüße zur heutigen Sitzung: für Herrn Dr. Peter Gauweiler Herrn Martin Fink,

(Allgemeiner Beifall)

für Herrn Josef Göppel Frau Christa Götz,

(Allgemeiner Beifall)

für Herrn Dr. Heinz Köhler Herrn Klaus Zachert.

(Allgemeiner Beifall)

Ich heiße die genannte Kollegin und die Kollegen im Hohen Haus sehr herzlich willkommen. Ich wünsche ihnen für ihre neuen Aufgaben im Parlament Kraft, Erfolg und Gottes Segen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

Auswirkungen der Vorhaben der Bundesregierung auf die Wirtschaft in Bayern

Für die heutige Sitzung war die Fraktion der CSU vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum vorgenannten Thema beantragt. In die Beratung beziehe ich folgende zum Plenum eingereichte Dringlichkeitsanträge mit ein:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dr. Bernhard, Dingreiter und anderer und Fraktion (CSU)

Belastungen für die Wirtschaft stoppen (Drucksache 14/10796)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Ach, Kupka und anderer und Fraktion (CSU)

Baukonjunktur nicht abwürgen – wohnungsbaupolitischen Kahlschlag der Bundesregierung verhindern (Drucksache 14/10797)

In der Aktuellen Stunde dürfen, wie Sie wissen, die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält eines ihrer Mitglieder zehn Minuten Redezeit; dies wird auf die Gesamtredezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag für eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. Ich bitte Sie, jeweils auf mein Signal zu achten.

Der erste Redner ist der Kollege Dingreiter. Er hat einen Zehnminutenbeitrag beantragt. Bitte, Herr Kollege Dingreiter.

Dingreiter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist die dramatische Situation in Deutschland im Herbst 2002: Die Wirtschaft stagniert; die Arbeitslosigkeit steigt zum Vorjahr an; die Diskussion um neue Steuern und Abgaben zerstört die Hoffnung vieler Menschen auf Entlastungen; eine Entriegelung des weithin blockierten Arbeitsmarktes ist nicht in Sicht; durchgreifende Reformen auf dem Arbeitsmarkt sind nicht zu erwarten und Experten rechnen bis zum Winter mit einer Arbeitslosenzahl von 4,5 Millionen. Die Koalitionsverhandlungen von Rot-Grün lassen nicht erkennen, dass nachhaltige Reformen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze geplant sind. Das Hartz-Konzept allein reicht dafür nicht. Und so wie in den letzten vier Jahren darf es nicht weitergehen. Gutachten ersetzen nicht den Mut zu notwendigen Reformen. Deutschland braucht einen Aufbruch und Bayern braucht bessere Rahmenbedingungen vom Bund, wenn es seine Spitzenstellung in Europa und in der Welt behaupten will.

Die Koalitionsvereinbarung zeigt: Diese Regierung hat mit Blick auf das Notwendige keine Ideen. Sie hat nicht den Mut, das Richtige zu tun, und vor allem keine Kraft, Deutschland voranzubringen.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen von Schröder und Eichel erleben wir eine Abkehr vom Primat des Sparens und eine Rückkehr zum Glauben an die Allmacht des Staates. Ich sage, es wird auch diesmal nichts bringen, den Menschen und den Unternehmen erst Geld wegzunehmen, um es dann über eine zum Teil teure Umverteilung ihnen wieder zukommen zu lassen. Das hat auch mit neuer Gerechtigkeit nichts zu tun. Es ist vielmehr in einem hohen Maße ungerecht, die immer mehr zu schröpfen, die mit ihrer Leistung Staat und Gesellschaft in besonderer Weise stützen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über vier Jahre hinweg haben wir gehört, dass alles eigentlich der Regierung Kohl anzulasten sei. Der Reformstillstand, die falsche Politik hätten die Bundesregierung daran gehindert, das Richtige zu tun. Jetzt habe ich den Eindruck, die Bundesregierung unter Schröder wäre froh, wenn sie da beginnen könnte, wo sie 1998 gestartet ist.

Ich will Ihnen ein paar Zahlen nennen. Wir hatten im September 1998 in Deutschland ein reales Wachstum von 2%. Heute stagniert die Wirtschaft, in Teilen ist sie sogar rückläufig.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Wir hatten im Jahre 2000 ein höheres Wachstum!)

– Ja, weil Sie den Aufschwung noch ein Stück weit mitgenommen haben, aber Ihre Reformen haben dann dazu geführt, dass es abwärts gegangen ist.

(Beifall bei der CSU)

Wir hatten im September 1998 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 343000 oder 8%. Heute haben wir 240000 Arbeitslose mehr als letztes Jahr, und das, obwohl in den letzten vier Jahren aus demografischen Gründen über 700000 Menschen mehr aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden als neu zugegangen sind. Die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug 1998 146000 gegenüber dem Vorjahr – heute beklagen wir eine rückläufige Entwicklung. Die Zahl der Selbstständigen wuchs 1998 um 66000 – heute beklagen wir 40000 Unternehmenspleiten, usw., usw.

Jetzt haben Sie die Erblast von vier Jahren Rot-Grün selbst zu tragen. Dies ist etwas, das uns mit unserer mittelständisch geprägten bayerischen Wirtschaft in besonderer Weise trifft, weil der Mittelstand durch Ihre Politik in massiver Weise geschädigt worden ist; denn trotz Steuerreform – der größten aller Zeiten, wie sie genannt wurde – zahlen Bürger, Einzelunternehmer und Personengesellschaften in Deutschland 2002 mehr Steuern als 1998. Das ist die Realität. Es darf nicht weiter darauf gesattelt werden; weil sonst – um ein Schiller-Wort zu gebrauchen – die Pferde nicht mehr saufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Statt dass die rund 60 Steuern und Abgaben reduziert werden und das in 160 Bundesgesetzen geregelte Steuersystem vereinfacht wird, erleben wir mit den geplanten 50 Steuerverschärfungen einen Ideenwettbewerb der rot-grünen Bundesregierung, der genau auf das Gegenteil gerichtet ist. Das Ergebnis: Die Wachstumsprognosen brechen ein; die Haushaltslöcher werden von Tag zu Tag größer, und die Finanzierung der Sozialsysteme wird immer schwieriger. Aber nur, wenn der Mittelstand Geld zum Investieren hat, werden wieder neue Arbeitsplätze entstehen. Die Menschen im Lande werden wieder mehr Geld für Anschaffungen ausgeben, wenn ihnen der Staat mehr Geld in der Tasche lässt und ihnen vor allem die Sorgen um den Arbeitsplatz abnimmt, die heute auch ständig größer werden. Hier müsste man

ansetzen, die Kräfte des Marktes unterstützen, statt sie zusätzlich zu regulieren und teilweise zu strangulieren, wie es geschieht.

Wir erleben es landauf, landab in vielen Kommentaren, in vielen Berichten der Medien: Rot-Grün hat Deutschland in die tiefstgreifende Krise geführt, die die deutsche Wirtschaft seit Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt hat. Dies zeigt sich in der Veränderung des Wachstums und in der Stimmung der Wirtschaft, die derzeit ein Allzeittief erreicht. Die Folgen seien dramatisch, sagt der Chef des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages, und er formuliert wörtlich: Wenn der Mittelstand die Lust am Standort Deutschland verliert, haben wir in wenigen Jahren eine andere Republik. Ist dies das Ziel dieser Bundesregierung? – Man könnte es glauben; denn die von allen Fachleuten kritisierten Fehler werden nicht etwa korrigiert, sondern es werden sogar noch neue obenaufgesetzt. Die Aussage der Wirtschaftsweisen lautet ganz klar: Die Koalitionsvereinbarung zur Anhebung von Steuern und Sozialabgaben ist das Gegenteil dessen, was wachstumspolitisch geboten ist. Der neue Wirtschafts- und Arbeitsminister sagt dazu, es wären Dilettanten, die das erarbeitet haben; sie hätten keine Ahnung von den Dingen, um die es jetzt geht. Es wird sich herausstellen, wer dilettantischer argumentiert oder handelt: die Wirtschaftsweisen oder die neue Regierung.

Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf, über den Bundesrat die Erhöhung von Steuern und Abgaben soweit wie möglich zu verhindern. Wir brauchen mehr Menschen und Betriebe, die Steuern und Abgaben zahlen und zahlen können, nicht immer höhere Sätze, die Arbeit verhindern. Die Wirtschaft braucht in einer globalisierten Welt Bewegungsfreiheit, braucht flexible Rahmenbedingungen; denn nur dann kann sie sich zeitgerecht den sich rasch verändernden Verhältnissen anpassen und sich erfolgreich entwickeln. Genau das Gegenteil wird getan. Eine hochentwickelte, mittelständisch geprägte bayerische Wirtschaft ist auf solche Rahmenbedingungen in besonderer Weise angewiesen.

Wir als Bayern werden in Deutschland immer Spitze bleiben. Dafür sorgt die zukunftsweisende Politik, die unser Land unter Führung der CSU in den vergangenen Jahrzehnten gemacht hat und die weiter so betrieben wird. Aber auch Bayern kann in Europa und in der Welt auf Dauer nicht Spitze bleiben, wenn sich die grundlegenden Rahmendaten des Bundes nicht verbessern. Deshalb rufe ich auch die SPD auf, im Interesse Bayerns mit uns gemeinsam daran zu arbeiten, einen Wandel in der Politik vorzunehmen, ein Wandel hin zu mehr Wachstum, hin zu mehr Beschäftigung, damit es mit Deutschland wieder aufwärts geht. Wir haben deshalb in einem Dringlichkeitsantrag jene Punkte formuliert, die uns wichtig sind: Vermeidung von mehr steuerlichen Belastungen – diese können wir nicht mehr gebrauchen, weil sie die Wirtschaft nicht mehr tragen kann –, Schaffung von investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen und Verhinderung von Einschnitten bei öffentlichen Investitionen.

Sie könnten etwas tun, wenn sie dazu beitragen würden, dass die 4,5 Milliarden €, die aus der Lkw-Maut kommen, in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und nicht

irgendwohin fließen, wo sie dann niemand mehr zuordnen kann. Wir brauchen eine wirksame Entriegelung des Arbeitsmarktes, damit Bewegung entstehen kann. Wir brauchen eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten und einen Bürokratieabbau, vor allem für den Mittelstand. Ein Mittelständler zahlt heute pro Mitarbeiter und Jahr etwa 3500 DM an Bürokratiekosten. Das ist zuviel; da muss sich etwas ändern. Deshalb werden wir auch dazu morgen einen Dringlichkeitsantrag beraten, zu dem ich Sie schon heute einlade, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Kaiser, – auch ein Zehn-Minuten-Beitrag.

(Freiherr von Rotenhan (CSU): Erzähl vom Deutschen Orden!)

Dr. Kaiser (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dingreiter, Sie haben in der Aktuellen Stunde eben genau das Gleiche gemacht wie gestern der Ministerpräsident auf dem CDU-Parteitag bei seiner Abschiedsrede als Kanzlerkandidat. Sie haben nur kritisiert, Sie haben nur gemeckert, machen aber keinerlei konkrete Vorschläge, wie Sie das finanzieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind ohne eigenes Konzept und machen keine Einzelvorschläge zur Lösung der Probleme. Das ist eine sehr armselige Haltung. Meine Damen und Herren, die Politik der Bundesregierung basiert auf folgendem strategischen Dreiklang: konsolidieren, investieren und reformieren.

(Lachen bei der CSU – Ach (CSU): Da sind viele Dissonanzen drin!)

– Meine Damen und Herren, da staunen Sie. Konsolidieren war, ist und bleibt das Kernstück sozialdemokratischer Regierungspolitik in Berlin. Der Marsch in den Verschuldungsstaat wurde durch Hans Eichel gestoppt.

(Dr. Bernhard (CSU): 3,7% Überschreitung!)

– Herr Kollege Dr. Bernhard, 1500 Milliarden DM, also 1,5 Billionen Mark, betrug bei der Regierungsübernahme 1998 die Schuldenlast des Bundes. Die jährliche Zinslast für den Bundeshaushalt betrug 82 Milliarden DM. Das ist die leider nach wie vor wirksame katastrophale Erblast von 16 Jahren Ihrer Regierung.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute – in einem schwierigeren weltwirtschaftlichen Umfeld – lehnen Sie von der Union einerseits Ausgabenminderungen ab, schimpfen aber andererseits gleichzeitig auf geplante Einnahmeverbesserungen.

(Dr. Bernhard (CSU): Steuererhöhungen heißt das!)

– Außerdem beklagen Sie lautstark – zum Beispiel in Ihren Zwischenrufen – die Nichteinhaltung der Neuverschuldungsgrenze von 3% des Europäischen Stabilitätspaktes. Meine Damen und Herren von der CSU, das ist eine widersprüchliche, unredliche und unseriöse Politik.

(Beifall bei der SPD – Dr. Bernhard (CSU): Ihre Politik ist unseriös!)

Nehmen wir zum Beispiel die Kürzung der Eigenheimzulage: Über diesen Punkt kann man sicherlich diskutieren. Die Wohnraumförderung für Familien mit Kindern steht für uns dabei im Vordergrund. Die CSU hat allerdings am allerwenigsten Grund, dies zu kritisieren. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hat der Freistaat zinsgünstige Darlehen der sozialen Wohnraumförderung gekappt. Ich habe das den „Nürnberger Nachrichten“ vom 9. bis 10. November entnommen. Dort hieß es:

Freistaat kappte zinsgünstige Darlehen der sozialen Wohnraumförderung ohne Vorwarnung der Betroffenen. Hiobsbotschaft für Bauherren kam per E-mail. In diesen Tagen hat es zahlreiche Bauherren in Bayern kalt erwischt. Über Nacht hat der Freistaat die Vergabebedingungen für zinsgünstige Baudarlehen so verschärft, dass Betroffene nun völlig überraschend ihr Projekt aufgeben, umplanen oder zusätzliches Kapital beschaffen müssen.

Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt stellen Sie Dringlichkeitsanträge, um die Bauwirtschaft zu fördern. Meine Damen und Herren, bevor Sie über Berlin schimpfen, machen Sie Ihre Hausaufgaben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CSU, wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Ein weiteres Beispiel sind die Einnahmen, die Einführung einer Mindestbesteuerung bei Kapitalgesellschaften. Ihr Kandidat beklagte im Bundestagswahlkampf in echt klassenkämpferischer Manier – das war ein richtiger PDS-Wahlkampf – den Einbruch bei der Körperschaftssteuer. Er wurde nicht müde, die angebliche soziale Schieflage und die Benachteiligung des Mittelstands anzuprangern. Die CSU lehnt aber jetzt die Mindestbesteuerung, die Einschränkung des Verlustvor- und -rücktrages, durch die die Körperschaftssteuer erhöht würde, ab. Die CSU lehnt ab, ohne eigene Vorschläge zu machen oder ein Konzept zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie geben das auch zu. Der Finanzminister hat in der „Financial Times Deutschland“ am 24. Oktober erklärt: „Union kündigt Widerstand gegen Mindeststeuer an“.

(Dr. Bernhard (CSU): Das ist auch richtig!)

– Sie sagen: Das ist richtig. In dem Artikel heißt es weiter:

Der Minister räumte ein, dass die Union in dieser Frage noch kein fertiges Konzept habe. Klar aber ist, statt mit dem Holzhammer draufzuschlagen, muss an vielen kleinen Stellschrauben gedreht werden, etwa im Bereich der steuerlichen Organschaften.

Meine Damen und Herren, machen Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben. Der Finanzminister soll ein Konzept vorlegen. Dann können Sie kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Öko-Steuer. Sie haben bei der Öko-Steuer zum Beispiel die mangelnde ökologische Lenkungsfunktion kritisiert und die Steuer als „Abkassiermodell“ diskreditiert.

(Willi Müller (CSU): Das ist sie auch!)

Jetzt lehnen Sie die Vorschläge ab, wonach die Steuer für starke Energieverbraucher und energieintensive Industrien behutsam angehoben werden soll. Das ist widersprüchlich, unredlich und unseriös.

Nun zur zweiten Säule der Politik der Bundesregierung, also zum Investieren: Die Bundesregierung verstetigt ihre Investitionen auf hohem Niveau. Für gute Projekte – auch Projekte in Bayern – werden 29 Milliarden Euro ausgegeben. Denken Sie nur an die Autobahnen, die ICE-Strecke und die Fußballstadien. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind von 5,1 Milliarden Euro im Jahre 1997 auf 6,2 Milliarden Euro im Jahre 2002 gestiegen, also um mehr als eine Milliarde Euro. Das ist wahre Zukunftspolitik. Das muss ich einmal deutlich hervorheben.

(Beifall bei der SPD)

Die Gemeindefinanzreform zur Stärkung der Investitionskraft der Kommunen wird jetzt angegangen.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zu den Reformen: Mit dem Hartz-Konzept schafft die Bundesregierung die notwendigen Rahmenbedingungen für eine rasche und nachhaltige Vermittlung von Arbeit. Sie schafft mehr Brücken für die Beschäftigung und eröffnet neue Beschäftigungsfelder. Mit der Umsetzung der Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ bringt die Bundesregierung die größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg. Diese Reform wird auch auf dem Arbeitsmarkt in Bayern positive Auswirkungen zeitigen. Die Vorschläge, die von den Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Wissenschaft und der Politik in der Kommission einstimmig beschlossen wurden, sind geeignet, eine zum Teil lähmende gesellschaftliche Debatte zu überwinden. Die Reform verbindet die unternehmerischen Erwartungen auf Flexibilität mit dem Anspruch des Einzelnen nach sozialer Sicherheit. Die Vorschläge der Hartz-Kommission bilden ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für mehr Beschäftigung.

(Beifall bei der SPD)

Stimmen Sie doch zu. Machen Sie mit. Blockieren Sie diese Reformen nicht im Bundesrat. Das haben die Arbeitslosen in unserem Lande nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

Die bedauerlich hohe Arbeitslosigkeit ist in erster Linie durch die weltkonjunkturelle Lage bedingt. Sie lässt manchmal die Erfolge der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik in den Hintergrund treten. Ich möchte nur an die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen erinnern. 1997 waren in unserem Lande 15,2 Millionen Frauen berufstätig. Im Jahre 2002 sind es bereits 16,2 Millionen. Ich erinnere auch an die steigende Zahl sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigter. 1997 waren es 3,62 Millionen, im Jahre 2001 4,12 Millionen.

Mit der vorübergehenden Anhebung der Rentenbeiträge sichert die Bundesregierung die wohl verdienten Renten unserer Ruheständler und schafft die Voraussetzungen für die umfassende Reform des Gesundheitswesens. „Konsolidieren, investieren und reformieren“ ist die Leitlinie der Politik der Bundesregierung zum Wohle der gesamten Bundesrepublik, auch des Freistaates Bayern. Die rot-grüne Bundesregierung mit Bundeskanzler Gerhard Schröder an der Spitze wird auch in schwierigen und stürmischen Zeiten das Staatsschiff erfolgreich steuern und in ruhigere Gewässer leiten. Eine Unionsopposition ohne Konzept brauchen wir dabei nicht zu fürchten.

(Gabsteiger (CSU): Das glaubt ihr doch selber nicht!)

Meine Damen und Herren, Sie gewinnen die Umfragen, wir gewinnen die Wahlen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Fraktion hat heute ein allumfassendes universelles Thema gewählt: „Auswirkungen der Vorhaben der Bundesregierung auf die Wirtschaft in Bayern“. In Berlin gibt es durchaus Vorhaben mit positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft in Bayern. Ich denke dabei an die Energiepolitik, an die Fortsetzung und Fortführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

(Dr. Bernhard (CSU): Erdgassteuer!)

Herr Dr. Bernhard, ich komme gleich auf das zu sprechen, worüber Sie sich mit uns unterhalten wollen. Heute geht es also um etwas anderes: Heute werden wir uns über die Rente, das Gesundheitswesen, Subventionsabbau und über Steuern unterhalten. Ganz aktuell sind die Gesetzentwürfe zur Sicherung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der gesetzlichen Rentenversicherung vom 6. November.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernhard (CSU))

– Herr Dr. Bernhard, ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass wir davon alles andere als begeistert sind.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Bernhard (CSU))

Das Vorschaltgesetz zum Gesundheitswesen mit – ich nenne jetzt nur Stichworte – der Nullrunde bei den Krankenhausausgaben und der Deckelung der Kassenbeiträge verzögert in unseren Augen einen Einstieg in wirkliche Reformen und munitioniert politische Gegner. Wir kennen doch die Schlagzeilen, zum Beispiel: „Nullrunde Klinik: 20 Kräfte weniger“.

Zur Rentenversicherung: Die Schwankungsreserve in der Rentenversicherung war schon bei Ihnen geringer. Das Problem ist zum einen die Beitragsbemessungsgrenze und zum anderen der höhere Satz von 19,5 Prozentpunkten. Wir fordern endlich ein Umsteuern in Richtung auf zwei Ziele. Das eine Ziel ist die Generationengerechtigkeit, das andere sind geringere Lohnnebenkosten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sind wir bei einem der Grundübel der Politik angelangt. Die großen, klientelverhafteten Parteien wagen es nicht, über grundlegende Reformen und radikale Reformschritte nachzudenken. Ein weiteres Grundübel ist – Herr Dinglreiter hat mehr Wachstum vehement eingefordert –, dass die ganze Wirtschaftspolitik gedanklich auf Wachstum aufbaut, dass alles von regelmäßigem Wachstum abhängig ist. Das halten wir für einen Fehler; denn das führt die Politik zum einen in eine Glaubwürdigkeitsfalle – Stichworte Arbeitsplatzzusagen, Arbeitslosenquote, Staatsverschuldung –, und zum anderen hindert das Vertrauen auf stetes Wachstum am Nachdenken über wirkliche Reformen der sozialen Sicherungssysteme und über Reformen der Finanzierung öffentlicher Haushalte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist stetiges Wachstum nicht gottgegeben, zumal in einer schrumpfenden Gesellschaft. Auch dies gilt es zu bedenken.

An dieser Stelle ist die Frage aufzuwerfen: Wo wären wir denn heute ohne Rot-Grün? Wo wären wir heute ohne die Ökosteuern? –

(Lachen bei der CSU)

Kollege Kaiser hat es kurz angesprochen. Der Rentenbeitragssatz hätte statt 19,1 Prozentpunkte 20,6 Prozentpunkte betragen. Jetzt hätten wir sogar 21 Prozentpunkte nötig.

(Zuruf des Abgeordneten Dinglreiter (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU)

– Herr Dinglreiter, da sind wir genau beim Kern. Ich verstehe, dass Ihnen unwohl ist. Von Ihnen kommt nichts anderes als Gemeckere, Genöle und Gejammere.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei eigenen Konzepten und eigenen Ideen ist völlige Fehlanzeige. Konzeptlosigkeit und völlige Orientierungslosigkeit ist bei CDU und vor allem der CSU ja schon zum Programm geworden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Dinglreiter, meine Kollegen von der CSU, nehmen Sie es mir nicht übel: Wenn die CSU über Steuererhöhungen jammert, ist das genauso, wie wenn Jack the Ripper beklagen würde, dass der Staat zu wenige Programme zum Schutz leichter Mädchen in dunklen Ecken auflegt.

(Lachen bei der CSU)

Sie sind doch die Partei der größten Steuererhöhungen: Versicherungsteuer, Mineralölsteuer; ich könnte das beliebig fortsetzen. Sie sind die Partei der höchsten Steuersätze. Das gilt für den Spitzensteuersatz und den Eingangssteuersatz der Einkommensteuer. Sie haben doch immer für die höchsten Steuern gesorgt. Hinterher aber kommt wieder das übliche Gejammere.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ex-Kanzlerkandidat ist erfreulicherweise da. Er hat sich in den letzten Tagen mehrfach zu diesem Thema in Interviews und Reden, auch in der Rede auf dem CDU-Parteitag, geäußert. Ich nenne einige Schlagworte, die wir dem Internet entnehmen durften: „Rot-Grün hat den Karren tief in den Dreck gefahren.“ Wir erinnern uns: 16 Jahre Regierungszeit von Kohl und Waigel waren ein Jungbrunnen für Reformen, waren ein Quell zielführender Reformen. Ich nenne ein weiteres Schlagwort: „Rot-Grün heißt mehr Staat, CDU/CSU weniger Staat.“ Und dies aus dem Munde des Ministerpräsidenten im Bürokratiemonster Bayern! Herr Ministerpräsident, dazu nenne ich nur zwei Stichworte. Das erste ist das Bayerische Weinabsatzförderungsgesetz, die zweite Zwangsabgabe für unsere bayerischen Winzer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zweite Schlagwort: Aus Bayern kommt das Gemeckere über das Bürokratiemonster Bauabzugsteuer. Auf wessen Betreiben ist die Bauabzugsteuer eingeführt worden? – Das geschah auf Betreiben der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne ein weiteres Zitat von Edmund Stoiber: „Wir wollen eine positive Grundstimmung erhalten.“ Das geht aber nicht, wenn man alles schlecht macht. Noch eine schöne Aussage: „Die Durchschnittsfamilie hat durch Rot-Grün weniger in der Tasche, ich lehne jede Art von Steuererhöhung ab.“ Wir erinnern uns noch daran, wie Sie im Bundestagswahlkampf versprochen haben, den Spitzensteuersatz zu senken, die Sozialversicherungsbeiträge zu deckeln, gleichzeitig Milliarden für die Spallationsquelle bereitzustellen, weitere Milliarden für den

Transrapid. Von irgendwoher müssen die Gelder aber kommen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das zeigt, dass die CSU und ihr damaliger Kanzlerkandidat die kleinen Leute ausbluten lassen wollten. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Sie aber wollen eben das.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist augenfällig – das wird auch später bei den Haushaltsreden zum Einzelplan 07 der Fall sein –, dass dann, wenn etwas gut geht, Staatsregierung und CSU dafür verantwortlich sind, wenn etwas nicht hervorragend läuft, waren selbstverständlich die anderen schuld.

Wir, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag, sagen: Jetzt sind endlich grundlegende Reformen angesagt, und zwar der sozialen Sicherungssysteme, des Arbeitsmarkts und der öffentlichen Haushalte.

(Zuruf des Abgeordneten Loscher-Frühwald (CSU))

Das ist eine Aufforderung an die Regierung in Berlin. Diese Aufforderung richten wir selbstverständlich an die grüne Bundestagsfraktion in Berlin. Das ist aber auch eine Aufforderung an die CSU und die Staatsregierung, nicht immer nur zu maulen, zu meckern und zu blockieren, sondern stattdessen eigene Konzepte und Ideen zu liefern. Dann können wir uns damit hier auseinander setzen. Dann kämen wir weiter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Herr Staatsminister Dr. Wiesheu hat um das Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Es ist doch erstaunlich, dass die SPD bei der Diskussion über den Haushalt offensichtlich immer wieder vergisst, dass es in Deutschland eine Wiedervereinigung gegeben hat.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

– Seinerzeit waren Sie auch der Meinung, dass die Ausgaben notwendig sind. Ich verweise auf Herrn Eichel, der nach Übernahme seines Amtes gesagt hat, diese Aufgaben seien notwendig und nicht vermeidbar gewesen.

(Dr. Scholz (SPD): Aber wie sie finanziert werden!)

Deswegen ist es unfair, heute damit zu argumentieren.

Fairer wäre es, wenn Sie sagen würden, was aus dem Sparhans Eichel geworden ist. Heute kommen Rügen aus Brüssel wegen Nichteinhaltung der Stabilitätskriterien. Wo ist denn da der Sparkurs geblieben? – Immer wieder wird gesagt, der Reformstau wäre 1998 aufgelöst

worden. Vergessen ist also die sinnvolle Steuerreform unter Stoltenberg, die Reformen bei Bahn, Post, Telekom und anderswo. In den letzten vier Jahren der Kohl-Regierung sind mehr sinnvolle Reformen gelaufen als bei Ihnen in den letzten vier Jahren. Der Reformstau wurde zwar aufgelöst, aber Ihre Reformen gingen in die falsche Richtung. Sie haben Probleme geschaffen und nicht Probleme gelöst. Sie bereuen ja heute noch, dass die Blüm-Reform mit dem demografischen Faktor bei der Rente zurückgenommen worden ist. Jetzt müssen Sie einräumen, dass die Bevölkerungsentwicklung Sie zu Korrekturen zwingt. Die Korrekturen werden zwar nicht vor den Wahlen in Hessen und Niedersachsen durchgeführt, aber nachher kommen sie schon.

(Zurufe von der SPD)

– Aber selbstverständlich! Das wissen Sie genauso gut wie ich. Die Koalitionsvereinbarungen und die Gesetzentwürfe, die jetzt mit großer Hektik auf den Weg gebracht werden, sind ein Dokument politischer Rat- und Mutlosigkeit ohne jede ordnungspolitische Linie. Sie verbessern weder das Investitionsklima noch das psychische Klima bei den Verbrauchern, sondern sorgen nur für Verängstigung. Sie flexibilisieren den Arbeitsmarkt nicht: hier Fehlanzeige; Impulse für Wachstum und Beschäftigung: Fehlanzeige; Modernisierungspolitik für Deutschland: Fehlanzeige.

Das ist die Bilanz Ihrer Koalitionsvereinbarungen. 50 Steuererhöhungen mit einer Gesamtbelastung von 70 Milliarden € bis zum Jahr 2006 sind vorgeschlagen. Die Sozialabgaben sinken nicht, sondern sie steigen. Bei Einführung der Ökosteuer wurde gesagt, dass die Lohnzusatzkosten auf unter 40% sinken: Tatsächlich sind sie aber gestiegen, weil man die Ökosteuer eingeführt und sich dann auf die faule Haut gelegt hat und wichtige Reformen nicht durchgeführt hat.

Das Hartz-Konzept schafft keine neuen Arbeitsplätze, es bereinigt die Statistik. Mehr wird es nicht sein. Die Haushaltskonsolidierung ist weitgehend aufgegeben. Mit dem, was Rot-Grün macht, kommen wir nicht aus der Rezession heraus. Sie verschärfen die Krise in der Wirtschaft, und Sie verschärfen die Krise auf dem Arbeitsmarkt. Das gilt für Deutschland generell; Herr Kollege Dinglreiter hat es dargestellt. Ich möchte nun einige Punkte herausgreifen, die uns in Bayern speziell betreffen. Wenn man genau hinsieht, bemerkt man, dass wir von einigen Dingen überproportional stark betroffen sind.

Herr Dr. Kaiser sagt, mit der Verlustverrechnung und der Mindestbesteuerung sollen Fehler korrigiert werden, die bei der Körperschaftsteuer gemacht wurden. Der Fehler bei der Körperschaftsteuer war die sofort mögliche Auflösung der thesaurierten Gewinne. Bei der niedrigeren Besteuerung mit 25% wurde eine Menge herausgezogen.

(Dr. Kaiser (SPD): Das war doch vorher schon möglich!)

– Nein, das war vorher nicht möglich. Machen Sie sich kundig: Das ist durch die Steuerreform geschehen.

Die Mindestbesteuerung und die Begrenzung auf sieben Jahre bei den Verlustvorträgen lösen das Problem nicht, weil es sich dabei um eine Antwort auf eine nicht gestellte Frage handelt. Die Mindestbesteuerung und die Begrenzung auf sieben Jahre treffen nicht nur die Kapitalgesellschaften, sondern auch die Personengesellschaften. Wenn Sie das Problem der Körperschaftsteuer bei den Kapitalgesellschaften lösen wollen, brauchen Sie eine Regelung, die die Personengesellschaften nicht trifft. Ihre Regelung trifft aber die Personengesellschaften, wobei darauf hinzuweisen ist, dass 88% der Betriebe in Bayern Personengesellschaften sind. Das heißt, diese Maßnahme setzt an der falschen Stelle an.

Hinzu kommt Folgendes: Sehen Sie sich einmal die Situation bei Existenzgründungen und Betriebsübernahmen, bei Venture-Capital-Firmen und neuen Technologien an. Eine Reihe von Firmen ist darauf angelegt, in den ersten Jahren Verlust zu machen, weil Produkte erst entwickelt werden müssen, bevor man in die Gewinnzone kommt. Deshalb werden diese Betriebe auch mit Venture Capital finanziert. Wenn Sie die Verlustvorträge sachlich und zeitlich begrenzen, dann würgen Sie die Betriebe ab. Das ist ein Programm zum Abwürgen der modernen Betriebe in Bayern und Deutschland. Sieht man das nicht?

(Beifall bei der CSU)

Sie würgen die Gründerdynamik ab. Jeder wird sagen: Wenn man die ersten Jahre – logischerweise bei den Investitionen – Verluste macht und diese Verluste später nicht verrechnen kann, wie soll man dann einen Betrieb aufbauen? Unter diesen Voraussetzungen kann man nur einen Betrieb aufbauen, der sofort etwas bringt. Aber das gibt es bei uns noch nicht. Sie würgen die Betriebe ab, die zyklischen Schwankungen unterworfen sind. Schauen Sie sich Infineon an: Dort muss eine Menge von Leuten ausgestellt werden. Wenn es dort wieder aufwärts geht, könnten die Verluste nur eine kurze Zeit lang verrechnet werden. Wo wird die Firma hingehen, wenn wir derartige steuerliche Regelungen haben? Mit den Steuerregelungen, mit denen Sie keine Antwort auf die Fehler, die Sie bei der Steuerreform gemacht haben, geben, treiben Sie Betriebe, die zyklischen Schwankungen unterworfen sind, aus dem Land. Hier geht es um eine Reihe von modernen Betrieben. Das trifft uns in Bayern.

Ich komme zur Besteuerung des Aktienmarktes. Warum gibt es denn die Probleme bei den Betrieben, die sich mit Venture Capital oder Chancen-Capital finanzieren? – Weil die Möglichkeiten auf dem Neuen Markt eingegangen sind, weil hier zur Zeit Schwierigkeiten bestehen. Wenn Sie die von Ihnen geplante Aktienbesteuerung durchführen, dann wird der Aktienmarkt nicht mehr aufstehen und dann wird die Finanzierungsquelle für expansive Betriebe und neue Betriebe, die nach einer Gründungs- und Aufbauphase auf den Markt kommen sollen und sich auf dem Kapitalmarkt finanzieren sollen, ausfallen. Über Fremdfinanzierung läuft das nicht. Das bedeutet, dass der Innovationsprozess bei neuen Produkten und neuen Betrieben abgewürgt wird. Damit fehlt ein wesentliches Element bei der Strukturveränderung in unserer Wirtschaft, das bedeutet: Dort, wo Altes weg-

bricht, muss Neues entstehen. Damit werden Chancen abgebaut. Damit werden diese Betriebe mit ihren Chancen in andere Länder vertrieben. Das Ganze geht weiter bei der Venture-Capital-Finanzierung und Besteuerung.

Bei mir war kürzlich ein Unternehmer aus Israel – ich nenne keinen Namen –, der einen Venture-Capital-Fonds mit einem Volumen von 100 Millionen Dollar in Europa einrichten will. Wir hätten das natürlich gern in München. Er sagt, es kommt darauf an, welche steuerlichen Regelungen hier in Zukunft gelten. Wenn die jetzigen Regelungen bleiben, geht er nach London. Wenn sie korrigiert werden, geht er nach Bayern. Es hängt also davon ab, welche Regelungen kommen. Leider sind in Berlin aber keine Anzeichen für eine Korrektur vorhanden.

Wenn diejenigen, die finanzieren sollen, nicht bei uns investieren, weil die steuerlichen Regelungen nicht stimmen, wird der Innovationsprozess abgewürgt. Manchmal habe ich den Eindruck, das ist einigen gerade recht, die sehen, dass das Bayern eine Menge gebracht hat, und die Bayern gern eine auf den Hut geben würden, weil es in Berlin besser aussieht, wenn Bayern bei der wirtschaftlichen Entwicklung nicht davonzieht, sondern im Mittelfeld mitläuft. Das wollen wir aber gerade nicht.

Ich komme zur Erhöhung der Pauschale für die private Nutzung von Dienstfahrzeugen von 1% auf 1,5%. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Erfahrungen von 1995 bis 1997 erinnern. Bereits unter Finanzminister Waigel gab es eine Debatte über die Korrektur. Damals wurde die Pauschale heraufgesetzt, obwohl wir uns dagegen gewandt haben. Damals ging die Zahl der Fahrzeuge im oberen Segment – BMW, Audi, Mercedes – um knapp ein Viertel zurück, während bei kleineren Fahrzeugen weniger Rückgang zu verzeichnen war. Wenn Sie eine Erhöhung von 1% auf 1,5% vornehmen, trifft das im Wesentlichen das obere Segment, also BMW, Audi und Mercedes, aber weniger VW, Ford und Opel. Will man das? In Deutschland gibt es ohnehin einen Rückgang bei der Bestellung von Neufahrzeugen, in anderen Ländern nicht. Wo bleibt denn hier der Autokanzler? Wo bleibt denn der Kamerad, der sich sonst immer so gern loben läßt?

(Heiterkeit bei der CSU)

Meine Damen und Herren, den Schaden haben die Südländer. Ist das beabsichtigt?

(Weinhofer (CSU): Selbstverständlich!)

Oder ist das überlegt?

Ich komme zur Bauwirtschaft und damit zur Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen für Gebäude, zur Besteuerung der Veräußerungsgewinne bei den Immobilien und zur Kürzung der Eigenheimzulage. In Bayern ist die Bauwirtschaft überproportional stark. Ein Viertel des Umsatzes am Bau in Deutschland wird in Bayern gemacht. Ein Viertel der deutschen Bauarbeiter ist in Bayern beschäftigt. Nach den Berechnungen der Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft auf der Grundlage der Baufertigstellungen 2001 ist infolge der verfehl-

ten Bau- und Wohnungspolitik mit einem Rückgang der Wohnungsbaufertigstellungen um 10 000 Wohneinheiten in Bayern zu rechnen.

Eigentlich hätten die Fehler, die unter Lafontaine gemacht worden sind, schon gereicht. Damals ging es um die Verschlechterung der Verrechnung von Verlusten im Mietwohnungsbau gegen andere Einkunftsarten. Der Bund hat in den letzten Jahren die Förderung des sozialen Wohnungsbaus um 50% reduziert. Sie haben damals schon die Wohnungsbauförderung gekürzt. Die Fehler, die hier gemacht worden sind, haben dazu geführt, dass 100 000 oder noch mehr Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Die Fehler, die Sie jetzt machen, werden dazu führen, dass 100 000 bis 200 000 Arbeitsplätze verloren gehen. Selbst die Gewerkschaft protestiert jetzt. Merken Sie denn nicht, was Sie anrichten mit dieser Politik?

Bundesfinanzminister Eichel meint einzusparen. Tatsächlich spart er Umsätze, und über die mangelnden Umsätze verliert er Steuern. Bayern und Baden-Württemberg trifft dies überproportional.

Weiter zu nennen ist die Wertzuwachssteuer bzw. die Streichung der Spekulationsfristen. Das gilt für die Aktien genauso wie für die Vermögensbildung. Bayern ist mittlerweile das Zentrum der Vermögensverwaltung. Bayern ist das Zentrum der Fondsbranche und des Venture Capital. Wenn diese Branchen durch steuerliche Maßnahmen zurückgedrängt werden, verliert Bayern als Finanzstandort und als Versicherungsstandort massiv an Substanz.

Im Übrigen verstehe ich immer noch nicht, warum man den Leuten bei der Riester-Rente sagt, sie sollen Aktien und Wohnungen kaufen, und ihnen dann, wenn sie dies tun, mit der Steuerkeule über die Rübe haut. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Der Finanzstandort Bayern verliert dadurch an Qualität. Hinzu kommt, dass eine Eigentumswohnung in München pro Quadratmeter durchschnittlich 4 700 € kostet, während der Preis in den nördlichen Ländern die Hälfte beträgt. Das bedeutet, dass der Süden Deutschlands durch diese Steuer erheblich stärker betroffen ist als der Norden. Das ist nicht zu widerlegen. Ich frage mich nur, was die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN hier tun wollen.

Ich komme zur Ökosteuer, die mit dem Argument eingeführt wurde, dass man bei den Lohnzusatzkosten unter 40% kommen will. Getan hat man nichts: Die Lohnzusatzkosten liegen inzwischen bei 42% und steigen weiter. Sie verteuern das Benzin und den Regelsteuersatz für Erdgas. Mir kommt es aber insbesondere auf folgenden Punkt an: Die ermäßigten Steuersätze für das produzierende Gewerbe werden „behutsam“ – sagt Herr Dr. Kaiser von 20% auf 60% angehoben.

Soll das behutsam sein? – Das geschieht auf einen Schlag. Dadurch werden alleine die Haushalte bei uns und unserer Industrie mit 100 Millionen € belastet. Das

verarbeitende Gewerbe wird durch die Erhöhung der ermäßigten Ökosteuersätze um 76 Millionen € belastet. Für die nicht eisenverarbeitenden Metallindustrie bedeutet dies je Arbeitsplatz 3 200 € im Jahr. Ich bitte Sie, in einige Betriebe zu schauen, die knapp an der Rentabilität sind. Es wird einige „wegblasen“. Die Kollegen werden kommen und sagen, wir sollen retten und sanieren.

(Dr. Kaiser (SPD): Welche Vorschläge haben Sie?)

Zur chemischen Industrie haben Sie vielleicht in der Zeitung gelesen, dass dort der Anteil der Energiekosten sehr hoch ist. Degussa sagt, dass in Trostberg 700 Leute ausgestellt werden müssen, wenn dies kommt. Ich kann nur sagen: Viel Vergnügen; geht zur SPD und bedankt euch. Das wird nicht die einzige Firma bleiben. Firmen an den Raffineriestandorten und andere, die unter erhöhtem Wettbewerb stehen, wird es „wegblasen“, wenn sie die erhöhte Ökosteuer auf Strom und Energie zahlen müssen.

(Dr. Kaiser (SPD): Machen Sie Vorschläge!)

– Das sind Ihre Vorschläge und Beschlüsse, die Sie getroffen haben, ohne sich die Auswirkungen zu überlegen.

Die bayerische Ziegelindustrie ist enorm energieintensiv. Der Anteil an der deutschen Ziegelindustrie macht um die 40% aus, bei Dachziegeln 50%. Die Wettbewerbssituation ist grauenhaft. Beim Preis ist nichts zu erzielen, die Kosten können nicht übergewälzt werden, weil dies der Markt nicht hergibt. Wenn die Energiekosten noch dazukommen, wird es diese Firmen reihenweise „weghauen“. Will man das denn?

Zur bayerischen keramischen Industrie erinnere ich mich an eine SPD-Konferenz, die vor ein paar Jahren in Nordostoberfranken stattgefunden hat. Dort wurde gesagt, es müsse etwas getan werden, damit die Energie billiger wird. Sie machen die Energie teurer. Wenn für die produzierende Industrie die Entlastung von 20% reduziert und auf 60% Belastung hochgesetzt wird, weiß ich, wer demnächst vor meiner Türe stehen wird.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Ich werde sie zu Ihnen schicken. Sie sollen nach Berlin gehen und dort sagen: Dankeschön für das schöne Geschenk „Erhöhung der Ökosteuer“, durch das wir endlich die Betriebe zusperrn und in den Urlaub gehen können. Das wird das Ergebnis sein. Haben Sie denn die Folgen nicht berücksichtigt?

Schauen Sie sich die Rentabilitätsgrenzen und die Spielräume an. Sie liegen zwischen Null und $\pm 2\%$. Was war vor ein paar Jahren in einem Hofer Textilbetrieb? Der Firmeninhaber hat gesagt, wenn die Abwasserreinigung eine höhere Belastung bringe, werde er wegziehen. Wir haben viele Kopfstände gemacht, damit der Betrieb trotz hoher Auflagen für die Abwasserentsorgung bleiben konnte. Werden einem solchen Betrieb die hohen Energiekosten „draufgeklatscht“, „bläst“ es ihn um. Ist Ihnen das noch nicht klar geworden?

Das neue Ökosteuerpaket bedeutet eine Explosion der Energiekosten um bis zu 80%. Gleiches gilt für die Glasindustrie. Dort wird die Zusatzbelastung in Bayern 65 Millionen € ausmachen. Gehen Sie mit mir zu Schott-Zwiesel, oder gehen Sie zu ein paar anderen Betrieben. Schauen Sie sich deren Bilanzen an und erklären Sie mir dann, wie das für die weitere Entwicklung befruchtend sein soll.

Gleiches gilt für die Papierindustrie. Dort beträgt der Energiekostenanteil in der Regel 25 bis 30%, die Personalkosten 15%. Wenn die Energiekosten enorm steigen, werden große Schwierigkeiten kommen.

Schauen Sie sich die Tankstellen entlang des gesamten Grenzgürtels an. Schauen Sie sich den Tanktourismus nach Österreich an. Sagen Sie den Leuten, die ihre Existenz aufgeben müssen, das sei alles im Sinne einer höheren Zielsetzung, weil die Ökosteuer nur etwas Gutes für die Menschheit ist. Sie sollten den Leuten die Zusammenhänge erklären. Ich kann es nicht.

(Frau Radermacher (SPD): Das glaube ich!)

Meine Damen und Herren, Sie richten einen Kahlschlag bei den produzierenden Arbeitsplätzen in Bayern an.

Letzter Punkt: Erhöhung der Beiträge zur Renten-, Krankenversicherung und – in absehbarer Zeit werden wir das erleben – zur Arbeitslosenversicherung bedeutet Druck auf den Mittelstand. Der Mittelstand hat 50% der Wertschöpfung, 75% der Beschäftigten und 85% der Ausbildungsplätze. Wenn man dort die Arbeitskosten erhöht, obwohl die Nachfrage nicht steigt, bedeutet dies Rationalisierungszwänge. Damit geht die Beschäftigung zurück. Wir haben es in diesem Jahr erlebt und werden es im nächsten Jahr noch stärker erleben.

(Dr. Kaiser (SPD): Welche Alternativen haben Sie?)

Wenn man die Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung und die Besteuerung der betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erhöht, bedeutet dies weniger Kaufkraft und weniger Nachfrage.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wie sollen wir es besser machen?)

Die GRÜNEN treten zwar als Reformer auf, kuschen aber bei der SPD. Was machen die GRÜNEN? – Sie sagen zu allem ja. Sie sagen zu allen Punkten ja.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo denn?)

– Wo haben Sie etwas durchgesetzt? – Nirgends. Ich frage mich allmählich, ob man vielleicht Freude daran hat, dass es Bayern besonders trifft.

Vorhin wurde behauptet, wir würden die kleinen Leute treffen. Ich meine: Sie treffen mit all den Maßnahmen die kleinen Leute. Sie reduzieren die Kaufkraft. Sie nehmen Ihnen die Arbeitsplätze weg. Sie zwingen die Klein-, Mittel- und auch die Großbetriebe zur Rationalisierung. Damit wird die Zahl der Arbeitslosen größer. Die Zahl der

Beschäftigten wird kleiner. Die Chancen steigen nicht sondern sinken. Die Bundesregierung tut das Gegenteil von dem, was in der aktuellen wirtschaftlichen Lage notwendig wäre, nämlich sparen und gestalten. Konsolidierung und Begrenzung der konsumtiven Ausgaben findet nicht statt. Die Umschichtung zugunsten von Investitionen findet nicht statt. Die Umsetzung der Steuersenkungen 2004 und 2005 wurde aufgeschoben.

Die Sachverständigen sagen sehr deutlich, dass das Gegenteil von dem, was Rot-Grün macht, richtig wäre, wenn wir mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze und mehr Steuerneinnahmen haben wollen.

Ihre Politik ist schon im Ansatzpunkt falsch. Deshalb wird die Wirkung negativ sein. Nachfrage- und Investitionsschwäche sind Merkmale dieser Politik. Freisetzung von Arbeitsplätzen, Angst um Arbeitsplätze und Angstsparen sind die logische Folge.

Ich füge hinzu: Soweit wir die Möglichkeit haben, werden wir diese Politik im Bundesrat nicht durchgehen lassen. Sie ist schädlich für das Land und schädlich für das Volk. Soweit dies möglich ist werden wir landespolitisch gegensteuern.

Um keine Illusionen aufkommen zu lassen, muss ich hinzufügen: Diese Fehler der Bundesregierung kann man landespolitisch nicht ganz ausgleichen. In Berlin muss korrigiert werden. Es wird höchste Zeit, dass man gegen diesen Blödsinn, der schädlich ist, mit aller Massivität vorgeht. Das sollten die Gewerkschaften tun, denn die trifft es ebenso. Das soll die Wirtschaft tun. Das sollen wir alle gemeinsam tun. Ich hoffe auf einige Einsichtige bei der SPD. Herr Maget macht es in aller Verzagttheit bei der Bauindustrie. Zumindest habe ich gehört, dass er ein paar Bedenken angemeldet hat. Ich hoffe, ich habe richtig gelesen. Sie sollten sich rühren. Sollten Sie der Meinung sein, dass Sie als bayerische SPD in Berlin Einfluss haben, dann zeigen Sie dies. Die Maßnahmen der Bundesregierung treffen in erster Linie und im besonderen Maße Bayern und wohl auch Baden-Württemberg. Die Südländer sind besonders betroffen. Ich stelle mir immer wieder die Frage, ob das etwa Absicht ist.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will einige ergänzende Bemerkungen zum Thema Steuerpolitik machen, nachdem Sie vor der Wahl und auch noch nach der Wahl – der Bundeskanzler hat dies noch im Oktober getan – gesagt haben, die Steuern würden nicht erhöht. Jetzt erhöhen Sie die Steuern um ein Volumen von fast 60 Milliarden € bis zum Jahr 2006. Sie, Herr Kaiser und auch die GRÜNEN haben die Wähler belogen und betrogen

(Beifall bei der CSU)

und damit die Glaubwürdigkeit in die Politik schwer erschüttert und ihr schweren Schaden zugefügt. Wer soll

uns denn noch glauben, wenn Sie solche Lügen und Unwahrheiten verbreiten?

Der „Sparkommissar“ – ich kann es nicht mehr hören – Eichel ist ein massiver Schuldenmacher. Er hat bewusst den Maastricht-Vertrag verletzt und die Leute vor der Wahl darüber belogen. Inzwischen wird er als Pinocchio, man kann auch sagen vulgo als Lügner in der deutschen Presse verspottet. Meine Damen und Herren, dieser Bundesfinanzminister ist unerträglich geworden in einer seriösen finanzpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland.

Otto Wiesheu hat bereits auf einiges hingewiesen. Der fatale Fehler bei Ihrer Steuerpolitik ist – auch wenn man über das eine oder andere reden könnte – dass nur Steuern und Abgaben erhöht werden aber keinerlei Wachstumsperspektiven eröffnet werden, löst das eine Spirale nach unten aus. Sie werden sich noch über die Arbeitslosenzahlen in Deutschland wundern, die Sie zu verantworten haben.

Mit der Ökosteuer – ich will hervorheben, was Sie hier machen; Sie kündigen ja schon die Weiterentwicklung, das heißt die weitere Erhöhung der Ökosteuer an – forcieren Sie sehenden Auges aus ideologischen Gründen die Verlagerung von Standorten und die Vernichtung von Arbeitsplätzen in Deutschland. Zu diesem Punkt müssen sich vor allem die GRÜNEN zu Wort melden.

Statt dessen schütten Sie – ich will das hier in Bayern einmal sagen – Milliarden in die Kohlenflöze zur Förderung einer umweltschädlichen Energie, nur weil das Ganze in Nordrhein-Westfalen stattfindet. Das ist ein energiepolitischer und ökonomischer Unfug erster Kategorie. Sie haben durch diese Energiesteuerpolitik, die Sie betreiben, Ihre ökologische Unschuld – das Ganze läuft ja unter dem Feigenblatt Ökologie – vollständig verloren. Es erweist sich – wir haben das von Anfang an gesagt –, dass diese Energiesteuerpolitik nichts anderes ist als eine Abzocke zum Stopfen von Haushaltslöchern.

Lassen Sie mich nun den Punkt hervorheben, den ich für den katastrophalsten halte, nämlich die Besteuerung der Veräußerungsgewinne auf Immobilien. Was machen Sie auf diesem Gebiet? Sie besteuern inflationäre Wertsteigerungen, die möglicherweise über Jahrzehnte angesammelt worden sind, zum vollen Steuersatz. Auf anderen Felder gibt es so etwas auch, aber mit stark ermäßigten Steuersätzen. Sie ziehen vielen Menschen in Deutschland die Alterssicherung unter den Füßen weg. Ich bin gespannt, wann der Zugriff auf die Lebensversicherungen erfolgen wird, der dann schon aus Gleichheitsgründen folgen muss. Wahrscheinlich wird das auch nach den Landtagswahlen im Frühjahr der Fall sein. Sie liquidieren den privaten Mietwohnungsbau; das ist völlig klar. Niemand in Deutschland wird unter solchen Bedingungen eine Mietwohnung zur Verfügung stellen. Das Groteske daran ist: Sie besteuern jetzt die Abschreibungen. Wenn jemand eine Immobilie ohne Veräußerungsgewinn verkauft, müsste man meinen, er müsste keine Steuer bezahlen. Doch weit gefehlt. Er muss die Abschreibung im Nachhinein versteuern. Das ist grotesk. Ich bin gespannt, wann Sie auf die Idee kommen, die Abschreibungen beim Betriebsvermögen zu besteu-

ern. Das wäre das gleiche. Das ist ein ökonomischer Unsinn erster Ordnung, der dringend im Bundesrat zu Fall gebracht werden muss.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann nur dem Haus- und Grundeigentümerverband Recht geben: Dies ist eine kalte Enteignung, die aus meiner Sicht ganz klar verfassungswidrig ist. Darüber, Herr Hahnzog, werden wir uns noch unterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Eines noch: Ich weiß noch relativ gut, dass Sie in Diskussionen Anfang der Siebzigerjahre, aus ideologischen Gründen eine Wertzuwachsbesteuerung forciert haben, aber damals noch so viel Einsicht besessen haben, sie nicht weiter zu verfolgen. Wir werden diesen steuerpolitischen Unfug im Bundesrat stoppen. Darauf können Sie Gift nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Wahnschaffe.

Wahnschaffe (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt den beiden Rednern der CSU und dem Staatsminister sehr aufmerksam zugehört. Ich habe gemeint, bei diesem Thema, das ja eines der existenziellsten Themen, mit denen wir uns derzeit auseinandersetzen müssen, ist, würde von Ihrer Seite ein konstruktiver Vorschlag kommen. Doch nicht einen Vorschlag haben wir gehört. Sie sind nur in ein Lamento ausgebrochen. Sie haben ihre eigene Ratlosigkeit bemäntelt, indem Sie auf ein Vokabular – das hat auch Herr Bernhard getan – zurückgegriffen haben, das wir eigentlich auf den Wahlkampf beschränken wollten, weil es für eine parlamentarische Auseinandersetzung wenig geeignet ist.

Wie sehr es der Staatsregierung derzeit um die bayerische Wirtschaft zu tun ist, hat dieser Tage Frau Staatsministerin Stewens deutlich gemacht, indem sie unverhohlen die bayerischen Krankenkassen aufgefördert hat, ihre Beiträge zu erhöhen. Das muss man sich einmal vorstellen. Auf der einen Seite fordern Sie Kostensenkung und auf der anderen Seite sagt Frau Stewens, die bayerischen Kassen sollten in diesem Jahr schnell noch ihre Beiträge erhöhen. Das tut Frau Stewens nicht, weil sie die bayerischen Kassen so sehr ins Herz geschlossen hätte oder weil sie ihnen so besonders zugetan wäre, sondern nur, um damit der Bundesregierung eins auszuwischen. Das ist die Politik der Bayerischen Staatsregierung. Wenn man sich vorstellt, dass dieser Ministerpräsident, der eine solche Ministerin in seinem Kabinett hat, sich noch vor zwei Monaten anschickte, Bundeskanzler zu werden und dieses Land zu regieren, dann muss man fragen: Welche Verantwortung treibt sie eigentlich, wenn sie öffentlich solche Vorschläge machen und dabei noch ernst genommen werden wollen?

(Beifall bei der SPD)

Gott sei Dank gibt es aber in Bayern doch noch besonnene Menschen. So ist den Sirenentönen von Frau Stewens keine einzige bayerische Kasse gefolgt. Die Kassen entscheiden nach ihrer Kassenlage und vor allem im Interesse der Beitragszahler und der bayerischen Wirtschaft.

Das Gesetzespaket, das die Bundesregierung zur Sicherung der Beitragssätze in der Krankenversicherung und der Rentenversicherung auf den Weg gebracht hat, ist notwendig, um angesichts der weltweiten Rezession, die auch vor Deutschland nicht halt macht, die Beiträge zu stabilisieren und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Ziele, die wir uns gesetzt haben, bleiben Wachstum und vor allem mehr Arbeitsplätze. Nur über mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze können wir letztendlich unsere Sozialversicherungssysteme stabilisieren. Zu dieser Politik gibt es keine Alternative. Sie haben heute nicht eine Alternative genannt. Weil die Fakten immer wieder verdreht werden, stelle ich Folgendes fest: Gegenüber 1998, als Herr Blüm die Amtsgeschäfte übergeben hat, liegen die Rentenbeiträge heute um 0,8 Prozentpunkte niedriger.

(Willi Müller (CSU): Vergessen Sie die Ökosteuer nicht!)

Wenn es nach Herrn Blüm gegangen wäre, hätten wir 1997 die Beiträge sogar auf 21,3% anheben müssen. Nur die SPD hat Ihnen damals aus der Patsche geholfen, indem man gemeinsam eine Mehrwertsteuererhöhung vorgeschlagen hat. So konstruktiv wie damals die SPD sollte sich heute die Opposition im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung zeigen, im Interesse dieses Landes; dann kämen wir voran.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Lahnstein, zu dem damals die SPD einen konstruktiven Beitrag geleistet hat, wäre notwendig, um diese Probleme des Landes zu lösen.

Auch bei der Krankenversicherung sieht es anders aus als sie es darstellen. Als Ihre Partei die Regierung übernommen hat, lag der durchschnittliche Beitragssatz bei 13,6%. Zu Beginn dieses Jahres lag er bei 14%. Das sind 0,4 Prozentpunkte mehr. Wir haben über drei Jahre Beitragssatzstabilität gehabt. Wann hat es das unter Seehofer jemals gegeben? Da gab es Beitragssteigerungen von 2 Prozentpunkten und mehr. Aber diese 0,4 Prozentpunkte, um die die Beiträge gestiegen sind, haben auch dazu geführt, dass Leistungskürzungen, die unter Seehofer eingeführt worden waren, rückgängig gemacht worden sind. Wir haben die erhöhten Zuzahlungen rückgängig gemacht. Wir haben Verbesserungen bei der Reha durchgeführt. Erinnern Sie sich an die Kurkrise in Bayern, die wir Ihrem famosen Herrn Seehofer zu verdanken haben? Wir haben auch dafür gesorgt, dass junge Menschen, die nach 1978 geboren sind, Anspruch auf Zahnersatz haben.

Wie sehen nun Ihre Alternativen aus? Sie haben gesagt – wir haben das im Wahlkampf erlebt –, Sie wollten dieses solidarische System aufspalten. Sie wollten Grund- und Wahlleistungen einführen und damit letztlich eine

Zwei-Klassen-Medizin. Sie wollten – das ist leicht in Vergessenheit geraten – die Sozialpflichtigkeit der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wieder abschaffen.

Das hätte zu Beitragsausfällen in Höhe von 5 Milliarden geführt und damit massive Beitragserhöhungen zur Folge gehabt. Das wäre Ihre unsoziale Politik gewesen.

Leider ist meine Redezeit zu Ende. Es ließe sich noch vieles anführen, was gekommen wäre, wenn Sie das Sagen gehabt hätten. Dann wäre eine Umverteilung von oben nach unten in einem Ausmaß erfolgt, wie wir es in Deutschland noch nie erlebt haben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Staatsministerin Stewens.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wahnschaffe, ich möchte doch etwas zu den Beitragssatzerhöhungen der gesetzlichen Krankenkassen sagen. Wissen Sie überhaupt, was ich exakt gesagt habe? Im Übrigen ist das auch in der Tagesschau sehr deutlich geworden. Wenn die gesetzlichen Krankenkassen bei uns bis zum 7. November die Genehmigung einer Beitragssatzerhöhung beantragen, wenn sie dazu ihre Berechnungen und Kalkulationsgrundlagen vorlegen und wenn wir sehen, dass wir die Erhöhung nach Recht und Gesetz genehmigen müssen, dann genehmigen wir sie auch. Das haben wir auch getan. Mittlerweile haben sieben BKK bei uns die Genehmigung einer Beitragssatzerhöhung beantragt. 30 Anträge wurden beim Bundesversicherungsamt gestellt. Herr Kollege Wahnschaffe, wissen Sie was das Bundesversicherungsamt macht? Nach Pressemitteilungen genehmigt es die Beitragssatzerhöhungen.

Wir leben in einer Demokratie und einem Rechtsstaat, und deshalb bleibt uns gar nichts anderes übrig, als so zu handeln. Sie sollten ein bisschen ehrlicher argumentieren und den Leuten nicht etwas vorgaukeln, was Sie gar nicht leisten können. Bevor Sie eine Beitragssatzerhöhung genehmigen, müssen Sie sich die Kalkulationsgrundlagen anschauen und sie exakt überprüfen. Wenn die Beitragssatzerhöhung notwendig ist, müssen Sie sie auch genehmigen. Dazu sind wir als Rechtsaufsichtsbehörde für die landesunmittelbaren gesetzlichen Krankenkassen und das Bundesversicherungsamt als Rechtsaufsichtsbehörde für die bundesunmittelbaren gesetzlichen Krankenkassen verpflichtet. Das sollten Sie eigentlich wissen. Das möchte ich Ihnen ganz klar sagen.

Die Argumente, die Sie hier gebracht haben, sind schlicht und einfach unredlich. Lassen Sie mich etwas zur Reform bzw. zum Vorschaltgesetz sagen, welches eigentlich ein Nachschaltgesetz nach vier Jahren rotgrüner Gesundheitspolitik ist. 1998 sah die Situation doch ganz anders aus. Damals hatten die gesetzlichen Krankenkassen Rücklagen in Höhe von 8 Milliarden DM und 1 Milliarde DM auf der Habenseite. Damals also sah die Situation völlig anders aus. Sehen Sie sich doch jetzt einmal die Situation der gesetzlichen Krankenkassen an.

Sie wissen ganz genau, dass sie Ihren Kreditrahmen erhöhen, obwohl es nicht erlaubt ist. Die Krankenkassen sagen das auch ganz offen. Herr Rebscher vom Verband der Angestelltenkrankenkassen sagt auch ganz offen, dass den Krankenkassen gar nichts anderes übrig bleibt.

Schauen wir uns doch einmal das Vorschaltgesetz an. Eigentlich bewirkt es nur einen Stillstand und nichts anderes. Die Verwaltungskosten sollen danach eingefroren werden. Grundsätzlich ist das richtig. Ich sage auch immer, dass die gesetzlichen Krankenkassen zu hohe Verwaltungskosten haben. Darin besteht gar keine Frage. Wir müssen aber auch sehen, dass die einen Krankenkassen einen Verwaltungskostenanteil von 8% haben, während die anderen einen Anteil von 1,8% haben. Die Kosten sollen jetzt eingefroren werden. Das ist doch reine Planwirtschaft. Wir brauchen andere Anreize. Genau das ist das Problem.

Nullrunden im stationären und ambulanten Bereich bedeuten wegen der Tarifverträge doch nur, dass im stationären Bereich Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Dieses Vorschaltgesetz bewirkt doch keine Reform.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Die kommt schon noch! – Wahnschaffe (SPD): Und wie soll die aussehen?)

Darauf warten wir doch schon seit vier Jahren. Horst Seehofer war auf dem richtigen Weg, aber das ist alles wieder rückgängig gemacht worden.

Genauso machen Sie es mit den Vorschlägen von Hartz. Wir haben unsere Vorstellungen auf den Tisch gelegt. Aber Sie machen wieder nichts anderes, als eine Kommission analog zu Hartz einzurichten. Das ist im Grunde genommen ein Armutzeugnis. Es zeigt, dass die Politiker alleine handlungsunfähig sind. Sie setzen ständig nur Kommissionen ein, die Ihnen vorgeben, wie Sie zu handeln haben.

Es ist doch ein Witz, wenn Sie sagen, das Herzstück der Hartz-Vorschläge seien die Personal-Service-Agenturen – PSA – und die würden 1 : 1 umgesetzt. Gar nichts wird 1 : 1 umgesetzt. Schauen Sie sich doch das einmal an, was Kollege Clement vorgelegt hat. Von 1 : 1 kann überhaupt keine Rede sein. Nach geltendem Recht muss erst ab dem 13. Monat nach dem Tarif der Entleihfirma bezahlt werden. Künftig muss bereits ab dem ersten Tag – und zwar nicht nur bei Verleihung durch die PSA, sondern durch alle Zeitarbeitsfirmen – nach Tariflohn gezahlt werden. Sie wissen genauso wie ich, dass Hartz etwas völlig anderes vorgeschlagen hat. Mit dieser Umsetzung wird die Existenz der Leiharbeitsfirmen vernichtet. Ich könnte noch unendlich viel anführen. Ich glaube, alleine diese paar Beispiele zeigen, wie schwierig es bei Ihnen ist, inhaltliche Reformen tatsächlich umzusetzen. Sie belasten die Arbeit durch zu hohe Lohnnebenkosten und sind nicht in der Lage, das Arbeitsrecht wirkungsvoll zu flexibilisieren.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat nun Herr Kobler.

Kobler (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Einige Worte noch zum Problem der Lohnzusatzkosten insbesondere zu den Rentenversicherungsbeiträgen und zu den Krankenversicherungsbeiträgen. Herr Kollege Wahnschaffe, Sie haben uns vorgehalten, dass wir keine Vorschläge gemacht hätten. Dazu darf ich nur daran erinnern, dass sich unsere Vorschläge wie ein roter Faden durch die Diskussion ziehen. Wir haben vorgeschlagen, die Strukturen zu ändern und die Ausgaben zu reduzieren, während Sie die Ausgaben ständig erhöhen. Das haben wir Ihnen angeboten.

(Wahnschaffe (SPD): Wie denn, wo denn, was denn?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich darf Sie auch daran erinnern, wie schön es eigentlich vor dem 22. September war. Wie schön war es damals, als es von Ihrer Seite hieß, dass keine neuen Schulden geplant seien, dass ordentliche Haushalte im Bereich der Gesundheits- und Rentenpolitik vorgelegt würden und dass es etwa zwei Millionen Arbeitslose weniger geben werde. Peter Hartz hat eine Entlastung der Arbeitnehmer und eine Steuerentlastung für alle vorgeschlagen. Das war ihr Credo vor dem 22. September. In der Zwischenzeit hat es aber enorme Erhöhungen gegeben.

Herr Kollege Wahnschaffe, Sie haben hier die Krankenversicherung gelobt. Ich darf Sie nur daran erinnern, dass die größten Beitragserhöhungen, die zwischen 1,8 und 2,8 Prozentpunkten lagen, in den letzten drei Jahren zu verzeichnen waren. Von 12,3% sind die Beiträge auf 14,9% gestiegen. Das waren die größten Sprünge. In den Achtziger- und in den Neunzigerjahren hat es so etwas nie gegeben. Zusätzlich müssen wir eine enorme Leistungsausdünnung verzeichnen, außerdem vergrößert sich das Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung um rund 3 Milliarden Euro. Das sind die Fakten. Wenn man das miteinander vergleicht, was vor der Wahl zugesagt wurde und was nun praktiziert wird, kann ich nur sagen: Lug und Betrug auf breiter Front. Ich sage es einmal so im Klartext.

Vieles wird mit den noch nie da gewesenen Beitragserhöhungen bei der Rentenversicherung und natürlich auch mit der Ökosteuer auf den Kopf gestellt. Herr Runge hat versucht, sich ein wenig freizuschwimmen aus dem Schlamassel, welches in Berlin zu verzeichnen ist. Bei der Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge wollen Sie sich vom großen Partner SPD noch schnell schriftlich attestieren lassen, dass Sie im Prinzip eine Senkung wollten, der Erhöhung aber doch zustimmen mussten. Sie wollen sich das schriftlich geben lassen. Ich weiß nicht, ob das ein Misstrauensbeweis ist oder ob hier nur mehr reines Theater gespielt wird. Rot-Grün legt mit diesen Erhöhungen bei der Rentenversicherung und bei der Krankenversicherung weiter die Axt an unser soziales Sicherungssystem an. Mit Vorschlägen wie einer Reduzierung der Krankenkassen von 350 auf 50 nimmt Ihre Politik außerordentlich bedenkliche Züge an.

Mit solchen Maßnahmen wollen Sie nur die Mündigkeit des Bürgers einschränken.

Sie driften offenen Auges in ein ziemliches Chaos ab. Eine weitere Erhöhung der Abgabenquote insbesondere dieser beiden Versicherungszweige ist nicht nur kontraproduktiv für den Konsum, sondern sie ist Gift für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dazu hat die „Nürnberger Zeitung“ einiges geschrieben. Sie verabreichen Gift anstatt Medizin zum Kurieren.

Sie belasten nicht nur die Systeme, sondern sie belasten einseitig zugleich die jüngere Generation und schüren damit den Kampf zwischen den Generationen. Die Erhöhung der Krankenversicherung und der Rentenversicherung ist ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm. Es ist keine Spur davon zu sehen, damit Arbeitsplätze schaffen zu können. Durch das immer weitere Drehen der Kostenschraube erreichen Sie, dass dem Arbeitnehmer immer weniger im Portemonnaie bleibt, immer mehr Leistung verweigert und in die Schwarzarbeit geflüchtet wird und vorhandene Arbeit aufgrund der hohen Kostenbelastung nicht mehr erledigt wird. Zugleich werden Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Mit der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung von 40 500 € auf 45 900 € jährlich nehmen Sie zusätzlich 800 000 Arbeitnehmern die Freiheit, ihre Versicherung frei wählen zu können. Sie pferchen die Arbeitnehmer in eine Zwangsversicherung. Sie wollen ohnehin eine Reihe kleinerer Krankenkassen liquidieren.

Beim Eilpaket zur Rentenversicherung geht es darum, die Versicherten um 1414 € jährlich zusätzlich zu belasten. Ich würde Sie bitten, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen und dazu beizutragen, dass Arbeitsplätze insbesondere in Bayern geschaffen und nicht vernichtet werden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Dr. Scholz.

Dr. Scholz (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen in einer schwierigen Situation aufgrund der Steuerschätzungen und der wirtschaftlichen Entwicklungen, auch in der Folge der Ereignisse des 11. Septembers, Maßnahmen ergreifen, um das soziale Sicherungssystem wirklich zukunftsfähig zu machen. Das ist keine leichte Aufgabe, und es ist vor allen Dingen keine leichte Aufgabe, dies sozial gerecht zu gestalten. Die schwierige Situation, in der sich die Bundesrepublik befindet, hat zwei Ursachen: Die eine Ursache ist die finanzielle Erblast, die wir übernommen haben und die weiter nachwirkt.

(Widerspruch bei der CSU – Gartzke (SPD): Natürlich!)

Die zweite Ursache sind die weltwirtschaftlichen Folgen des 11. Septembers und das mangelnde Vertrauen in den Aktienmarkt, das durch Manipulationen großer Firmen in den USA und auch bei uns hervorgerufen wurde.

Die Bundesregierung ist den finanziell soliden Kurs mit großen Opfern angegangen. Es ist eine gewaltige Leistung, UMTS-Erlöse in Höhe von 100 Milliarden DM zur Reduzierung der von Ihnen übernommenen Schuldenlast zu verwenden. In Bayern wurden die Privatisierungserlöse anders verwendet. Die Privatisierungserlöse in Höhe von 8 Milliarden DM sind für die schönen und starken Bereiche und für die schönen und starken Regionen ausgegeben worden. Die strukturschwachen Gebiete und der Mittelstand haben von diesen 8 Milliarden DM fast nichts gehabt.

Wenn wir diesen soliden Weg in der Finanzpolitik weiter gehen wollen, dann müssen wir konsequenterweise zusehen, die nächste Zeit zu überbrücken, denn nach vorherrschender Meinung wird es im nächsten Jahr wieder aufwärts gehen. Die Sachverständigen haben zum Erstaunen vieler gesagt, dass die Verschuldung von 3,5% auf 1,9% zurückgehe. Das heißt, dass wir auf einem guten Weg sind.

(Gabsteiger (CSU): Für eure Verhältnisse vielleicht!)

Sie sprechen von der Vermeidung der steuerlichen Mehrbelastung, der Schaffung von investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen, der wirksamen Entriegelung des Arbeitsmarkts, der spürbaren Senkung der Lohnnebenkosten und dem Bürokratieabbau für den Mittelstand. Das ist genau das Programm der Bundesregierung. Dem könnte man durchaus zustimmen, wenn Sie nicht in Ihren Anfangskapiteln genau das Gegenteil feststellen würden. Die Bundesregierung hat auf der Basis der Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass sie Beschäftigung schaffen will. Ein Beispiel dafür ist das Programm „Kapital für Arbeit“. Das bedeutet, dass ein Unternehmer 100 000 € erhält, wenn er einen Arbeitslosen einstellt und ihn dauerhaft beschäftigt. Weitere Beispiele sind die Bekämpfung der Schwarzarbeit, insbesondere im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen, und die Überprüfung der weiteren Erhöhung der Grenze für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Wir werden den Weg in die Selbstständigkeit fördern, indem neue Möglichkeiten für Existenzgründer zum Beispiel im Rahmen der Ich-AG geschaffen werden.

Ein Erfolgsprogramm der Bundesregierung war das „Jump-Programm“. Dafür werden wir zusätzliche Mittel einsetzen, damit die jungen Menschen in unserem Land eine Ausbildung bekommen. Wir tun, was wir tun können. Das „Jump-Programm“ war ein wahnsinniger Erfolg, und wir werden es fortführen.

(Kobler (CSU): Ein Wahnwitz!)

Wir werden die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen und die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenführen. Das ist ein schwieriges Unternehmen, wie jeder zugestehen wird, insbesondere ein schwieriges Unternehmen für die Betroffenen. Aber das sind unsere Ziele, die wir verfolgen werden.

Was Ihre übrigen Forderungen anbelangt, so möchte ich eine Bemerkung machen. Wir haben eine Initiative zum Bürokratieabbau ergriffen, aber das wird im Zusammenhang mit dem Dringlichkeitsantrag behandelt. Darauf

werden wir morgen eingehen. Wir sind mit diesem Bündel von Maßnahmen in einer schwierigen Zeit auf dem richtigen Weg. Wir haben die Verantwortung dafür, die schwierige Zeit sozial gerecht zu gestalten. Wir werden unsere Vorstellungen durchsetzen. Machen Sie von der CSU in Bayern Ihre Hausaufgaben. Dann ist Bayern und dem Bund in gleicher Weise gedient.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Dr. Söder.

Dr. Söder (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Scholz, würden wir Ihre Aufforderung ernst nehmen und in Bayern so wirtschaften, wie Sie auf Bundesebene, dann wäre Bayern ein einziger Sanierungsfall. Wir weisen das zurück. Deutschland befindet sich in einem katastrophalen Zustand.

(Widerspruch bei der (SPD))

Es mag sein, dass die Leute, die Ihnen die Rede aufgeschrieben haben, die Sie abgelesen haben, das nicht sehen wollen. Aber alle Konjunkturdaten in diesem Land zeigen das eindeutig. Dieser Meinung sind auch alle Kommentatoren der Zeitungen, egal ob man sie mehr rechts oder mehr links einschätzen will. Jeder Kommentator sagt, dass das, was jetzt in Deutschland stattfindet, ein Ausnahmezustand in ganz Europa ist. Die Talfahrt beschleunigt sich immer mehr. Die Schuld daran haben nicht andere, die Schuld daran hat Rot-Grün.

Der Lügenbaron Schröder hat im Bundestagswahlkampf angekündigt, keine einzige Steuer zu erhöhen, und gesagt, dass bei den Renten nichts passieren werde.

(Widerspruch bei der SPD)

Das Motto war eindeutig: Versprochen – gebrochen, und zwar auf ganzer Linie.

(Beifall bei der CSU)

Klassenkampf statt ökonomischer Vernunft, die ruhige Hand mutierte zu einer gierigen Hand, die versucht, dem Bürger in diesem Land den letzten Cent und den letzten Euro aus der Tasche zu ziehen.

Das schlimmste und brutalste Steuererhöhungsprogramm, das je in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschlossen worden ist, geht auf ihre Kosten, Sie tragen dafür die Verantwortung.

(Frau Radermacher (SPD): Das glauben Sie selbst nicht!)

Sie treiben damit nicht nur ihre Freunde aus dem Land. Sie sorgen dafür, dass kein Cent mehr investiert wird. Sie sorgen dafür, dass um Deutschland ein großer Bogen gemacht wird, wenn es um Investitionen geht. Sie schaffen nicht die Voraussetzungen für Arbeitsplätze. Das, Herr Dr. Scholz, müsste Ihnen die Schamröte ins

Gesicht treiben. Sie gehen auf diejenigen los, für die Sie sich immer gern als Schutzpatron verstehen, nämlich auf die berühmten kleinen Leute.

(Zurufe von der SPD)

200 bis 300 Euro zieht man den Menschen jeden Monat aus der Tasche.

Lieber Herr Kollege Dr. Dürr, mit einer Besteuerung von Erdgas wird neben den Belastungen durch die Öko-Steuer auch noch all denen etwas genommen, die auf jeden einzelnen Cent angewiesen sind. Schämen Sie sich nicht dafür, dass Sie den Menschen in diesem Land nicht nur etwas vorlügen, sondern sie auch noch ihrer Existenz berauben? Wir machen da nicht mit.

Bei der Eigenheimförderung – auch das ist ein typischer Fall – verspürt die Bayern-SPD ein zaghaftes Zucken. Sie sagt: ganz so optimal ist es nicht. Schonungsloser ist Herr Ude, der die gesamte Arbeit der Bundesregierung in Bausch und Bogen verdammt.

(Lachen des Abgeordneten Volkmann (SPD))

Die Grünen beispielsweise, Herr Dr. Runge, die auch im Bundestag zusammenzucken – auch das ist ein typischer Fall –, versuchen, als Tiger zu springen und landen als Bettvorleger.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer wollte denn Kanzler werden?)

Ist es Ihnen nicht peinlich, dass Sie auf Kosten der jungen Generation, der mittelständischen Betriebe, vieler kleiner Leute, die das Geld dringend brauchen, kein Konzept zur Reform erstellen, sondern nur Flickschusterei betreiben? Was ist eigentlich aus der Riester-Rente geworden? Genauso wie der Mann, der dafür Namenspatron war, ist diese Rente in der Zukunft nichts mehr wert.

Wir geben uns in Bayern Mühe, viele dieser Dinge auszugleichen. Alles können wir nicht schaffen. Ich sage Ihnen aber eines: Helfen Sie mit, die Leistungsfähigkeit der Menschen in diesem Land zu erhalten. Versuchen Sie nicht, das Niveau in Deutschland auf das Niveau der Länder, in denen die SPD regiert, zu senken.

Herr Dr. Kaiser hat gesagt, das Schiff Deutschland ist gut in Fahrt. Der Vergleich mit der Titanic drängt sich auf. Herr Dr. Kaiser, ich kann nur eines sagen: Sie sollten lieber konsolidieren anstatt kastrieren. Deutschland braucht alles andere als eine SPD-Regierung.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Wahnschaffe (SPD): Herr Söder, wir haben nicht mehr September! – Herrmann (CSU): Herr Wahnschaffe, in Deutschland ist es kälter geworden, da haben Sie Recht!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Wortmeldung: Herr Volkmann.

Volkmann (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Wahnschaffe, es gehört zum echten Konservativen, dass er immer verspätet auf den Zug aufspringt. Herr Söder hat noch nicht gemerkt, dass der Wahlkampf zu Ende ist. Aber das ist seine Sache.

(Dr. Söder (CSU): Wahnsinnig witzig!)

– Das ist nicht witzig Herr Dr. Söder. Ihre aggressive Art ist schon wirklich schwer zu ertragen.

(Hermann (CSU): Der Landtagswahlkampf ist für Sie schon zu Ende, bevor er begonnen hat!)

Ich komme auf den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 14/10797 zu sprechen, den Sie gestellt haben. Sie sagen: die Baukonjunktur nicht abwürgen, wohnungspolitischen Kahlschlag der Bundesregierung verhindern.

Ich nehme dazu zunächst Bezug auf eine Presseerklärung des Staatsministeriums des Innern vom 4. November 2002. Die ist noch relativ frisch. Darin wird lauthals beklagt, das die Bauentwicklung, die Bauwirtschaft, unter dem Rückgang bei der Zahl der Neubauten zu leiden hat. Ich nehme aber gleichzeitig Bezug auf eine E-Mail des Innenministeriums – genauer gesagt: der Obersten Baubehörde – an sämtliche Landratsämter und kreisfreien Städte. Darin wird laut einem Bericht der „Nürnberger Nachrichten“ vom vergangenen Wochenende ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Freistaat etwas gemacht hat, was unglaublich ist. Die Eigenheimförderung im sozialen Wohnungsbau wird bei Leuten, denen bereits eine Zusage erteilt worden ist, schlichtweg wieder einkassiert. Die Leute werden vor eine völlig neue Situation gestellt. Das heißt, diejenigen, die das beantragt haben, die bereits im Begriff waren, etwas zu bauen, werden das vielfach nicht tun können.

Die Baubehörde sagt selbst, die schwierige Haushaltslage verbiete eine moderate Übergangsregelung, wie sie in der Vergangenheit bei Programmänderungen vorgesehen waren. Neue Förderhöchstbeträge seien deshalb ab sofort zugrunde zu legen.

Das heißt, Sie würgen genau das ab, was Sie einen Tag zuvor in einer Presseerklärung des Innenministeriums noch lauthals eingefordert haben. Ich finde, das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, es ist auch unglaublich, dass Sie bezüglich der Eigenheimförderung ständig auf die Bundesregierung schimpfen und gleichzeitig in Ihrem eigenen Haushaltsentwurf die Mittel für den sozialen Wohnungsbau von 286 Millionen auf 200 Millionen Euro reduzieren. Das ist eine Reduzierung um 30%.

(Beifall bei der SPD – Wahnschaffe (SPD): Das ist das bayerische Kontrastprogramm!)

Das ist das Kontrastprogramm.

Ich weise darauf hin: Mit der Kürzung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau treffen Sie den Teil der Bevölkerung, der auf Wohnungsbau mehr angewiesen ist, als es vielfach bei denen der Fall ist, die im frei finanzierten Wohnungsbau Eigenheimförderung in Anspruch nehmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mich würde interessieren – ich habe das heute zum ersten Mal gehört –, ob es zutrifft, dass es eine Untersuchung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer – die hat ganz allgemein wohl ein sehr hohes Ansehen, und völlig zurecht – über Nordrhein-Westfalen gibt. Die ist in einem Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, dass fast die Hälfte der Antragsteller für die Eigenheimzulage – also im frei finanzierten Wohnungsbau – aus dem Einkommenssegment der oberen 20% kommen. Das muss man sich einmal vorstellen. Nur drei Prozent der Antragsteller gehörten zum einkommensschwächsten Fünftel der Bevölkerung. Ich werfe zunächst diese Frau auf, weil diese Information auch für mich neu ist. Ich finde, es ist unglaublich, dass Sie einen solchen Antrag stellen.

Ich sage Ihnen zum Schluss noch eines: Sie haben hier beantragt, auf die Absenkung der linearen Gebäudeabschreibung solle verzichtet und die degressive Gebäudeabschreibung im bisherigen Umfang beibehalten werden. Sie wissen ganz genau, dass das, was Sie hier schreiben, nicht mehr stimmt. Die Meinung in Berlin hat sich geändert. Man geht nicht auf 2% Abschreibung, sondern auf 3% für die ersten acht Jahre.

Das Allerhöchste an der Geschichte ist: Glauben Sie, wir haben vergessen, was Sie vor sechs oder sieben Jahren noch selbst beantragt haben? Damals hatten Sie eine Steuerreform gemacht, bei der Sie genau das forciert haben, was Sie jetzt dieser Regierung vorwerfen. Das ist unlauter. Ihre Steuerreform sah vor, dass die Abschreibung für den Mietwohnungsbau auf jährlich 2% reduziert wird. Das kritisieren Sie jetzt lauthals und machen das der Bundesregierung zum Vorwurf.

Damit habe ich das Wesentliche gesagt.

(Zuruf von der CSU: Es reicht!)

– Wenn Sie sagen, es reicht, dann müsste ich eigentlich weiterreden. Ich erspare Ihnen das, damit Sie geschont werden.

Ich finde, es ist unlauter, dass Sie diesen Dringlichkeitsantrag stellen. Ich fände es ausgesprochen hilfreich, wenn Sie diesen Antrag zurückziehen würden. Damit wäre der Sache eher gedient.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Pschierer.

Pschierer (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema der Aktuellen

Stunde heißt „Auswirkungen der Vorhaben der Bundesregierung auf die Wirtschaft in Bayern“. Ich will abschließend zu dieser Aktuellen Stunde vielleicht doch ein paar grundsätzliche Dinge sagen.

(Wahnschaffe (SPD): Das ist sehr schön, dass Sie es noch einmal anführen!)

– Herr Wahnschaffe, Ihr Redebeitrag hat mich wirklich dazu ermuntert. Die Zitate, die ich jetzt anführe, stammen nicht von der Landesleitung der CSU, und sie stammen auch nicht von mir. Sie stammen aus der Presse über den Freistaat Bayern oder sogar aus der überregionalen Presse: „mutlos, kraftlos, konzeptlos“. Das sind die Bezeichnungen, die man auf diese Bundesregierung derzeit anwendet.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss eines deutlich herausstellen: Kollege Dr. Kaiser hat sich hier hingestellt und hat zwei Begriffe in den Mund genommen, nämlich Konsolidieren und Reformieren. Da habe ich mich ernsthaft gefragt, ob man es ihm aufgeschrieben hat. Ich kenne ihn ja, ich kann mir nicht vorstellen, dass er das selbst glaubt. Das Wort Konsolidieren sollten Sie als Sozialdemokraten derzeit nicht mehr in den Mund nehmen. Sie haben den Wählern vor der Bundestagswahl erzählt, die Haushaltssituation sei solide. Sie haben den Blauen Brief aus Brüssel bis zum 22. September mit großer Mühe abgewehrt. Danach ist er gekommen. Das heißt, das Land in der Europäischen Gemeinschaft, das den Euro mit auf den Weg gebracht hat, ist nicht mehr in der Lage, die Stabilitätskriterien zu erfüllen.

(Gartzke (SPD): Der Euro steigt doch!)

Dann behaupten Sie, das sei eine Konsolidierung der Staatsfinanzen. Das ist Wählertäuschung, sonst gar nichts.

Nächster Punkt. Reformieren. Sagen Sie mir einen Punkt, mit dem Sie in den letzten Wochen auch nur den Ansatz dafür gezeigt haben, ein Reformkonzept auf den Weg zu bringen. Ich will beim Thema soziale Sicherungssysteme beginnen. Bei den sozialen Sicherungssystemen sind Sie vor der Bundestagswahl angetreten und haben gesagt: stabil, solide finanziert, keine Beitragserhöhungen. Wir haben im nächsten Jahr einen Spitzenwert bei der Beitragsbemessungsgrenze. Sie haben den Betrag auf 5100 Euro angehoben.

(Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

Wir haben Spitzenwerte bei den Belastungen. Sie sind Spitzenreiter, wenn es um das Abzocken geht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Gartzke (SPD): Das ist Gerechtigkeit!)

– Nein. Sie haben vor der Wahl etwas anderes gesagt, und das werden wir Ihnen vorhalten. Übrigens sollten Sie als bayerische SPD nicht so laut sein. Sie sind aus dieser Bundestagswahl als der eindeutige Verlierer hervorgegangen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von Abgeordneten der SPD)

Es wundert mich sowieso immer, wie Sie hier mit stolzeschwellter Brust auftreten. Die 28% der Bevölkerung, die Sie gewählt haben, haben Sie meist aus Mitleid gewählt und nicht aus Überzeugung.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von Abgeordneten der SPD)

Kommen wir jetzt ganz konkret zu den Auswirkungen Ihrer Politik auf Bayern. Um die Auswirkungen zu überprüfen, müssen wir feststellen, wie die Ausgangssituation in Bayern ist. Ich kann Ihnen eine Studie zitieren von einem renommierten Institut, und zwar von Cap, Gemini, Ernst & Young. Das ist ein international renommiertes Institut. Auf die Frage, wer von den 16 Bundesländern das unternehmer- und unternehmensfreundlichste Bundesland ist, findet man dort die Antwort: Mit weitem Abstand ist das der Freistaat Bayern. Nehmen Sie uns deshalb bitte ab, dass es uns ernsthaft darum geht, die Auswirkungen, die von Ihnen aus Berlin kommen, kritisch zu hinterfragen.

(Wahnschaffe (SPD): Dann tun Sie doch was!)

Ich komme noch einmal zum Thema Steuerpolitik. Angefangen von der Mehrwertsteuer über die Ökosteuern bis zur Spekulationssteuer: Vieles was Sie jetzt in die Steuergesetzgebung hineinschreiben dient nur dazu, Ihre leeren Haushaltslöcher zu füllen. Ihre Sozialpolitik hat massivste Auswirkungen auf die Beschäftigten im Freistaat Bayern durch die Anhebung der Sozialversicherungspflicht, der Beitragsbemessungsgrenze und des Sozialversicherungsbeitrags. Die größte Täuschung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, machen Sie derzeit mit Ihrem Hartz-Konzept. Was das Marketing angeht, ist das wirklich perfekt. Sie geben vor, mit dem Konzept Arbeitsplätze zu schaffen.

(Wahnschaffe (SPD): Das hat nie einer behauptet!)

Wissen Sie, was Sie machen? Sie betreiben Etikettenschwindel, indem Sie bisherige Arbeitslose zu Lohnempfängern machen. Anstatt die Leute an eine Personalserviceagentur zu geben, könnten Sie sie auch gleich verbeamten. Das hätte den gleichen Effekt.

(Wahnschaffe (SPD): Was sind Ihre Alternativen?)

Damit haben Sie die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt. Zum Thema Ich-AG. Das ist das Höchste. Allein die Formulierung. Sie haben sich dagegen gewehrt, als wir damals sagten, wir wollen das Scheinselbstständigengesetz rückgängig machen. Jetzt machen Sie das selbst, und zwar in verschärfter Form. Ich warne Sie deshalb schon heute: Sie werden bei der Ich-AG erleben, dass es zu gewaltigen Mitnahmeeffekten kommt. Das haben Sie nicht bedacht.

Nächster Punkt: Finanzplatz Freistaat Bayern. Herr Staatsminister Wiesheu hat eben ausgeführt, dass es uns darum geht, privates Beteiligungskapital auch weiterhin für Investitionen in Firmen mobilisieren zu können.

Das kann man aber nicht, wenn man den Aktienmarkt kaputt macht. Ich stelle gar nicht in Abrede, dass wir am neuen Markt alle schwierigen Zeiten durchlebt haben. Aber mit der Politik, die Sie jetzt machen, machen Sie den Finanzmarkt Bayern kaputt.

Letzter Punkt: Auswirkungen im Bereich der Landwirtschaft. Stellen Sie sich doch einmal vor, was es bedeutet, wenn Sie an die Durchschnittsermittlung bei den Gewinnen an § 13 des Einkommensteuergesetzes, an § 24 der Umsatzsteuerpauschalierung und an ähnliche gesetzliche Vorgaben herangehen.

(Beifall des Abgeordneten Kuchenbaur (CSU))

Allerletzter Punkt: Außenwirtschaftspolitik. Ich werfe Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD vor, dass die Außenpolitik der Bundesrepublik derzeit nur vom Bayerischen Ministerpräsidenten und dem Bayerischen Wirtschaftsminister gemacht wird. Auf Sie hört in Asien, China und Amerika kein Mensch. Aber genau dorthin müssen wir nun einmal unsere Produkte verkaufen. Machen Sie eine andere Politik, eine andere Steuerpolitik, dann bekommen Sie von uns gelegentlich auch wieder ein Lob.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Kupka.

Kupka (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zur Nummer 3 des Dringlichkeitsantrags 14/10797 kurz Stellung nehmen und Ihnen anhand des § 23 des Einkommensteuergesetzes aufzeigen, wie unser Staat die Bürger zunächst täuscht, sie dann lockt, Investitionen zu tätigen, um sie anschließend skrupellos – ich betone skrupellos – auszubeuten. Und er macht dies in einer Situation, in der die Bürgerinnen und Bürger keine Chance haben, ihre Lebenssituation und ihre Lebensplanung zu ändern. Viele, die hier sitzen, sei es auf der Besuchertribüne oder auf der Abgeordnetenbank, sind vielleicht selbst davon betroffen.

Der § 23 des Einkommensteuergesetzes sah zunächst einmal die Versteuerung von Gewinnen aus Spekulationsgeschäften vor. 1998 mutierte er zu einem Besteuerungstatbestand für Veräußerungsgeschäfte bei Grundstücken usw., und zwar rückwirkend auf zehn Jahre. Jetzt beabsichtigt die Bundesregierung, diesen Paragraphen zu einem Spekulationsparagraphen auf Lebenszeit zu degenerieren. Sie haben damit überhaupt keine Chance mehr, aus einer Steuerverstrickung herauszukommen. Das passiert Menschen, die sich mit erspartem Geld eine Wohnung gekauft haben. Diese Wohnung wird künftig versteuert, ganz gleichgültig, ob sie beim Verkauf Gewinn gemacht haben oder nicht.

Ich will Ihnen hierzu zwei Beispiele nennen, damit Sie wissen, wovon ich rede. Nehmen wir einen mittelständischen Unternehmer, der vor 15 Jahren für 500 000 Euro ein Mehrfamilienhaus gekauft hat. Jetzt verkauft er es für 750 000 Euro. Er hat auf dieses Haus Hypotheken in Höhe von 300 000 Euro aufgenommen. Davon hat er

100 000 Euro bezahlt. Wissen Sie, wie die Rechnung lautet, wenn er das Haus für 750 000 Euro verkauft? Auf die 750 000 Euro werden 150 000 Euro Abschreibungsgewinn hinzugerechnet. Er muss also 900 000 Euro gegenüber dem Anschaffungswert von 500 000 Euro versteuern. Wenn er die Steuer bezahlt hat, reicht der verbliebene Gewinn wegen des noch anfallenden Solidaritätszuschlags nicht aus, seine Hypothekenschulden zu bezahlen. Meine Damen und Herren, das ist eine Erdrosselungssteuer! Das hat nichts mit einem soliden Staat zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Sie brauchen sich doch nur einmal die Investoren anzuschauen, die auf Geheiß der Bundesregierung im Osten investiert haben. Sie werden hunderttausende Euro Schulden haben, aber keine Wohnung mehr. Hinzu kommt, dass es nicht nur um Steuerfragen geht. Hier werden ganze Lebensplanungen zerstört. Es tritt eine Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt ein. Vor allem aber führt das zu einem Vertrauensverlust in die Politik. Über eines muss man sich klar werden: Wenn der Bürger das Gefühl hat, dass es dem Staat an Unrechtsbewusstsein fehlt, warum sollte er dann Rechtschaffenheit an den Tag legen? Auch er wird unrecht handeln. Wir sehen doch schon heute, wohin das führt. Es wird Unterbriefungen geben und Kapitalflucht. Es wird nicht diejenigen treffen, die große Vermögen haben, meine Damen und Herren. Die sind doch bereits jetzt bei Steuerberatern und Rechtsanwälten und machen Konstruktionen mit GmbH und Co. KGs. Der kleine Mann aber, der eine oder zwei Wohnungen hat, der sich eine teurere Beratung nicht leisten kann, wird abgezockt. Wenn er heute seine Wohnung verkaufen will, um sich einen Altenheimplatz zu kaufen, dann bleiben ihm außer Schulden nichts übrig. Das ist ein Saustall!

(Beifall bei der CSU)

Zu dieser Erdrosselungssteuer tritt nun noch eine umfangreiche Gift-Liste: Heruntersetzung der linearen AfA, Abschaffung oder Reduzierung der degressiven AfA und noch etwas, was ich überhaupt nicht verstehe, meine sehr verehrten Damen und Herren. Man muss sich einmal vorstellen, was beabsichtigt ist. Werbungskosten bei fremd vermieteten Wohnungen sollen nur dann in voller Höhe abgezogen werden dürfen, wenn der Vermieter mindestens 75% der ortsüblichen Miete verlangt. Wenn sich also ein Vermieter sozial gibt, wird er durch einen geringeren Abzug der Werbungskosten bestraft. Wer ist denn der Leidtragende? – Das sind doch die kleinen Leute, die Mieter, die Sie hier treffen. Das sind nicht die Großen. Das ist unglaublich, das ist keine soziale Politik.

(Beifall bei der CSU)

Sie aber bezeichnen das – fast schon zynisch – als Subventionsabbau. Einer der davon betroffen ist, hat zu mir gesagt: Es kommt mir so vor, wie wenn ich jemand mit einem Fußtritt niedergestreckt habe und dann spucke ich ihm noch ins Gesicht.

So denken die Bürger allmählich. Sie haben keinen Respekt mehr vor diesem Staat.

Der Exodus hat schon begonnen, meine Damen und Herren. Ein Bürgermeister in meinem Stimmkreis hat mir Folgendes gesagt: „Kennen Sie die Anschrift Koogstraat Nummer 3 in 25870 Norderfriedrichskoog?“ Eine Hallig! Dorthin wandern jetzt massenweise seine Betriebe und begehen Steuerflucht. Andere machen es über andere Systeme. Oder man geht nach Österreich.

Es ist doch eine Schande für unser Land! Wenn Sie von Österreich nach Bayern fahren, heißt es: „Letzte Tankstelle vor der Landesgrenze“. Man meint, dort wird ein Volksfest gefeiert. Wissen Sie, was dort los ist? Man spart dort in großem Umfang die Ökosteuer. Sie könnten genauso gut hinschreiben: „Hier verlassen Sie die wirtschaftsfreundliche Zone und kommen in die Bundesrepublik!“

Die Folgen sind natürlich ganz klar, meine Damen und Herren. Wir driften bei diesem Steuersystem in eine Schattenwirtschaft ab. Die Schattenwirtschaft hat 16% des Bruttosozialprodukts erreicht. Das wird so weitergehen. Wie man so schön sagt, wird in der Bauwirtschaft nicht mehr bei Weiß & Freitag gearbeitet, sondern bei Schwarz & Samstag. Sie wissen natürlich, was das alles bedeutet.

Wir gehen davon aus, dass alle diese Grausamkeiten durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt werden. Der Bundesfinanzhof hat die Zehnjahresfrist schon für verfassungswidrig erklärt, also nicht nur gesagt, sie sei nicht mit der Verfassung vereinbar, sondern sie sei verfassungswidrig. Das wird demnächst dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt und dann endgültig entschieden. Aber in der Zwischenzeit ist die Bauwirtschaft kaputt, sind private Vermögen vernichtet und das Vertrauen in den Staat schwer beschädigt.

Ich glaube, wir sollten uns eines klarmachen: Überall dort, wo der Staat die Bürgerrechte und -freiheiten zu sehr beschneidet, kann man das an der Zahl der Polizeibeamten messen, die über den normalen Schutz des Bürgers hinaus notwendig sind. Dort, wo der Staat in dieser selbstzerstörerischen Weise abkassiert, können Sie die Untaten daran messen, wie viele Steuerfahnder über das normale Maß der Steuerkontrolle hinaus beschäftigt werden. Sie haben immer wieder gesagt, wir brauchten nur mehr Steuerfahnder.

Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren. Die Bürger werden nicht mitmachen, die Wirtschaft wird nicht mitmachen. Wir gehen in der Spirale der Wirtschaftsentwicklung nach unten und werden keine Chance haben, das zu finanzieren, was Sie mit Gesundheitspolitik, Rentenpolitik und anderen Dingen angesprochen haben.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Beckstein.

Staatsminister Dr. Beckstein (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um kurz auf Kollegen Volkmann zu erwidern. Ich kann es nicht ohne Widerspruch im Raum stehen lassen, wenn Herr Kollege Volkmann behauptet, dass zugesagte Förderungen im sozialen Wohnungsbau nicht eingehalten würden.

(Frau Radermacher (SPD): Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Das ist falsch, Herr Kollege Volkmann. Wenn Zusagen erteilt worden sind, werden sie eingehalten.

Das betrifft die Fälle, in denen ein vorzeitiger Baubeginn ermöglicht worden ist und für die noch Mittel vorhanden sind. Gewisse Reduzierungen mussten wir allerdings in den Fällen vornehmen, in denen sich Leute nur unverbindlich erkundigt hatten und zwar deswegen, weil wir im laufenden Jahr 2002 eine deutliche Überzeichnung der Anträge gegenüber den Haushaltsmitteln haben, die in diesem Jahr vorgesehen sind.

Aber ich meine, lieber Kollege Volkmann, es ist eindeutig völlig unzulässig, das in irgendeinen Zusammenhang zu stellen mit den dramatischen Reduzierungen der Wohnungsbauförderung, die von Rot-Grün vorgenommen worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

In dem konkreten Fall, den die „Nürnberger Nachrichten“ hier aufgespießt haben, ist es so, dass die zinsgünstigen Darlehen, die in der Höhe von 23000 Euro vorgesehen waren, auf 17500 Euro reduziert werden. Es handelt sich also um die Reduzierung eines zinsgünstigen Darlehens, wobei die Möglichkeit besteht, zusätzlich von einem Darlehensprogramm der Landesbodenkreditanstalt Gebrauch zu machen, sodass sich die Einschränkungen zinsgünstiger Darlehen in ganz, ganz engen Grenzen halten werden.

Ich bestreite auch nicht, dass mich die Reduzierung der Höhe der Mittel im sozialen Wohnungsbau im Jahr 2003/2004 alles andere als erfreut. Wir haben hier Rückgänge zu verzeichnen. Dabei sind die Rückgänge, soweit sie die Förderung des Mietwohnungsbaus betreffen, aus meiner Sicht durchaus akzeptabel, denn mit Ausnahme des Großraums München gibt es derzeit kaum ernsthafte Bestrebungen, Mietwohnungsbaue in Bayern im Bereich des sozialen Wohnungsbaus durchzuführen, weder im Zusammenhang mit dem auslaufenden ersten Förderweg noch im Zusammenhang mit der vereinbarten Förderung. Die Bedingungen sind bayernweit im Moment so, dass praktisch nur im Großraum München Mietwohnungsbaue erfolgt. Das ist also insoweit verkraftbar.

Darüber hinaus betreffen die Einsparungen die Eigentumsförderung und die Modernisierung. Die Modernisierungsförderung wird aufgrund eines Antrages der CSU-Fraktion wieder auf die Höhe des letzten Jahres aufgestockt werden. In der Eigentumsförderung werden wir im nächsten Jahr gewisse Rückgänge haben. Ich kann mir aber vorstellen, dass wir trotzdem im nächsten Jahr

Reste haben werden, weil aufgrund der geplanten Bundesmaßnahmen die Möglichkeit des Bauens so stark reduziert werden wird, dass möglicherweise auch die reduzierten Mittel noch ausreichen werden.

Das, was in den letzten Jahren von Rot-Grün im Bereich des Wohnungsbaus getan worden ist, hat aber eine völlig andere Qualität. Ich hätte eigentlich gerade von Ihnen, Herr Kollege Volkmann, erwartet, dass Sie sich ähnlich verhalten wie die Bauminister der SPD, die gesagt haben, dass das, was hier gemacht wird, äußerst bedauerlich sei. Diese haben erklärt: Wir werden schauen, ob wir nicht doch zu Verbesserungen der Situation kommen können. Das haben die Bauminister in der vergangenen Woche getan. Der Parlamentarische Staatssekretär Großmann und Herr Stolpe haben das auch in Ministergesprächen erklärt. Darum erstaunt es mich, dass Sie sich instellen und sagen, das, was da gemacht wird, sei gut.

Ich will Ihnen zunächst vorhalten, was in der letzten Legislaturperiode getan worden ist, um sozusagen auch ganz bewusst die Baukonjunktur abzuwürgen: Das war die Beschränkung der Verlustrechnung bei Vermietung und Verpachtung, die Erhöhung der Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre und die Herabsetzung der Einkommensgrenzen im Eigenheimzulagengesetz. Darüber hinaus ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus von 690 Millionen Euro im Jahr 1998 auf knapp 300 Millionen Euro bundesweit reduziert worden, also um mehr als 50%.

Deswegen, meine ich, muss man schon in aller Deutlichkeit sagen: In der Zeit von 1998 bis 2002 hat Rot-Grün den Wohnungsbau abgewürgt und mit den Beschlüssen des Jahres 2002 wird der Patient ermordet.

(Beifall bei der CSU)

Der Patient Wohnungskonjunktur wird ermordet, wobei allerdings die Verschlechterung der Abschreibung gegenüber den Koalitionsvereinbarungen wahrscheinlich noch bis 2004 oder 2006 hinausgeschoben wird, sodass man sagen muss, es ist ein Mord auf Raten. Dass es aber ein ganz brutaler Eingriff in die Baukonjunktur ist, kann doch wohl von niemandem ernsthaft bestritten werden. Wer soll denn nach den Verschlechterungen beim Vorkostenabzug, bei der Verlustverrechnung, im Mietrecht noch ernsthaft an Mietwohnungsbau denken?

Zur Spekulationsfrist hat der Kollege Kupka etwas gesagt, wobei ich es schon für pervers halte, von Spekulation zu reden, wenn jemand nach 15 Jahren ein Haus verkauft, weil er beispielsweise von Nordrhein-Westfalen nach München verzieht. In einem solchen Fall von Spekulation zu reden, ist doch völlig verrückt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie, Herr Kollege Volkmann, sagen, in Nordrhein-Westfalen sei festgestellt worden, dass es sich bei einem erheblichen Anteil um Fehlförderungen handle, dann kann ich Ihnen nur sagen: Sie haben offensichtlich die Beratungen der letzten Bauministerkonferenz nicht verfolgt. Dort ist unter Beteiligung des nordrhein-westfälischen

lischen Bauministers, Herrn Vesper, festgestellt worden, dass es zuverlässige Aussagen über die Einkommensverhältnisse derer, die von der Eigenheimförderung profitieren, nicht gebe.

Mit den Stimmen Nordrhein-Westfalens und aller SPD-Länder haben wir darüber hinaus festgestellt, dass die bisherige Eigentumsförderung außerordentlich zielgenau erfolgt ist. In diesem Zusammenhang bin ich insbesondere Bundesbauminister Stolpe und dem Bauminister von Rheinland-Pfalz, Herrn Mittler, sehr dankbar, dass sie meine Ansicht massiv unterstützt haben, dass es falsch wäre, Eigentumsförderung allein unter dem Gesichtspunkt der Familienförderung zu sehen.

Insbesondere hinsichtlich der Altersvorsorge muss alles getan werden, das Wohneigentum zu fördern. Ich bin überzeugt, dass es auch volkswirtschaftlich sehr viel sinnvoller ist, in die Eigenheimförderung zu gehen. Das ist eine seriösere Altersvorsorge als die Spekulation am internationalen Aktienmarkt.

(Beifall bei der CSU)

Die Bundesregierung sagt, durch die beabsichtigte Veränderung der Eigenheimzulage würde die Familienfreundlichkeit verbessert werden, weil die Kinderkomponente erhöht werde. Meine fleißigen Mitarbeiter im Innenministerium haben ausgerechnet, dass bereits ab dem soundsovielten Kind die Förderung genauso hoch ist wie bisher. Dieses soundsovielte Kind ist das 48. Kind in einer Familie. Ab dem 48. Kind ist die Familienförderung genauso gut wie in der Vergangenheit. Meine Damen und Herren, was hier gesagt wird, ist Volksverdummung.

(Beifall bei der CSU)

In Wirklichkeit hat man bei allen massiv gespart. Es kann sein, dass dies notwendig ist, aber dann muss man offen und ehrlich dazu stehen und sagen: Wir haben gespart, anstatt zu sagen; wir wollen Familien besser fördern, wo doch offensichtlich ist, dass dies nicht der Fall ist.

Ich kann nur wiederholen: Zum Wohnungsbau kann man nur sagen, dass die jetzt erfolgten Beschlüsse von Rot-Grün verheerend waren. Die Koalitionsbeschlüsse waren katastrophal. Das war die Ermordung des Patienten. Seither sind gewisse Modifizierungen vorgenommen worden, insbesondere, was die Übergangsfrist von der degressiven Abschreibung anbelangt. Dies ändert aber nichts daran, dass die Botschaft, die an die gesamte Bauwirtschaft gegeben wird, heißt: Leute, investiert nicht mehr in den Wohnungsbau. Deswegen befürchten alle, dass es in diesem Sektor zu einer dramatischen Steigerung der Pleiten kommen wird. In einem Gespräch zwischen meinem Haus und der Bauwirtschaft ist für Bayern prognostiziert worden, dass 10% aller bayerischen Firmen der Bauwirtschaft im nächsten Jahr Insolvenz anmelden würden. Meine Damen und Herren, ich meine, man sollte solche Beschlüsse nicht verteidigen. Ihre Aufgabe wäre es: Sie müssen den Einfluss wahrnehmen, den selbst Sie vielleicht in Berlin haben, um Verbesserungen zu erreichen,

(Zuruf von der CSU: Die haben nicht einmal hier etwas zu melden!)

damit die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter nicht erhöht wird und die Zahl der Familien, die sich leider kein Eigenheim leisten können, nicht steigt.

(Zuruf von der CSU: Die haben in Bayern nichts zu melden und in Berlin auch nicht!)

Ich meine, in der Berliner Politik muss es diesbezüglich zu einer Kehrtwende kommen, sonst wird unser Land geschädigt.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Kellner.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Seit zwei Stunden diskutieren wir jetzt über die wirtschaftliche Situation in unserem Lande. Ich sage Ihnen: Dies wäre ein Vergnügen, wenn wir zwei Stunden über Problemlösungen diskutiert hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glück (CSU): Bietet halt welche an!)

Was Sie hier als große CSU-Fraktion gebracht haben, ist doch eine Schande. Sie haben sich hier hingestellt und gesagt: Das passt uns nicht, und dieses ist schlecht und jenes ist schlecht.

(Herrmann (CSU): Es ist eben so!)

Stattdessen hätten Sie sich hier hinstellen und Vorschläge machen sollen, über die wir gerne zu diskutieren bereit sind; denn wir bringen auch Vorschläge.

(Willi Müller (CSU): Machen Sie halt Vorschläge!)

Dies würde nach vorne führen, nicht aber dieser immer rückwärts gewandte Blick: Habt ihr nicht, könnt ihr nicht usw.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ich habe heute in alten Akten geblättert und bin auf das Jahr 1997 gestoßen, als Ihre Partei Mitverantwortung in der Bundesregierung getragen hat. Siehe da: Eine ähnliche Problemlage bestand. Es gab Steuereinbrüche, es gab Diskussion um große Reformen, die dann doch nicht durchgeführt wurden, und es wurde eine Kommission ins Leben gerufen, die so genannte Bareis-Kommission. Wenn ich mir die Vorschläge dieser Bareis-Kommission ansehe, die Ihr damaliger Finanzminister Theo Waigel gerne umgesetzt hätte, sehe ich, dass Sie im Wesentlichen dem ähneln, was jetzt zur Debatte steht. Dies muss man der Redlichkeit halber doch erst einmal sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb plädieren wir für Lösungskompetenz und Lösungen.

Erster Punkt: Ökosteuer. Sie stellen sich heute hin und sagen, dass die Ökosteuer abgeschafft werden muss. Haben Sie denn vergessen, dass Ihr Ministerpräsident, als er Kandidaten-Status hatte, gesagt hat: Ich werde die Ökosteuer weiterführen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch er und Sie haben nicht gewusst, wie Sie sonst die Rentenbeiträge auch nur annähernd stabil halten sollen. Zu Änderungen an der Ökosteuer sage ich Folgendes: Wir haben auch einen Fortentwicklungsbedarf – das sage ich ganz offen. Wir denken an die kleinen Handwerksbetriebe und schlagen vor, statt eines Sockels, bis zu dem die volle Steuer bezahlt werden muss und ab dem eine Reduktion einsetzt, einen steuerfreien Sockel einzuführen, weil dieser nämlich den Kleinen nützt, und ab Erreichen dieses Sockels voll zu besteuern. Dies ist unsere Mittelstandspolitik und unsere Politik für das Handwerk.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich schon, was Sie dagegen haben könnten, wenn grenzüberschreitende Flüge mehrwertsteuerpflichtig werden. Ja mein lieber Gott, es ist doch das Normalste auf der Welt, dass der Flugbetrieb besteuert wird, genauso wie der Pendler, der mit dem Auto fährt, eben auch Steuer zahlen muss und die Bahn zumindest dem halben Mehrwertsteuersatz unterliegt. Das ist eine ökologische Komponente, die Sie mittragen sollten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu den Rentenbeiträgen. Diesbezüglich muss doch einmal betrachtet werden, wie sich die Struktur entwickelt hat. Von Anfang an war es falsch, die wiedervereinigungsbedingten Kosten hauptsächlich über die Sozialversicherungen abzuwickeln und abzugleichen. Sie hätten steuerfinanziert werden müssen. Sie haben sich aber damals nicht getraut, dies zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darunter leidet die Rentenversicherung immer noch.

Nun zur Krankenversicherung. Frau Stewens ist jetzt nicht mehr da. Ich habe meinen Ohren nicht getraut, als sie sagte: Wenn die Bundesregierung eine Erhöhung der Kassenbeiträge nicht gestattet, werde ich Jedem und jeder Kasse noch kurz vor Torschluss die Erhöhung der Beiträge genehmigen. Ich habe mir gedacht: Wie denn das? So kann es doch wohl nicht sein. Man muss doch vorher prüfen, ob dies überhaupt gerechtfertigt ist.

(Dr. Goppel (CSU): Das hat sie doch gesagt!)

– Nein, ich habe sie doch im Fernsehen gesehen, wie sie das locker-flockig gesagt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Goppel (CSU))

– Herr Goppel, ich habe es gehört. Ich frage mich: Warum wird denn nicht überprüft, wie es denn um den Verwaltungsaufwand der Krankenkassen steht? Dies könnte man doch auch einmal hinterfragen, und zwar auch als Rechtsaufsicht in Bayern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So könnte ich beliebig fortfahren.

Zum Schluss noch zur Eigenheimfinanzierung. Korrekturbedarf ist vorhanden; hier muss man Mitnahmeeffekte ausschalten, hier muss man das Ziel an der Altbausanierung, an Familien mit Kindern orientieren, an denjenigen, die es brauchen, damit nicht auch noch die Zersiedelung der Landschaft gefördert wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie, Kolleginnen und Kollegen, endlich einmal über Lösungen zu diskutieren, anstatt immer dieses Schwarze-Peter-Spiel fortzuführen. Dies dient unserem Land und den Menschen nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Wörner.

Wörner (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister Wiesheu, Sie haben in Ihrer Rede darauf verwiesen, dass Rot-Grün in Berlin Arbeitsplätze vernichtet. Ich lese gerade einen Zeitungsartikel der „Passauer Neuen Presse“, die uns, also Rot-Grün nicht sehr nahe stehen dürfte. Darin steht heute als Schlagzeile: „Staatsregierung opfert unsere Arbeitsplätze“.

Ich bin nicht mehr ganz sicher, wer die Arbeitsplätze in Bayern vernichtet, Sie oder Rot-Grün.

(Dr. Bernhard (CSU): Letztere!)

Meine Damen und Herren, wer sich der Tarifreue verweigert, ruiniert mittelständische Arbeitsplätze und mittelständische Unternehmen. Nicht wir, sondern Sie mit Ihrer Verweigerungshaltung, die Sie wegen der Großunternehmer eingenommen haben, sind daran schuld. Sie wollten nämlich keine Schwarzen Listen. Weil Sie die Schwarzen Listen nicht wollten, geraten mittelständische und kleine Unternehmer aufgrund des Lohndumpings in Probleme. Nicht die sich lange abzeichnende Krise hat dazu geführt, dass diese Unternehmen in die Pleite getrieben wurden. Schuld ist vielmehr der Umstand, dass Sie Maßnahmen verhindert haben, die die Bundesregierung ergreifen wollte, um den Mittelstand zu schützen. Das beste Beispiel dafür ist Hauenberg. Die Staatsregierung ist am Flughafen Erding beteiligt. Der Granit für den Neubau wurde in China gekauft. Warum denn? – Dieser Auftrag hätte genauso gut dem bayerischen Mittelstand erteilt werden können. Da stellt sich schon die Frage, was Ihnen und uns wichtig ist. Wollen Sie die Arbeitsplätze in Bayern oder irgendwo anders?

(Beifall bei der SPD)

Man darf sich nicht hierher stellen und heuchlerisch über die schrecklichen Dinge klagen, die gerade passieren. Im Übrigen sind diese Dinge noch nicht einmal beschlossen. Sie reden dieses Land und seine Arbeitsplätze kaputt.

(Beifall bei der SPD)

Ausländische Gäste fragen schon, was bei uns los sei. Sie sagen: Ihr redet euch doch selber runter. Ausländische Investoren investieren nach wie vor in erheblichem Maße in dieser Republik. Sie sagen demgegenüber, dass alles immer schlechter werde. Da brauchen Sie sich nicht zu wundern, dass den Betrieben die Kapitaldecken ausgehen. Meine Damen und Herren, dieses Spiel wird nicht aufgehen. Ausländische Investoren wissen sehr genau, welcher guter Standort Deutschland ist. Diesen Standort lassen wir uns von Ihnen nicht kaputt reden. Sie haben 16 Jahre lang dieses Land in den Dreck gefahren. Wir müssen und wollen es jetzt im Interesse der Menschen, die hier leben, reparieren. Daran lassen wir uns nicht hindern, auch wenn Sie dieses Land niederreden wollen. Sie reden einen Niedergang herbei, den es überhaupt nicht gibt.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aktuelle Stunde ist beendet. Ich lasse jetzt über die mitberatenden Dringlichkeitsanträge abstimmen, zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Belastungen für die Wirtschaft stoppen“, Drucksache 14/10796. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU und Frau Kollegin Grabmair. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Der Dringlichkeitsantrag ist damit angenommen.

Nun lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Baukonjunktur nicht abwürgen – wohnungsbaupolitischen Kahlschlag der Bundesregierung verhindern“, Drucksache 14/10797, abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist wiederum die Fraktion der CSU, Frau Kollegin Grabmair und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das sind zwei Stimmenthaltungen aus den Reihen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Der Dringlichkeitsantrag ist damit angenommen.

Herr Kollege Volkmann möchte noch eine persönliche Erklärung nach § 110 der Geschäftsordnung abgeben.

Volkmann (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schade, dass der Innenminister nicht mehr da ist.

(Gabsteiger (CSU): Der Herr Minister hat Wichtiges zu tun!)

– Herr Kollege, ich finde das sehr interessant, wenn Sie sagen, der Herr Minister habe Wichtigeres zu tun. Wenn wir eine Plenarsitzung haben, haben alle Abgeordneten gemäß § 3 der Geschäftsordnung dieses Landtags die Verpflichtung, anwesend zu sein. Alle Minister – außer Herrn Dr. Schnappauf – sind Abgeordnete. Wenn es um eine Debatte geht, an der sich der Innenminister beteiligt hat, darf ich doch wohl von ihm verlangen, dass er wenigstens anwesend ist.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege Volkmann, bitte geben Sie jetzt Ihre persönliche Erklärung ab.

Volkmann (SPD): Frau Präsidentin! Ich bitte um Entschuldigung, der Kollege hat mich geradezu dazu aufgefordert, etwas zu ihm zu sagen. Ich möchte zur Eigenheimförderung Folgendes erklären: Herr Innenminister Dr. Beckstein hat mir eine Aussage unterstellt, die ich nicht gemacht habe. Ich habe lediglich die Frage aufgeworfen, ob es stimmt, was in der „Süddeutschen Zeitung“ über ein Gutachten der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer steht. Ich habe gebeten, das zu klären. Daraus eine Unterstellung zu machen, halte ich nicht für richtig.

Ich habe außerdem zu dem CSU-Antrag auf Drucksache 14/10797 gesprochen und Sie aufgefordert, diesen Antrag zurückzuziehen, weil die CSU im Jahre 1995 genau die Anträge gestellt hat, die sie in diesem Antrag der Bundesregierung vorwirft. Herr Dr. Beckstein hat zu meinem Bedauern daraus den Schluss gezogen, ich hätte die Wohnungsbaupolitik für gut befunden. Ich denke, wir sollten uns abgewöhnen, dem anderen etwas zu unterstellen, was er nicht gesagt hat.

Schließlich möchte ich klarstellen, dass sich der Vorwurf nicht, wie mir das von Herrn Dr. Beckstein unterstellt wurde, auf seine Änderung bei der Eigenheimförderung im sozialen Wohnungsbau bezogen hat. Wir wollten nur erreichen, dass diese nicht so abrupt erfolgt, dass Leute, die darauf vertraut haben, nicht mehr damit rechnen können. Das sind schließlich mehrere hundert Menschen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2

Haushaltsplan 2003/2004;

Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

Das Wort hat der Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich möchte noch eine

kurze Anmerkung zu der vorherigen Debatte machen: Herr Kollege Wörner, Sie haben einen Artikel aus der „Passauer Neuen Presse“ zitiert. Da müsste man dazu fragen, ob es sich um Ihre eigene Versammlung gehandelt hat, über die in diesem Artikel berichtet worden ist. Sie haben über die Bestellung von Granit in China gesprochen. Ich erinnere an den letzten Vorgang in der neuen Stadt Riem. Hier gab es Bestellungen durch die Landeshauptstadt München. Die Beschwerden der Granithersteller liegen mir auf dem Tisch. Das betrifft jedoch nicht den Freistaat Bayern, sondern die Landeshauptstadt München. Insgesamt muss ich feststellen, dass die Damen und Herren der Opposition, die heute gesprochen haben, offensichtlich an Realitätsverlust leiden und weder Kommentare in den Zeitungen lesen noch das ernst nehmen, was die Wirtschaftsweisen zu diesem Thema sagen.

(Dr. Kaiser (SPD): Diese Debatte ist eigentlich vorbei!)

Wenn das die Grundlage für Ihre Entscheidungen ist, wundert mich nichts mehr.

Ich möchte jetzt zum Einzelplan 07 Stellung nehmen: Der erreichte Wohlstand, das hohe Beschäftigungsniveau und die Sicherheit der Arbeitsplätze in Bayern haben ihre Grundlage in der Leistungskraft unserer Wirtschaft. Die Unternehmen befinden sich allerdings momentan in einer sehr schwierigen Lage, wie das die vorherige Debatte gezeigt hat. Die konjunkturellen Perspektiven verschlechtern sich. Die Bundesregierung sorgt über eine Politik breitflächiger Steuer- und Abgabenerhöhungen für Zusatzbelastungen für Beschäftigte und Betriebe. Für uns kommt es darauf an, dass wir die landespolitischen Möglichkeiten nutzen, um hier gegenzusteuern. Das ist allerdings nur begrenzt möglich.

Wir werden die positive Grundstimmung, die wir in Bayern nach wie vor haben, erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft stärken. Der Einzelplan 07 ist geprägt von der Devise „Sparen und gestalten“. Bei einem Gesamtetat von 1,66 Milliarden Euro waren Einsparungen nicht zu umgehen. Wir konnten aber auch neue Akzente setzen. Der Wirtschaftsetat bleibt ein Etat der Investitionen. Er schafft die Basis dafür, dass wir die erfolgreiche bayerische Doppelstrategie aus Bestandspflege und Innovation auch in schwierigen Zeiten fortsetzen können. Der Haushaltsausschuss hat die Aufstellung des Wirtschaftsetats 2003/2004 konstruktiv beraten und intensiv begleitet. Dafür danke ich seinem Vorsitzenden Manfred Ach und allen Ausschussmitgliedern.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern kann sich von den bundespolitischen Vorgaben und dem dadurch bedingten generellen Konjunkturverlauf nicht völlig abkoppeln. Besonders betroffen davon sind Landesteile, die ohnehin bereits unter erheblichem Anpassungsdruck leiden. Der Abschwung wirkt sich hier früher und stärker aus als anderswo.

Daraus, wie es oft geschieht, ein allgemeines Nord-Süd-Gefälle zu konstruieren, ist falsch. Die regionalen Unterschiede in Bayern sind nicht größer als in anderen Län-

dem. Entscheidend ist, dass fast alle Regierungsbezirke bei der Arbeitslosigkeit besser dastehen als der westdeutsche Durchschnitt, dass alle Regierungsbezirke besser dastehen, als das bei zwölf von insgesamt sechzehn Ländern der Fall ist. Das ist beachtlich, und das sollte man bei dieser Diskussion nicht unter den Tisch kehren.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat ist insgesamt nach wie vor besser als im Bund. Die Wirtschaftsleistung Bayerns nahm im ersten Halbjahr 2002 um 0,1% zu. Das ist uns zu wenig. Im Bund ging die Wirtschaftsleistung allerdings um 0,4% zurück, in Baden-Württemberg um 0,9%, in Nordrhein-Westfalen um 1%. Die Arbeitslosigkeit ist zwar leider auch in Bayern wieder gestiegen. Wir haben aber nach wie vor zusammen mit Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosigkeit aller Länder in Deutschland.

Die Fakten zeigen, dass wir nicht zurückfallen, dass die bayerische Wirtschaft der konjunkturellen Flaute und dem bundespolitischen Gegenwind besser standhält als andere Länder.

Die Perspektiven für 2003 sind allerdings verhalten. Die Risiken sind beträchtlich. Der Ifo-Geschäftsklimaindex hat sich im Oktober zum fünften Mal in Folge verschlechtert. Die Binnenwachstumskräfte bleiben bis ins nächste Jahr hinein ohne Dynamik. Bei Ausrüstungsinvestitionen wird ein Plus von 0,4% kalkuliert, bei den Bauinvestitionen von 0,0%, beim privaten Konsum von 0,6%, wenn es gut geht. Der Export verliert an Dynamik. Für 2003 werden unter 2% an Zuwachs errechnet; das ist die geringste Zahl seit langen Jahren. Die Wirtschaftsweisen haben sich korrigiert und rechnen für 2003 nur noch mit einem Wachstum von einem Prozent.

Die Prognosen sind zudem mit großen Risiken behaftet. Finanzmarktkrisen aufgrund der Börsenbaisse sind nach wie vor nicht ausgeschlossen. Die Lage wird durch neue steuerliche Überlegungen von Rot-Grün verschärft. Die Weltkonjunktur bleibt labil. Das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA birgt weiterhin Gefahren. Die europäische Wirtschaft lahmt auch wegen des Sanierungsfalls Deutschland. – Wann ein durchgreifender Aufschwung kommt, ist offen.

Die Wachstumsbremse Nr. 1 heißt: rot-grüne Bundesregierung. Die Politik der Bundesregierung bremst die wirtschaftliche Entwicklung. Sie hat bereits in den letzten vier Jahren durch eine Reihe wirtschaftspolitischer Fehler und Versäumnisse die Dynamik der Wachstumskräfte systematisch gebremst. Sie hat es versäumt, in den Boomjahren 1999/2000 die Haushalte durch strukturelle Reformen auf eine solide Grundlage zu stellen.

Sie hat durch gravierende Fehler bei der Steuerreform die öffentlichen Haushalte an die Wand gefahren. Die Finanzlöcher werden von Woche zu Woche größer. Die jüngste Steuerschätzung geht von einem Minus von 18 Milliarden € für 2002 aus, von 16 Milliarden € für 2003 gegenüber den Steuerschätzungen vom Mai. Die kommenden Steuerschätzungen werden weitere Überraschungen bringen.

Anstatt endlich den notwendigen Richtungswechsel zu vollziehen und positive Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen, hält die Bundesregierung an ihrem Kurs in Richtung Steuerstaat, höhere Staatsquote, mehr staatlichen Interventionismus und mehr Umverteilung unbeirrt fest. Sie nimmt nicht wahr, was in der Wirtschaft passiert, und sie nimmt nicht wahr und will nicht wahrnehmen, was sie anrichtet.

Über Steuererhöhungen sollen Bürger und Wirtschaft im Zeitraum von 2002 bis 2006 zusätzlich rund 70 Milliarden € an den Staat abführen. Von Sparen bei Erhaltungssubventionen, Kürzungen bei den konsumtiven Aufgaben im Haushalt und Umschichtungen hin zu Investitionen ist keine Rede mehr.

Die drängenden Strukturreformen – wir haben darüber geredet – bei den sozialen Sicherungssystemen werden auf die lange Bank geschoben. Stattdessen werden die Beitragssätze angehoben und die Bemessungsgrundlagen erweitert.

Die Hartz-Vorschläge sind ein Ausweichmanöver. Sie schaffen keine neuen Arbeitsplätze; sie beschönigen nur die Statistik und ebnen der Verstaatlichung des Arbeitsmarktes weiter den Weg. Die Kosten sind unkalkulierbar. Von der notwendigen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist keine Spur zu erkennen. Der erste Arbeitsmarkt bleibt verriegelt.

Die Folgen lauten: Kaufkraftentzug in Milliardenhöhe bei den privaten Haushalten, massiver Kostenanstieg und Liquiditätsentzug bei den Unternehmen, weitere Verschlechterung der Stimmung in der Wirtschaft, der Investitionsfähigkeit und der Investitionsneigung sowie des Verbrauchervertrauens.

(Zuruf des Abgeordneten Schindler (SPD))

– Wenn Sie sich darüber noch lustig machen, ist es um die SPD schon traurig bestellt. Schauen Sie doch einmal in die Betriebe hinein! Darüber Witze zu machen, ist schon ein trauriges Verhalten eines Sozialdemokraten.

(Beifall bei der CSU – Dr. Wilhelm (CSU): Sehr wahr!)

Bei vielen kleinen und mittelständischen Betrieben ist die Belastungsgrenze ebenso wie bei einer Reihe von Großbetrieben überschritten. Es droht eine Abwärtsspirale mit rückläufigen Beschäftigungszahlen, sinkender Nachfrage und weiter steigender Arbeitslosigkeit.

Das rot-grüne Gesetzesstakkato ist ein wirtschaftspolitischer Offenbarungseid. Die Bundesregierung ist ohne Konzept, ohne Mut, ohne Kraft. Sie hat bereits zu Beginn der neuen Legislaturperiode abgewirtschaftet. So wird das durchweg in allen relevanten Zeitungen kommentiert.

In diesem zunehmend schwierigeren gesamtwirtschaftlichen Umfeld kommt es umso mehr darauf an, die Stärken des Wirtschaftsstandortes Bayern gezielt zu sichern und weiterzuentwickeln. Für eine Abkehr von unserer bewährten Doppelstrategie aus vorausschauender Be-

standspflege und Innovationsoffensive gibt es trotz der anhaltenden Konsolidierung der so genannten New Economy nicht den geringsten Anlass:

Im Jahresdurchschnitt sind in Deutschland seit 1993 Hochtechnologiebranchen um 6,6%, mittlere Technologien um 2,5% und innovationsarme Technologien – bzw. Betriebe mit derartigen Technologien – nur um 0,7% gewachsen. Das bedeutet, dass Wachstum durch Innovationen geschaffen wird, nicht durch Strukturkonservierung und Umverteilung.

Auf Bundesebene herrscht im Hinblick auf eine dringend notwendige Modernisierungs- und Innovationsoffensive leider Fehlanzeige. Schlimmer noch: Durch die Versteigerung der UMTS-Erlöse zum Mondpreis von 50 Milliarden € hat der Bund die Anpassungskrise bei der Informations- und Kommunikationsindustrie mit ausgelöst und verschärft. Die Steuereinnahmen sinken dadurch, und der damalige momentane Erfolg durch die Schuldenreduzierung ist vorübergehend. Es zeigt sich immer wieder, dass Steuern auf Hoffnungswerte unsinnig sind.

Deshalb müssen wir mit den Möglichkeiten der Landespolitik innovationspolitische Akzente setzen. Die Politik, die wir mit der Offensive Zukunft Bayern und der Hightech-Offensive begonnen haben, trägt heute bereits Früchte: Das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in Bayern alleine im Zeitraum von 1998 bis 2001 um ein Fünftel stärker gestiegen als im Bund.

Das zeigt, dass es gerade im Hinblick auf Globalisierung, EU-Osterweiterung, Wandel zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft und demografischen Wandel zu einer Politik entlang unserer Linie „Neue Produkte, neue Betriebe, neue Märkte“ keine Alternative gibt, wenn es darum geht, Wachstumsvorsprünge zu sichern, Arbeit zu schaffen, der Jugend Perspektiven zu geben und den Wohlstand der Menschen zu bewahren.

Dieses erfolgreiche Politikkonzept setzen wir auch in den nächsten beiden Jahren unter dem Motto „Zukunfts- und Pionierland Bayern“ insbesondere mit sieben Schwerpunkten konsequent um.

Erstens. Informations- und Kommunikationstechnik, Life Sciences, Mechatronik, neue Werkstoffe, Medizin- sowie Energie- und Umwelttechnik sind und bleiben als Querschnittstechnologien die Wachstumsträger des 21. Jahrhunderts. Bayern hat sich dank einer beharrlichen, langfristig angelegten Politik in diesen Bereichen eine weltweite technologische Spitzenposition erarbeitet, die wir gezielt weiterentwickeln.

Ich nenne beispielhaft die neuen technologieorientierten Gründerzentren wie den Biopark Regensburg oder das IZMP Medizintechnik und Pharma in Erlangen sowie das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern, das wir mit insgesamt 56 Millionen € ausbauen.

Die Projekte der Hightech-Regionaloffensive sind ange laufen, für die in sieben Regierungsbezirken jeweils 25½ Millionen € zur Verfügung gestellt wurden.

164 der 174 aktiven Projekte befinden sich in der Umsetzung. Das ist eine hohe Zahl. Zusammen mit der ergänzenden privaten Projektbeteiligung wird damit in den Regionen ein Innovationsschub von über 410 Millionen € ausgelöst.

Gerade in der derzeitigen Konsolidierungsphase im Hightech-Bereich ist der Zugang zu Venture Capital von entscheidender Bedeutung. Die „Bayern Kapital Risikobeteiligungs GmbH“ hält aktuell rund 110 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von 100 Millionen € und konnte durch die Hebelwirkung – bei jedem Objekt gibt es einen Lead-Investor und einen Ko-Investor – insgesamt 300 Millionen € generieren. Das ist eine beachtliche Summe, die in die Innovationsprozesse eingeflossen ist.

Zur Sicherung des Fortbestands dieses Förderinstruments haben wir jüngst gemeinsam mit der EIB und der DtA den Technologiefonds Bayern II mit insgesamt 75 Millionen € und drei Gründungskapitalfonds mit insgesamt 21,5 Millionen € und regionalen Schwerpunkten in Mittelfranken und Schwaben aufgelegt.

Bayern Kapital hat maßgeblichen Anteil daran, dass Bayern heute Kerngebiet der Venture-Capital-Finanzierung in Deutschland ist: Mehr als 40 Venture-Capital-Gesellschaften haben ihren Sitz in Bayern. Mit über 660 Millionen € gingen 2001 fast 22% der Bruttoinvestitionen der Risikokapitalgeber in Deutschland an bayerische Unternehmen.

Meine Damen und Herren, das alles zeigt: Innovationen sind möglich. Der Bund sollte die Unternehmen durch vernünftige steuerliche Regelungen unterstützen und nicht durch falsche Steuerpolitik beschädigen. Die Lage ist ernster, als manche annehmen.

Zweitens. Rot-Grün hat kaum ein Feld ausgelassen, um die neue Gründerdynamik der Jahre 1997 und 1998 abzuwürgen. Ich erinnere nur an das Scheinselbstständigengesetz, die Bürokratisierung der 630-DM-Jobs, die Aufblähung des Betriebsverfassungsgesetzes und die Absenkung der Wesentlichkeitsgrenze von 25% über 10% auf 1%.

Damit hat Rot-Grün die Entwicklung bei Existenzgründungen geradezu torpediert. Wir brauchen die Gründerdynamik aber, um den Strukturwandel im Land positiv zu gestalten. Dort, wo Arbeitsplätze wegfallen, müssen neue entstehen. Dort, wo Betriebe schließen müssen, müssen neue entstehen. Bayern ist mit einem Anteil am bundesweiten Netto-Unternehmensgründungssaldo von fast 30% im Jahr 2001 Zentrum des Existenzgründergeschehens in Deutschland. Wir werden in Zukunft unsere erfolgreiche Existenzgründeroffensive weiter intensivieren:

Die seit 1997 durchgeführten Startup-Wettbewerbe haben sich mit bisher fast 1000 vorgelegten Geschäftsplänen bewährt und das Gründungsgeschehen in Bayern spürbar angeregt. Sie werden zusammen mit den Businessplan-Wettbewerben, den Business-Angel-Netzwerken und den Coaching-Programmen auch im Doppelhaushalt 2003/2004 weiter unterstützt.

In den 22 seit dem Jahr 1996 geförderten kommunalen Gründerzentren haben sich bis 2001 rund 530 neue Unternehmen angesiedelt bzw. haben diese Zentren verlassen und eine Menge von Arbeitsplätzen speziell im Handel, im Handwerk und bei den Dienstleistern geschaffen.

Über das Bayerische Programm zur Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen haben wir innerhalb von fünf Jahren mit 16 Millionen € an Zuschüssen 170 Gründerprojekte mit 2000 Arbeitsplätzen aus der Taufe gehoben. Das Programm steht für den Erfolg bayerischer Gründerpolitik und wird fortgeführt.

Gleiches gilt für die Maßnahmen zur Sicherung der Unternehmensnachfolge. Bei jährlich 12000 betroffenen Betrieben mit jeweils über 150000 Arbeitsplätzen allein in Bayern geht es letztlich um den Erhalt der mittelständischen Basis im Freistaat. Es handelt sich hier um wesentliche Elemente, um eine gesunde wirtschaftliche Infrastruktur zu erhalten.

Drittens. Die Bundesregierung hat gerade den Mittelstand in eine tiefe Vertrauenskrise gestürzt. Für Bayern ist deshalb die Unterstützung und Motivation unserer mittelständischen Betriebe das Gebot der Stunde. Dazu dienen folgende Maßnahmen:

Das Mittelstandskreditprogramm wird auf hohem Niveau fortgeführt. Allein in den letzten fünf Jahren hat der Freistaat über die LfA-Förderbank Bayern rund 20000 Investitionsvorhaben mit einem Investitionsvolumen von 4 Milliarden € und mehr als 27000 neuen Arbeitsplätzen unterstützt. Dieses Kernstück bayerischer Mittelstandsförderung wird laufend an neue Erfordernisse angepasst:

Seit Dezember 2000 ist eine Haftungsfreistellung von 40% auch bei Wachstumsvorhaben möglich. Die mögliche Haftungsfreistellung bei Existenzgründungsvorhaben beträgt mittlerweile generell 70%.

Der Darlehensanteil für bestehende Unternehmen wurde auf 40% angehoben. Die Vorhabens-Obergrenzen wurden auf 1,1 Millionen € erhöht, die Mindestinvestitionssumme auf 31250 € abgesenkt.

Im August 2002 wurden die MKP-Zinssätze linear um einen halben Prozentpunkt zurückgeführt. In den EU-Fördergebieten können die Zinssätze durch verstärkte Einbindung von EU-Mitteln weiter um bis zu zwei Prozent verringert werden.

Der zunehmend feststellbaren Zurückhaltung der Banken bei der Durchleitung öffentlicher Darlehen werden wir durch zielgerichtete Maßnahmen entgegenwirken. Ein Thema ist dabei die Margenverbesserung, über die wir uns mit der KfW abstimmen und die wir wahrscheinlich gemeinsam umsetzen werden. Das sind Themen, die zur Betriebserhaltung, Expansion und zur Gründung neuer Betriebe in traditionellen Wirtschaftsbereichen von herausragender Bedeutung sind.

Im Rahmen der Konsultationsrunden zu Basel II hat die Staatsregierung bisher erfolgreich auf eine mittelstands-

gerechte Ausgestaltung der neuen Eigenkapital-Vorschriften hingewirkt. Gleichwohl gibt es noch nicht bei allen Fragen befriedigende Lösungsansätze. Wir werden auch das neue dritte Konsultationspapier, das im Frühjahr 2003 vorgelegt werden soll, kritisch auf noch bestehende Risiken überprüfen und notwendige Änderungsforderungen einbringen.

Wir wollen unser bewährtes Mittelstandsförderungs-gesetz novellieren, die mittelstandspolitischen Instrumente bündeln und mit Hilfe einer neuen Initiative zum Bürokratieabbau unter der Leitung von Professor Henzler die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen konsequent mittelstandsfreundlich ausrichten.

Fortgeführt werden die Hilfen für wichtige Branchen: Das gilt für das Beratungsprogramm für den Handel, das wir in den letzten fünf Jahren mit rund 2,8 Millionen € unterstützt haben. Das gilt auch für den Fremdenverkehr, wo wir Marketing- und Qualitätsmaßnahmen mit 5,9 Millionen € pro Jahr fördern.

Wichtiges Instrument einer zukunftsorientierten Bestandspflege ist das Bayerische Technologieförderungsprogramm mit seinen Vorläufern, mit denen bisher rund 740 Entwicklungsvorhaben mit insgesamt 235 Millionen € unterstützt wurden. Auch für dieses Programm gilt: Was Erfolg hat, wird fortgesetzt.

Der Stärkung des Mittelstands dient auch die bayerische Außenwirtschaftsförderung, bei der wir neben den klassischen Instrumenten wie Außenwirtschaftsberatung, Messebeteiligung und Delegationsreisen besonders den Zugang zu internationalen Finanzierungsorganisationen wie zum Beispiel der Weltbank verbessern. Wir haben dort ein Büro installiert und einen Mitarbeiter meines Hauses platziert. Ich habe mit dem Präsidenten der Weltbank darüber gesprochen, dass wir dort weitere Mitarbeiter platzieren, damit wir die Abläufe kennen und wissen, welche Projekte international laufen, an denen sich die bayerische Wirtschaft beteiligen kann. Ich halte das für sinnvoll und notwendig.

Die 162000 bayerischen Handwerksbetriebe sind mit 990000 Beschäftigten, darunter 100000 Lehrlingen, ein Eckpfeiler der bayerischen Wirtschaft. Gerade in einem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld und bei bundespolitischem Gegenwind kann sich das Handwerk in Bayern darauf verlassen, dass die Investitionsförderung, die Hilfen für die Erschließung neuer Märkte, die Messförderung, die Förderung der Aus- und Weiterbildung, die Betriebsberatung und die Handwerksforschung auf hohem Niveau weiterlaufen und dass Bayern von seinem klaren Bekenntnis zum Großen Befähigungsnachweis kein Jota abweichen wird.

Viertens. Gerade im Hinblick auf die Bewältigung des Anpassungsprozesses im Zuge der EU-Osterweiterung lässt Berlin die Grenzregionen entgegen dem Kanzler-Versprechen bisher völlig im Regen stehen. Einmal mehr ist es an der Staatsregierung, gegenzusteuern. Dazu setzen wir neben anderen, bekannten Aktivitäten drei regionalpolitische Schwerpunkte:

Erstens gibt es das 100 Millionen €-„Ertüchtigungsprogramm Ostbayern“ mit vier Kernelementen: Es handelt sich hier um Verstärkungsmittel für die Regionalförderung in den Städten und Landkreisen an der Grenze zu Tschechien. Ziel ist die optimale Förderung von Neu- und Erweiterungsinvestitionen, die überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze schaffen. Zu nennen sind weiter Begleitmaßnahmen, unter anderem in den Bereichen Qualifizierung, Kooperation und Markterschließung, die vor allem unter der Regie der Wirtschaftskammern durchgeführt werden und den Mittelstand an die Osterweiterung heranführen sollen. Zudem gibt es Zinsabschläge im MKP in den bayerischen EU-Fördergebieten, nämlich bis zu zwei Prozentpunkte auf die Normalkonditionen. Zu nennen ist außerdem die Reservierung von 10 Millionen € für den Ausbau des Flughafens Hof.

Zweitens setzen wir einen regionalpolitischen Schwerpunkt bei der Automobil-Zulieferer-Initiative Hochfranken.

Ansiedlungswerbung und Standortmarketing wurden forciert, die Höchstfördersätze für Neuansiedlungen können hier ausgeschöpft werden.

Ein weiterer Schwerpunkt sind 16,6 Millionen € Sondermittel „Maxhütte“ für die Förderung von Neuansiedlungen, Erweiterungsinvestitionen sowie Erschließungsmaßnahmen.

Insgesamt wird die Regionalförderung unter Einsatz von Landes-, Bundes- und EU-Mitteln auf hohem Niveau fortgeführt. In den letzten fünf Jahren wurden in ganz Bayern über 580 Millionen € an Zuschüssen zur Unterstützung gewerblicher Investitionen mit einem Gesamtvolumen von rund 5,8 Milliarden € ausgereicht. Dadurch wurden fast 21 500 neue Arbeitsplätze geschaffen und knapp 125 800 gesichert. Weiterhin wurden über 170 Millionen € an Fördermitteln zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur ausgereicht. Das Investitionsvolumen belief sich auf mehr als 360 Millionen €.

Daneben konnte die GA-Fördergebietsskizze bis 2006 gesichert werden. Danach wird es allerdings größere Änderungen geben.

Fünftens. Als rohstoffarmes Land ist für Bayern der „Rohstoff Geist“ ein besonders kostbares Gut, das im Rahmen der beruflichen Ausbildung speziell von den mittelständischen Unternehmen erfolgreich gepflegt wird. Die mittelständischen Unternehmen stellen in Bayern 83% der Lehrstellen.

Deshalb ist die mittelstandsfeindliche Politik der Bundesregierung – allen Lippenbekenntnissen zum Trotz – auch eine Politik gegen die Zukunftschancen der jungen Generation.

(Beifall bei der CSU)

Für Bayern heißt das: Wir bauen die eigenen landespolitischen Anstrengungen für die Sicherung einer hohen Qualifikation unserer Fachkräfte weiter aus. Ich verweise auf die Zahlen, wonach Bayern im Rahmen der HTO 10,2 Millionen € für die „Qualifizierungsoffensive IuK“

sowie 6,1 Millionen € für den virtuellen Campus und die virtuelle Hochschule Bayern in Hof vorsieht und damit die Weichen bereits gestellt hat.

Wir fördern den Ausbau und die Modernisierung überbetrieblicher Berufsbildungseinrichtungen in Industrie, Handwerk und Handel mit jährlich 31,5 Millionen €. Wir intensivieren das Meister-BAföG, und wir führen den bundesweit einmaligen bayerischen Meisterpreis fort, für den wir seit 1995 an über 32 000 Preisträger knapp 34 Millionen € ausgereicht haben.

Angesichts der absehbaren demografischen Entwicklung rate ich der bayerischen Wirtschaft nachdrücklich, vorausschauende „Ausbildung auf Vorrat“ zu betreiben. Um dies zu verdeutlichen und regionale sowie sektorale Ausbildungsengpässe abbauen zu helfen, werde ich im nächsten Frühjahr im Zusammenarbeit mit den Kammern, den Verbänden und der Arbeitsverwaltung eine Werbekampagne für Ausbildungsplätze in Problemregionen starten.

Sechstens. Auch nach dem 22. September gilt: Die Bundesregierung wird ihrer Verantwortung für die Infrastruktur und für verkehrspolitisch akzeptable Rahmenbedingungen nicht gerecht. Gerade wer wie die Bundesregierung darauf hofft, dass der wirtschaftliche Wiederaufschwung über die Exportseite erfolgt, muss auch wissen: Export ist Transport. Dann muss die Verkehrsinfrastruktur an den prognostizierten Verkehrszuwächsen ausgerichtet werden.

Tatsache ist leider: Beim Verkehrswegeplan herrscht seit 1999 Fehlanzeige. Die Lasten im Schienenverkehr werden immer mehr zum Nachteil der Länder verschoben, unter anderem durch die Einstellung von Interregio-Linien, oder die Verschiebung der Aufgaben der Nahverkehrsinfrastruktur auf die Länder. Die Auseinandersetzung über einen vertragsgemäßen Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen dauert nach wie vor an.

Der Ausbau der Schienenwege kommt nur schleppend voran: Lediglich die Fertigstellung von München – Ingolstadt – Nürnberg und München – Augsburg mit vorausichtlichem Fertigstellungszeitpunkt 2006 ist einigermaßen absehbar. Neu-Ulm 21 soll 2008 fertiggestellt werden – das aber nur, weil der Freistaat vorfinanziert. Die Fertigstellung der S-Bahn Nürnberg – Forchheim im Jahr 2010 und der Gesamtstrecke Nürnberg – Erfurt zwischen 2015 und 2017 gestaltet sich mühsam. Auch der Ausbau München – Mühldorf – Freilassing bleibt trotz der kürzlich erfolgten Ankündigung des Baubeginns deutlich hinter den Erwartungen zurück. Unterstützung wäre hilfreich.

Der Bund hat die Ausgleichsleistungen für den Schienenpersonennahverkehr gekürzt. Bayern wird das Leistungsangebot dennoch bedarfsgerecht weiter entwickeln. Zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2002 werden nochmals 1,2 Millionen Zugkilometer zusätzlich gefahren. Die ÖPNV-Zuweisungen bleiben 2003/2004 mit jeweils 75 Millionen € auf dem hohen Vorjahresstand.

Siebtens. Die Bundesregierung schreibt mit der so genannten Energiewende im neuen Koalitionsvertrag

ihre Politik der energiepolitischen Perspektivlosigkeit fort. Das Sammelsurium von sich zum Teil diametral widersprechenden Einzelmaßnahmen hat lediglich einen roten Faden. Er lautet: Energie wird teurer. Mehr ist es nicht.

Wer die angestrebte CO₂-Verminderung um 40% bis 2020 erreichen will, muss wissen, dass das in Verbindung mit dem Ausstieg aus der Kernenergie gleichbedeutend ist mit Mehrbelastungen für Wirtschaft und Verbraucher im Volumen von 250 Milliarden €. Diese Zahlen haben eine unverdächtige Quelle, nämlich den Energiebericht des Bundeswirtschaftsministeriums.

Die einzig richtige Antwort lautet: Wir behalten unsere bewährte energiepolitische Linie bei, ansonsten droht auch noch der schleichende Niedergang unserer Energieversorgung. Deshalb baut Bayern weiterhin auf einen leistungsfähigen Mix aller Energieträger einschließlich der Kernenergie und auf Energiesparen, erneuerbare Energien und neue Energietechnologien. Allein in den letzten fünf Jahren haben wir für diese Bereiche rund 300 Millionen € Landesmittel eingesetzt. Kein anderes Land engagiert sich hier stärker. Wir brauchen also keine Empfehlungen von anderen.

(Beifall bei der CSU)

Dabei bleiben energietechnische Förderschwerpunkte wie die Breitenförderung erneuerbarer Energien und die Entwicklung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnik mit insgesamt über 20 Millionen € auch im neuen Doppelhaushalt gut ausgestattet.

Die bayerische Wirtschaft ist trotz bundesweiter Wachstumsschwäche für das 21. Jahrhundert sehr gut aufgestellt:

27,6% der deutschen Patentanmeldungen des Jahres 2001 stammen aus Bayern. Kein anderes Land, aber auch keine andere der 211 EU-Regionen kann eine solche Innovationsdynamik aufweisen. Übrigens: 22,6% kommen aus Baden-Württemberg. Die beiden Südländer stellen also 50% der deutschen Patentanmeldungen.

(Beifall bei der CSU)

Die Exportquote der bayerischen Industrie liegt aktuell bei 43,7% und damit um über 13 Prozentpunkte höher als noch 1993. Die bayerischen Exporte sind in dieser Zeit um über 45 Milliarden € oder fast 100% gestiegen. Das spricht für internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Selbständigenquote liegt bei 11,3% im Jahr 2000 – dem höchsten Niveau aller Flächenländer. Kein Land hatte seit 1995 einen annähernd so hohen Gründungssaldo wie Bayern. Das Plus macht 167300 aus. Auch NRW liegt darunter, obwohl es die Hälfte mehr an Bevölkerung hat. Wir sind und bleiben das Gründerland Nummer eins in Deutschland.

Bayern weist mit 41 Unternehmen je tausend Einwohner die höchste Unternehmersdichte aller Flächenländer und mit 13,2 Betrieben je tausend Einwohner die größte Handwerksdichte aller Länder auf.

Das Pro-Kopf-Einkommen der bayerischen Bevölkerung ist hinter Luxemburg und Irland das Dritthöchste in der Europäischen Union – Bayern bietet den Menschen damit die besten Wohlstandschancen.

Bei den Lehrstellen konnten zum 30.09.2002 hundert unvermittelte Bewerber unter 220 noch unbesetzten Lehrstellen auswählen – zusammen mit Baden-Württemberg bietet Bayern damit der jungen Generation die besten Berufschancen.

In den letzten zehn Jahren wurden in Bayern trotz der Krise 1993, 1994 und 1995 104 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. In den alten Ländern insgesamt ist die Zahl der Beschäftigten demgegenüber um 202000 gesunken. Bayern bietet damit beste Arbeitsmarktchancen.

In dieser Zeit hat Bayern zudem 345000 Zuwanderer aus anderen Ländern in Deutschland aufgenommen. Überdies pendeln 100000 Arbeitskräfte aus Ostdeutschland nach Bayern ein. Das heißt, Bayern trägt wie kein anderes Land zur Lösung der Beschäftigungsprobleme in Deutschland bei.

Trotz schwierigem gesamtwirtschaftlichem Umfeld konnten in Bayern durch „Invest in Bavaria“ in diesem Jahr 35 Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekte realisiert werden. Zuletzt zeigte die Ansiedlung des Forschungs- und Entwicklungszentrums von General Electric die Spitzenqualität unseres Wirtschaftsstandorts. Wir standen im Wettbewerb zu Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg und Sachsen. Andere könnten in erheblichem Umfang fördern. Wir können das nicht. Nichtsdestotrotz hat man sich für Bayern entschieden.

Empirica, Ernst & Joung sowie Prognos haben in jüngster Zeit Attraktivitätsstudien zu den Ländern in Deutschland und ihren Regionen vorgelegt. Bayern liegt im Länderranking übereinstimmend auf Rang eins. Neben München als Spitzenreiter zählen Nürnberg/Mittelfranken, Main/Rhön/Schweinfurt und Donau-Iller/Neu-Ulm zu den Aufsteigern unter den deutschen Regionen.

Alle diese Fakten unterstreichen: Bayern ist und bleibt „Zukunfts- und Pionierland“. Unsere Politik dient der bayerischen Wirtschaft, ihren Beschäftigten und allen Menschen in Bayern.

Unser Ziel ist: Wir wollen – dazu müssen die Rahmenbedingungen stimmen – über die Jahre hinweg Nummer eins beim Wirtschaftswachstum bleiben, die Nummer eins beim Arbeitsplatzzuwachs die Nummer eins, beim Gründergeschehen die Nummer eins, bei den Patentanmeldungen die Nummer eins, bei der Betriebsdichte die Nummer eins, bei der Handwerkerdichte und beim Mittelstand die Nummer eins, bei der Selbständigenquote bei den Flächenländern, das Zentrum der Versicherungen in Europa, das Zentrum beim Venture-Kapital-Einsatz sowie beim Asset Management. Hier sind wir mittlerweile – als Finanzplatz – Nummer eins.

Dazu zählen nicht nur die Banken. Dazu zählen auch Versicherungen, Venture Capital, Asset-Management

und Vermögensverwaltung. Wir sind beim Fremdenverkehr die Nummer 1. Wir wollen Spitze bei der Exportquote und bei der Exportwirtschaft, bei der Akquisition von Betrieben, beim Thema Hightech, wo wir es europaweit und international zu einem Spitzenrang gebracht haben, sein und bleiben. Wir nehmen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an. Dazu brauchen wir aber Rahmenbedingungen, die es der Wirtschaft erleichtern, alle ihre Aufgaben zu erfüllen, zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist das Entscheidende. Auf die Rahmenbedingungen haben wir von Bayern aus leider nur begrenzt Einfluss. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, dann werden wir gemeinsam mit der Wirtschaft die richtigen Linien finden und die richtigen Wege gehen. Dazu dient auch der Haushalt der Jahre 2003 und 2004. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zum Einzelplan 07.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Redezeit von 1 Stunde 30 Minuten festgesetzt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 42 Minuten, auf die SPD-Fraktion 30 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 18 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Kaiser.

Dr. Kaiser (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bundesregierung handle ohne Mut und Kraft, hat der Wirtschaftsminister eingangs seiner Rede festgestellt. Wenn man die Vortragsweise erlebt hat, in der er seine Rede verlesen hat, fragt man sich, wem hier Mut und Kraft fehlen.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht liegt aber die mangelnde Begeisterung des Ministers in der Tatsache begründet, dass der heute vorliegende Haushalt eigentlich nur aus fiktiven Zahlen besteht. Wenn wir hören, dass der Finanzminister allen Ressortchefs aufgegeben hat, 500 Millionen Euro einzusparen, weil sie im Haushalt fehlen, dann frage ich mich – erklären Sie uns das doch bitte, Herr Minister Wiesheu –, wie die Haushaltszahlen im Wirtschaftsministerium aussehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben erklärt, zwei Drittel des Haushalts bestünden aus Investitionsmitteln. Da die Ausgaben der anderen Haushalte in der Regel gesetzlich festgelegt sind, wird man wahrscheinlich im Wirtschaftsministerium erhebliche Einschnitte vornehmen müssen. Dazu hätten wir gern etwas gehört und nicht eine langweilige Rede, die Sie einfach nur vorgelesen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Wirtschaftsminister hat auch lobend die neuesten Wachstumszahlen der einzelnen Bundesländer hervorgehoben. Er hat gesagt, Bayern liege vor Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Ich habe hier einen Artikel des „Münchener Merkur“ vom 25. September vor-

liegen. Darin heißt es: „Wachstum in Bayern kommt zum Stillstand. Süden verliert Rolle als Konjunkturlokomotive.“ Wenn ich mir die Reihung ansehe, stelle ich fest: An der Spitze stehen Schleswig-Holstein, Saarland, Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz. Bayern kommt erst an siebter oder achter Stelle. So toll ist es mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern nicht, wie Sie es immer wieder auf Ihre Fahnen schreiben, Herr Wirtschaftsminister.

Wirtschaftsförderung ist Ländersache. Diese Feststellung ist eine verfassungsrechtliche Tatsache auf der einen Seite und Einforderung eines Anspruchs gegenüber Berlin und Brüssel auf der anderen Seite. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte in Sanierungsfällen der Bund nur dann tätig werden, wenn die Möglichkeiten eines Landes nicht ausreichen. So hat der Bundeskanzler zum Beispiel nach dem Scheitern der Bemühungen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch im Falle Holzmann eingegriffen. Im Falle Mobilcom – Schleswig-Holstein kann das nicht alleine schultern – greift die Bundesregierung ein. Der Fall Fairchild Dornier, bei dem es um eine Technologie geht, die in Deutschland gehalten werden muss, ist sicherlich auch eine nationale Aufgabe. Sie haben immer wieder gelächelt und gelästert über Holzmann. Ich will nur sagen, dass trotz der Insolvenz bei Holzmann 80% der Arbeitsplätze gerettet werden konnten, und zwar ohne einen Pfennig Geld vom Staat.

(Beifall bei der SPD)

Die Bedingungen dafür, dass die KfW Geld gegeben hat, war, nachdem der Bundeskanzler es versprochen hatte, dass alle anderen Banken ihre Kreditlinien ausgeschöpft hätten. Eine solche Form der Sanierung wünsche ich mir in vielen Fällen auch in Bayern.

Nun zurück zu Bayern. Die LfA-Förderbank ist sicherlich ein wichtiges Instrument bayerischer Förderpolitik. Der Wirtschaftsminister ist Vorsitzender des Verwaltungsrates. Im letzten Jahr kam zum 50-jährigen Jubiläum der LfA eine Festschrift heraus. Herr Wiesheu hat auch das Vorwort mitgeschrieben. Da ist folgender Artikel zu lesen:

„München Prinzregentenstraße. In einem schmucklosen Büro sitzt seit Stunden ein gutes Dutzend in feinem Zwirn gekleidete Herren um den ovalen Tisch herum. Einer fällt etwas aus dem Rahmen. Er hat sich die Erlaubnis der erlauchten Runde eingeholt, sich seines Sakkos entledigen zu dürfen. Den Stuhl zurückgerückt, die Ellenbogen auf die Oberschenkel gestützt, die Stirn unter dem rotblonden Haar in tiefe Falten gelegt, so verfolgt der Hausherr die sich endlos hinziehende bislang fruchtlose Diskussion mit den Spitzenvertretern der Münchner Kreditwirtschaft. Mit einem Ruck richtet er sich aus der zusammengekauerten Haltung auf und sagt: „Meine Herren, wir werden nicht auseinandergehen, eher wir eine Lösung für das Problem gefunden haben!“ Einige Sekunden herrscht betretenes Schweigen, doch dann geht es ganz schnell. Die Entschlossenheit des Gastgebers hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Eine halbe Stunde später steht das

Bankenkonsortium. Der Kredit als Grundlage für die Rettung der Firma Grundig ist perfekt.

Herr Staatsminister Wiesheu, an Ihrer Stelle hätte ich mir eine so peinliche Eloge in einer Festschrift der LfA-Förderbank Bayern verbeten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Maier-Mannhart, der diese Eloge geschrieben hat, sei ins Stammbuch geschrieben: Die Zeiten des Isar-Kapitalismus sind im Zeichen von Globalisierung und Europäisierung längst vorbei.

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Herr Kollege Dr. Kaiser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Wiesheu?

(Dr. Kaiser (SPD): Ja.)

Dr. Wiesheu (CSU): Herr Kollege Kaiser, wenn Sie den Artikel schon vorlesen, würden Sie dann auch erstens bereit sein mitzuteilen, dass der nicht von mir stammt – Sie haben gesagt, das Vorwort sei von mir – und zweitens zu sagen, dass der Journalist, der ihn verfasst hat, sich ihn nicht von mir genehmigen lässt. Wenn Sie das mitteilen würden, wäre vielleicht die ganze Polemik aus dem Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dr. Kaiser (SPD): Herr Abgeordneter Wiesheu, ich habe gesagt, dass dem Autor des Beitrags, Herrn Maier-Mannhart, ins Stammbuch geschrieben werden müsste, dass die Zeiten des Isar-Kapitalismus vorbei sind. Ich nehme aber doch an, Herr Staatsminister Dr. Wiesheu, dass Sie als Verwaltungsratsvorsitzender der LfA ein Wörtchen mitreden, wenn eine teure Festschrift erstellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist kein Modell für Deutschland und kann es auch nicht sein. Leider sind auch in Bayern die sieben fetten Jahre vorbei. Die Privatisierungserlöse in Höhe von 5 Milliarden Euro, die in diesem Land eine Sondereinnahme waren, sind ausgegeben. Das Tafelsilber des Freistaats Bayern, angesammelt in Jahrzehnten, ist leider verkauft worden. „Es brennt in Bayerns Wirtschaft und Stoibers liebste Feuerwehr, die Bayerische Landesbank, lässt auch kein Geld mehr regnen“, stellt das eher unionsnahe „Düsseldorfer Handelsblatt“ schon im April dieses Jahres fest. In der Tat, Herr Staatsminister Dr. Wiesheu, meine Damen und Herren von der CSU: Die Reihe der ungelösten Sanierungsfälle und der industriepolitischen Fehlschläge wird immer länger. Für den Niedergang der oberfränkischen Porzellanindustrie steht der traditionsreiche Name Hutschenreuther. Der Gewerkschaftsorden für Wirtschaftsminister Wiesheu erwies sich als Vorschusslorbeer. Wiesheu verhinderte die Übernahme von Hutschenreuther durch Villeroy & Boch aus dem Saarland – bayerische Lösung, Isar-Kapitalismus – und forcierte eine bayerische Lösung, nämlich

den Kauf durch die Winterling AG. Die Winterling AG ging mittlerweile in Konkurs.

Der 15-jährige Überlebenskampf der hoch subventionierten Maxhütte in der Oberpfalz ging zu Ende.

Gescheitert ist die Maxhütte an CSU-Freund Max Aicher, der einer zukunftsfähigen Lösung im Wege stand. Jetzt muss die Staatsregierung erneut ein regionales Hilfspaket mit einem Volumen von 45 Millionen € schnüren.

Die Sanierung des Konzerns Grundig AG steht auf des Messers Schneide. Anton Kathrein – auch ein guter Bekannter des Wirtschaftsministers – hat von den Banken die Anteile an Grundig gekauft. Er hat aber selbst kein Geld, um zu investieren. Beim Ein- bzw. Ausstieg eines industriellen Partners möchte er aber kräftig abkassieren.

Ein vierter Fall. Vor der letzten Landtagswahl im August 1998 stieg die Förderbank Bayerns mit 36% bei den Schneider Rundfunkwerken ein und besaß mit 21% zusätzlich abgetretener Stimmrechte die Mehrheit in der Hauptversammlung. Schneider ist nunmehr vier Jahre später insolvent. Die Patente der Schneider Technologies AG, die mit über 9 Millionen € aus Mitteln der Bayerischen Forschungsstiftung gefördert wurden, liegen jetzt bei Jenoptik in Thüringen. Obwohl ein Vorstandsmitglied des LfA im Aufsichtsrat vertreten war, behauptet Minister Wiesheu jetzt, die Insolvenz habe der Vorstand zu vertreten, weil er entgegen dem damaligen Gutachten von Roland Berger dem Rat, nicht ins Fernseher-Massengeschäft einzusteigen, nicht gefolgt sei. Davon, dass der Vorstand entgegen dem Rat von Roland Berger ins Fernseher-Massengeschäft eingestiegen ist, habe man nichts gewusst. So erklärte Minister Wiesheu hier im Landtag sowohl im Wirtschaftsausschuss als auch im Plenum.

Jeder, der über einen Internetanschluss verfügt, kann sich die Rede des damaligen Vorstandsvorsitzenden auf der Hauptversammlung am 19. Juli 2000 herunterladen. Damals sagte Herr Niemeyer, der positive Trend der Firma setze sich im Geschäftsjahr 2000 fort. Die Verbreiterung der Umsatzbasis sei für die Wiedererreichung der Profitabilität von entscheidender Bedeutung. Man habe dieses nur erreicht, indem man die Mengenbasis erfolgreich ausgeweitet habe. Das ist damals in der Hauptversammlung gesagt worden. Offensichtlich hat man das im Wirtschaftsministerium und in der LfA nicht zur Kenntnis genommen. Dafür, dass Schneider vor dem Hintergrund dieser Tatsachen gescheitert ist, sind Sie, Herr Staatsminister Wiesheu, politisch verantwortlich. Aus dieser Verantwortung können Sie sich nicht herausstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Vorstandsmitglied der LfA, das bei Schneider seit 1995 im Aufsichtsrat vertreten war, war auch im Aufsichtsrat der LWS und auch im Aufsichtsrat der Musical-Gesellschaft in Füssen vertreten. Die Auswahl des Führungspersonals und der politischen Kontrolleure fällt also unter die Verantwortung des Wirtschaftsministers. Herr Wiesheu ist damit auch für das Scheitern der einzelnen Unternehmen verantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es reicht nicht, die Sanierungslösungen als Erfolge zu verkaufen, gleichzeitig aber die Unternehmen aus dem Auge zu verlieren. Seit Jahren fordern wir von Seiten der SPD ein wirksames Ablaufcontrolling und eine staatliche Begleitung der Sanierungsfälle. Schließlich sind in die Sanierungen auch staatliche Gelder hineingeflossen. Bei Schneider hat die LfA sogar über ein Jahr hinweg die Mehrheit gehabt.

Soweit zu den Sanierungsfällen und industriepolitischen Fehlschlägen in Bayern. Zur Mittelstandspolitik wird mein Kollege Manfred Scholz einige Ausführungen machen.

Ich komme jetzt zur regionalen Wirtschaftspolitik als originäre und wichtige Aufgabe der Landespolitik. Herr Wiesheu, Sie haben mit Ihrer Rede versucht, den Eindruck zu erwecken, es gebe kein Nord-Süd-Gefälle. Sie brauchen nur die Zeitung aufzuschlagen. Am 5. November hat Anja-Maria Meister im „Nordbayerischen Kurier“ einen Artikel über eine Studie geschrieben, welche im Sozialministerium vorgestellt worden ist. Die Überschrift des Artikels lautet: „Franken verdienen weniger als die Oberbayern – Beschäftigungs-Untersuchung zeigt regionales Gefälle“. In Südbayern ist die Stimmung eher positiv, in Nordbayern dagegen nicht. Bedenklich findet es der Autor der Studie, dass nicht nur die Prozessinnovationen, die meist ohnehin nicht mit mehr Stellen einhergehen, sondern auch die Produktinnovationen mit meist positivem Umsatz und Beschäftigungseffekt im Norden seltener sind als in Südbayern. Das ist auch kein Wunder. 13 Max-Planck-Institute gibt es in München bzw. im Raum München. Daneben gibt es eine Menge Fraunhofer-Institute. Das Europäische Patentamt und das Deutsche Patentamt sind in München. Deshalb fallen hier mehr Patente und Prozess- und Produktinnovationen an. Das ist eben das Süd-Nord-Gefälle, welches wir beklagen. Die Bayerische Staatsregierung macht aber seit Jahrzehnten nichts gegen dieses regionale Gefälle.

(Beifall bei der SPD)

Ein Fünftel des Bruttoinlandprodukts Bayern wird in der Stadt München erwirtschaftet, ein Viertel in der Stadt und im Landkreis München und ein Drittel in der Region München. Das sind eindeutige Zahlen. Darauf sollte auch der Wirtschaftsminister eingehen.

Der Umweltminister sagte am 16. August 2001 – nachzulesen in der „Süddeutschen Zeitung“ –, von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Großraums München müsse nach seiner Ansicht das ganze Land profitieren. Bayern brauche ein Gesamtkonzept für die Ansiedlung neuer Betriebe, welches auch Franken, ganz Ostbayern und das übrige Schwaben umfasse. Dies sagte Schnappauf zur Idee von Wirtschaftsminister Otto Wiesheu von einer „Greater Munich Area“. Recht hat der Umweltminister. Gleichzeitig ist es aber ein Armutszeugnis für die Landesentwicklungspolitik der CSU-Staatsregierung, wenn man eine solche Aussage treffen muss.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahlen sind auch bei der Beschäftigungsentwicklung eindeutig. Zwischen 1991 und 2000 – das ist das letzte Jahrzehnt – hatte Freising einen Beschäftigungszuwachs von 33%, Ingolstadt einen von 10,7%, Regensburg nur einen von 8% und Landshut einen von 6,8%. In Nürnberg betrug der Zuwachs minus 4,9%, in Weiden minus 7,0%, in Coburg minus 7,6% und im Arbeitsamtsbezirk Hof minus 14,5%. Das sind eindeutige Zahlen, die dieses Nord-Süd-Gefälle oder Süd-Nord-Gefälle belegen.

Dasselbe gilt auch für den Arbeitsmarkt. Gott sei Dank hat Bayern die zweitniedrigste Arbeitslosenquote unter den 16 Ländern. Sorge macht uns aber – und darauf sollten Sie auch eingehen –, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Oktober 2002 im Vergleich zum Vorjahresmonat in keinem anderen Bundesland höher gewesen ist als Bayern, wo er 18,6% betragen hat. Im Vergleich zum Vormonat September hat Bayern hinter Schleswig-Holstein und Hamburg den dritthöchsten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. 376 000 Menschen sind in Bayern arbeitslos. Eine Aufgabe der Landespolitik ist es daher, dieser hohe Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Die regionalen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit innerhalb eines Landes sind in Bayern deutlich größer als in Baden-Württemberg und Hessen. Donauwörth hat mit 3,4% die niedrigste Arbeitslosenquote, Freising hat 3,5%, Hof hat demgegenüber 10,4%.

Sie müssen dieser Entwicklung entgegenwirken. Das beste Mittel des Entgegenwirkens sind Investitionen – auch staatliche Investitionen – und ein Abbau des Zentralismus. Ich bin gespannt darauf, was aus der Ankündigung des Landesentwicklungsministers wird, Bayern starte Anfang 2003 regional. Ich weiß nicht, was wir uns darunter vorzustellen haben. Es klingt aber jedenfalls sehr gut, wenn den Regionen mehr Kompetenzen gegeben werden, weil damit auch die endogenen Kräfte der Regionen gestärkt werden.

Um dieses Gefälle in Bayern auszugleichen, müssen wir unsere Kräfte bündeln. Ich komme dabei auf eine alte Aussage zurück. Wir haben in Bayern zwei Standortagenturen, die im Wirtschaftsministerium angesiedelte Stabsstelle „Invest in Bavaria“ und die in der Staatskanzlei angesiedelte Stelle „Go to Bavaria“. Die Zuständigkeiten für die IOK-Technologie und für die IOK-Industrie liegen in der Staatskanzlei. Diese Zuständigkeit sollte nach unserer Auffassung ins Wirtschaftsministerium verlagert werden. Leider kann sich Herr Minister Wiesheu damit nicht durchsetzen. Die Staatskanzlei sollte sich aus dem operativen Geschäft heraushalten. Sie hat Koordinierungsaufgaben. Wirtschaftsförderung ist Sache des Wirtschaftsministeriums. Die Wirtschaftsförderung sollte in einer Hand bleiben. Auch in Zeiten knapper oder leerer Kassen können wir es uns nicht leisten, dass zwei Agenturen nebeneinander oder gegeneinander arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine Verknüpfung der Regionalpolitik mit der Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit. Wir müssen uns in der Arbeitsmarktpolitik des Landes ver-

stärkt anstrengen und von der bisherigen Symbolpolitik abkehren.

Wir brauchen ein Überwinden der kommunalen Investitionsschwäche durch staatliche Hilfestellung und ein mittelfristiges Umsteuern der staatlichen Investitionen nach regional- und strukturpolitischen Notwendigkeiten.

Die konjunkturelle Lage schildert das „Handelsblatt“ am 5.11.2002 folgendermaßen: „Insgesamt ist derzeit wenig konjunkturelle Dynamik zu spüren, weder nach oben noch nach unten.“ Der Einfluss der Landes- und Bundespolitik auf die weltwirtschaftliche Lage ist begrenzt. Wir leiden noch unter den makroökonomischen Entscheidungen der Regierung Kohl-Waigel. Das gilt für den Umtauschkurs von 1 : 1 bei der deutschen Währungsunion, was hohe Transferleistungen über Jahrzehnte hinweg im sozialen Bereich bedeutet und einen Niedergang der ostdeutschen Industrie bewirkt hat.

Wir leiden unter der Konstruktion der Europäischen Zentralbank, die lediglich der Preisstabilität verpflichtet ist, und nicht auch dem Wirtschaftswachstum. Die Zinsen in Höhe von 3,25% sind im Vergleich zu den Zinsen, die es in Amerika mit 1,25% gibt, einfach zu hoch. Das Gleiche gilt für die starren Regelungen des europäischen Stabilitätspakts. Übertriebene Sparmaßnahmen lösen eine Spirale nach unten aus, so wie es die Politik Brüning's Anfang der dreißiger Jahre getan hat. Das waren alles Entscheidungen der alten Regierung Kohl-Waigel gewesen.

Das größte Nachfrageaggregat und damit der bedeutendste Faktor für die Konjunktur ist der private Konsum. Jeder sagt, dass Geld eigentlich da ist, aber eine gewisse Unsicherheit besteht. Sie von der CSU reden schon den ganzen Nachmittag in der Debatte diese Unsicherheit herbei. Sie jammern ständig und kritisieren laufend. Wir müssen aber Optimismus verbreiten, damit der private Konsum ansteigt.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

England macht es uns vor. Wir brauchen eine Abkehr von der Sonthofen-Strategie II. Sie von der CSU wollen eine Abwärtsspirale herbeireden. Wir brauchen aber eine Strategie des Optimismus und der Zuversicht, eine Strategie des Zu- und Anpackens, um die Zukunft zu meistern. Die SPD-Fraktion wird ihren Beitrag dazu leisten. Deshalb können wir dem Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie nicht zustimmen, denn Sie von der CSU sind nicht bereit, Ihren Beitrag zu einem Aufschwung in Deutschland zu leisten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Hölzl (CSU))

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Runge das Wort. – Er ist nicht im Saal. Dann werden wir Herrn Kollegen Dinglireiter die Chance geben.

(Willi Müller (CSU): Was Herr Dr. Runge zu sagen hat, ist nicht so wichtig!)

Dinglireiter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Kaiser, erlauben Sie mir, dass ich kurz auf die Ausführungen eingehe. Sie haben in Ihrer Rede die notwendigen Einsparungen beklagt, die aufgrund der neuen Steuerschätzungen notwendig sind.

(Dr. Kaiser (SPD): Wir wollen darüber Auskunft!)

Sie tun, als ob der Verfall der Steuereinnahmen in diesem Jahr ein bayerisches Problem sei. Das Problem liegt aber bei einer verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Berlin.

(Beifall bei der CSU)

Man hat insbesondere viel zu lange die Dinge schönge-redet. Hat nicht insbesondere Herr Eichel gesagt, der Haushalt sei auf Kante genäht, aber er sei sicher? Verschuldung sei kein Problem, und nach dem 22. September hätten sich neue Erkenntnisse ergeben. Das ist das Problem, mit dem wir zu kämpfen haben. Sie sagen weiter, Bayern sei kein Modell für Deutschland.

(Dr. Kaiser (SPD): In der Form habe ich das nicht gesagt. Das ist überzogen!)

Wie hätten denn die Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland in den letzten vier Jahren ausgeschaut, wenn man den Beitrag von Bayern und Baden-Württemberg mit ihren starken Zuwachsraten herausgerechnet hätte? Das Desaster wäre viel früher bekannt geworden. Die Zahlen von Bayern und Baden-Württemberg haben die Zahlen auf Bundesebene noch einigermaßen hoch gehalten.

Jetzt beklagen Sie, dass die Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums in Bayern nicht mehr so hoch seien. Wer über Jahre hohe Zuwachsraten hat und sich auf wirtschaftlich hohem Niveau befindet, der kann in schwierigen Zeiten nicht die Zuwachsraten haben, die andere Länder aufweisen, die von einem niedrigeren Niveau ausgehen.

(Hoderlein (SPD): Das ist das Problem von Deutschland in der Europäischen Union!)

– Na ja, darüber könnte man eine ganze Menge sagen. Der Vergleich hinkt deutlich.

Lassen Sie mich nun zum Haushalt kommen. Obwohl wir in Bayern einen schwierigen Haushalt haben, können wir mit dem Ergebnis, das der bayerische Wirtschaftsminister ausgehandelt hat, zufrieden sein. Der Einzelplan weist im Haushaltsjahr 2003 ein Volumen von 1,6408 Milliarden € auf, im Jahr 2004 ein Volumen von 1,6129 Milliarden €. Allein rund 1 Milliarde davon entfallen auf den Schienenpersonennahverkehr. Das sind Regionalisierungsmittel des Bundes, die als solche bei uns für die vorgesehenen Zwecke eingesetzt werden.

Durch die Entwicklung der EU-Mittel und der korrespondierenden Ausgaben ist für 2003 ein Anstieg von 24,4 Millionen € auf insgesamt 66,5 Millionen € festzustellen. Im Jahr 2004 sind es insgesamt 57 Millionen €.

Die Förderprogramme im Einzelplan 07 werden entweder auf dem bisherigen Niveau fortgeführt oder nur maßvoll gekürzt. Ich denke, das ist bei der Abgleichung dieses Haushalts ein gutes Ergebnis, für das wir dankbar sind. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass ein wesentlicher Teil der im Einzelplan 13 etatisierten „Offensive Zukunft Bayern“ für Zwecke der Wirtschaftsförderung eingesetzt werden kann.

Es gibt nur an einem einzigen Punkt Kürzungen: Das ist die Energieförderung. Diese wird gemindert. Aber es ist vernünftig, dies korrespondierend mit den Maßnahmen des Bundes so durchzuführen. Denn neben der Öko-Zulage des Bundes für Neubauten und Gebäudeerwerb im Bereich erneuerbarer Energien gibt es das Hunderttausend-Dächer-Programm, das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien und das Stromspeisungsgesetz. Insbesondere mit Letzterem sind erhebliche Anreize geschaffen worden. Nachdem wir alle mitzahlen müssen, sind wir daran interessiert, an diesen Mitteln zu partizipieren. Bayern ist damit weiterhin auf einem guten Weg. Dieser Haushalt kann sich trotz des schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Umfeldes sehen lassen.

Ich habe eben die Energiepolitik angesprochen. Bayern ist bei der Energiepolitik auf einem zukunftsweisenden Weg. Mit den sicheren Kernkraftwerken haben wir eine preiswerte und klimaschonende Energieerzeugung. Damit hat Bayern wesentlich bessere Werte beim CO₂-Ausstoß als alle anderen Länder in Deutschland. Nicht nur das, wir sind auch führend bei den regenerativen Energien. Wir erzeugen allein aus Biomasse mehr Energie als andere Länder in allen regenerativen Bereichen zusammen.

Im Umweltpakt hat Bayern auf freiwilliger Basis Beispielhaftes erreicht. Viele bayerische Unternehmen haben heute einen herausragenden Umweltstandard, den sie auch als Werbemittel in der ganzen Welt einsetzen. Nicht mit Zwang, sondern auf freiwilliger Basis, durch eigene Einsicht und mit individuellen Lösungen wurden diese Ergebnisse herbeigeführt. Auf dieser Basis wollen wir auch weiterarbeiten. Wir wollen freiwillige Vereinbarungen schaffen, an den eigenen Ehrgeiz appellieren und individuelle Lösungen ermöglichen.

Die Erneuerung haben wir auch vielen technologieorientierten Unternehmensgründungen zu verdanken, die im Laufe der letzten Jahre auch durch eine kräftige Förderung möglich geworden sind.

Leider ist diese Entwicklung durch das Scheinselbständigengesetz des Bundes massiv ausgebremst worden. Wenn Sie sich die Entwicklung der Zahlen im Lauf der Jahre anschauen, dann werden Sie feststellen, dass mit Einführung dieses Gesetzes ein deutlicher Abriss in der Entwicklung stattgefunden hat. Hier müsste dringend etwas geändert werden, damit unsere bayerische Unter-

nehmensgründerpolitik wieder mit der ursprünglich gewohnten Dynamik fortgesetzt werden kann.

Große Bedeutung hat – der Herr Wirtschaftsminister hat das schon angesprochen – die Unternehmensnachfolge. 12 000 Betriebe mit 150 000 Arbeitnehmern stehen zur Übernahme an. Da ist die Diskussion um die Erhöhung der Erbschaftsteuer außerordentlich schädlich. Sie verleidet jungen Menschen, Verantwortung zu übernehmen, selbstständig zu werden und sich die Risiken und Mühe aufzubürden, die damit verbunden sind. Es wäre sinnvoller, für diejenigen – sowie Bayern es schon lange will –, die Erbschaftsteuer für fünfzehn Jahre zu stunden und für jedes Jahr, in dem der Betrieb weiter geführt wird, ein Fünftel der Erbschaftsteuerschuld zu erlassen. Es ist nämlich ein großer volkswirtschaftlicher Gewinn, wenn Unternehmen fortgeführt werden. Denken Sie an die 150 000 Arbeitsplätze, von denen ich gerade sprach, die dabei im Spiel sind.

(Willi Müller (CSU): Das passt nicht in das sozialdemokratische Weltbild!)

Das würde vieles von dem aufwiegen, was an Erbschaftsteuer eingenommen wird. Der Staat könne auf diese Weise mehr durch Gewinnsteuer und durch höhere Steuern der Arbeitnehmer einnehmen.

Herr Staatsminister, wir danken Ihnen auch dafür, dass die Mittelstandsförderung an die neuen Erfordernisse angepasst worden ist. Wir haben hohe Haftungsfreistellungen von 40 bis 70%, die bei der derzeitigen Finanzierungslage wichtig sind. Wir haben niedrige Zinsen. Ich denke, die Ausstattung der staatlichen Förderbank erlaubt uns auch eine durchaus flexible Förderpolitik. Wir sollten hier nicht kritisieren, denn viele Unternehmen konnten auf diese Weise gerettet werden und damit viele Tausende von Arbeitsplätzen.

In Bayern haben wir zwar auch eine große Insolvenzelle. Sie ist aber im Verhältnis zu allen anderen Bundesländern unterdurchschnittlich angewachsen. In Bayern leben rund 14% der gesamtdeutschen Bevölkerung, befinden sich rund 20% der mittelständischen Betriebe. In Bayern befinden sich aber nur 10% der Betriebe, die Insolvenz anmelden mussten. Das macht deutlich, dass wir besser gearbeitet haben, als das anderswo gelungen ist. Dazu haben auch eine Reihe von Einrichtungen beigetragen, die Bayern mit den oft gescholtenen HTO-Mitteln geschaffen hat. Ich will gar nicht auf einzelne Projekte eingehen. Aber „Bayern Innovativ“ hat im Laufe der letzten Jahre im Verhältnis zu Großunternehmen viel Positives geleistet. Ich denke an die Automobil-Zulieferer oder an die Medizintechnologie. Das ist hervorragend und hat viele Unternehmen gesichert. „Bayern International“ hat dazu beigetragen, dass viele mittelständische Unternehmen den Weg ins Ausland gefunden haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie sind auf diese Weise deutlich besser auf diesen Märkten zurecht gekommen. Mit dem Messebeteiligungsprogramm und Ähnlichem mehr sind Wege in die Zukunft geöffnet worden, die durchaus positiv sind.

Es bedarf keines Beweises, dass die bayerische Politik gut war. In den letzten zehn Jahre sind in Bayern 104 000 neue Arbeitsplätze entstanden. In den westdeutschen Ländern sind insgesamt 202 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Das ist ein Stück Realität. Ich muss immer Lachen, wenn ich höre, dass wir Nachholbedarf hätten, beispielsweise Frauen in das Erwerbsleben zu bringen. Wir haben eine Erwerbstätigenquote von 48,7% in Bayern, in den westlichen Bundesländern von 45,1%. Das macht deutlich, dass wir eine fortschrittliche Politik betreiben und dass wir viel Potenzial ausgeschöpft haben, was in anderen Ländern nicht so ist.

Es wird immer wieder kritisiert, das alles wäre regionalpolitisch nicht ausgewogen. Schauen wir uns die Zahlen konkret an: Oberfranken hat eine Arbeitslosenquote von 8,2%. Es liegt im Durchschnitt damit besser als zwölf der sechzehn Bundesländer. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit sollen wir zufrieden sein?)

– Wir sind nicht damit zufrieden. Darum machen wir ein Programm für Ostbayern, darum machen wir ein Programm für Oberfranken, weil wir nicht damit zufrieden sind.

Ich sage Ihnen auch: Man muss das sehen, was der Herr Wirtschaftsminister angesprochen hat. Wir haben knapp 100 000 Einpendler aus den neuen Ländern überwiegend in den grenznahen Raum. Ohne diese Pendler würde die Arbeitsmarktsituation dort deutlich besser aussehen. Diese Situation hat man beispielsweise in Nordrhein-Westfalen nicht. Die hat man auch so nicht in Niedersachsen. Ich denke, hier muss man die Dinge im Zusammenhang sehen. Daran wird deutlich, dass auch für Oberfranken eine gute Politik gemacht worden ist.

Die Zuwachsrate bei den Arbeitslosen: Wenn ich bei Zehn eins drauf tue, dann habe ich eine Erhöhung um 10%. Wenn ich bei Zwanzig eins drauf tue, dann habe ich eine Erhöhung um 5%. Wer eine hohe Arbeitslosenquote hat, der tut sich im Vergleich der prozentualen Zuwächse leicht. Wer eine niedrige Arbeitslosenquote hat, wie Bayern, der hat zwangsläufig einen höheren Zuwachs in Prozenten. Die realen Zahlen sind entscheidend. Da sind wir an der Spitze, daran gibt es überhaupt nichts zu rütteln.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich will Schluss machen, weil einige meiner Kollegen sich noch äußern werden.

(Hofmann (CSU): Weil der Runge schon da ist!)

Wir brauchen eine bessere Politik. Dazu zitiere ich jetzt einen Haushaltsexperten aus Berlin, der auf die Frage, wie sein Reformplan aussähe, antwortet:

Erstens. Wir brauchen mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt. Der Kündigungsschutz zum Beispiel ist längst zu einer Einstellungsbarriere geworden.

Zweitens. Die Ausgaben des Staates müssen weiter gesenkt werden. Steuererhöhungen sind der falsche Weg, um den Haushalt zu sanieren. Drittens. Die Sozialversicherung müssen wir reformieren. Die Versicherten müssen mehr Eigenverantwortung übernehmen.

Gesagt hat das der Haushaltsexperte der GRÜNEN, Oswald Metzger. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Willi Müller (CSU): Den haben sie leider nicht mehr aufgestellt!)

– Der ist leider nicht mehr aufgestellt worden.

(Gartzke (SPD): Der ist durchgefallen!)

– Solche Leute, die eine vernünftige Ansicht haben und die eine vernünftige Politik machen würden, fallen durch. Aber diejenigen, die bei den GRÜNEN noch da sind, werden Ihnen in Berlin noch genug Schwierigkeiten machen.

Wir sind mit dem Haushalt zufrieden. Herr Staatsminister, wir werden weiter gemeinsam daran arbeiten, in Bayern den hohen Standard zu erhalten und auf diese Weise unser Land nach vorne zu bringen und Arbeitsplätze zu sichern, damit Wohlstand und soziale Sicherheit gewährleistet bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, danke für die Einreihung in die Rednerliste.

Verehrter Herr Kollege Dingreiter, es freut mich, dass Sie GRÜNE Politiker wohlwollend zitieren. Ich bitte Sie aber, mit der Verbreitung des Gerüchts aufzuhören. Kollege Metzger ist nicht rausgeflogen, weil es die GRÜNEN so haben wollten.

(Dingreiter (CSU): Das hat die SPD gesagt!)

Er hätte jederzeit Platz acht oder Platz zehn haben können. Bis Platz elf sind die Kandidaten in Baden-Württemberg in den Bundestag gekommen, was für uns sehr erfreulich war.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Minister, Ihr mit großer Leidenschaft vorgetragener Redebeitrag beginnt und endet mit einem Lobgesang auf die Bayerische Staatsregierung. Unseres Erachtens muss das an der Realität gemessen werden. Da sagen wir: Es schaut gar nicht mehr so rosig aus. Das trifft nicht erst zu, seit Rot-Grün die Bundesregierung stellt, sondern das war auch schon ein paar Jahre vorher so.

Kollege Dingreiter hat einen Trick versucht und zehn Jahre vorher mit seinem Rückblick angefangen. Man beginnt 1991 oder 1992; wir fangen 1993 mit unserem Vergleich an. Das ist vielleicht auch deswegen die bessere Basis – nicht weil die Zahlen damals besser waren, als in den Jahren zuvor –, sondern deswegen nehmen wir diesen Zeitraum, weil damals die Herren Stoiber und Wiesheu ihre Ämter übernommen haben. Siehe da: Seit Antritt der Regierung Stoiber sehen die Wirtschaftsdaten nicht mehr ganz so hervorragend aus. Die Abstände der Arbeitslosenzahlen in Bayern zu den Arbeitslosenzahlen in den alten Bundesländern sind seitdem geringer geworden.

Wir wissen es alle: Im Mai 1993 – beim Amtsantritt – gab es ungefähr 290 000 Arbeitslose. Im Mai dieses Jahres waren wir bei 360 000 Arbeitslosen. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Sprüche des Ministerpräsidenten, er wolle die Arbeitslosenzahlen halbieren. Tatsächlich aber wurde ein Viertel draufgesattelt. Es gibt die bekannten Unterschiede zwischen den Regionen. Freising und Donauwörth sind am unteren Ende, Hof mit 12% ist ganz oben. Diese Arbeitslosenzahlen haben wir trotz der 4 Milliarden Euro aus Privatisierungserlösen und trotz des viel gelobten bayerischen Beschäftigungspaktes.

Herr Kollege Dingreiter, ich konzidiere dennoch, in Bayern sieht es immer noch verhältnismäßig gut aus. Dafür gibt es aber klare Gründe, und die sind nicht bei der Bayerischen Staatsregierung zu finden, zumindest nicht für die letzten 40 Jahre. Der eine Grund liegt darin, dass der Strukturwandel – weg von der Agrargesellschaft – in keinem anderen Bundesland so früh und radikal wie in Bayern erfolgt ist. Der nächste Grund ist, dass die Landeshauptstadt München – die einzige wirkliche Boomregion mit ihrem Speckgürtel – von dem angenehmen Umfeld unheimlich profitiert. Da sind die Berge, die Seen, die ziehen Spitzenkräfte an. Das befruchtet sich gegenseitig.

Der dritte Grund liegt darin, Gegenden, die anderswo in Deutschland Diaspora wären, sind auf Grund des Vorteils der bayerischen Natur blühende Fremdenverkehrsregionen. Doch auch hier wollen Sie das Wasser abgraben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem wir das Loblied gehört haben, kommt jetzt ein Kontrastprogramm. Wie sieht es denn, bei den Ausflügen des Ministerpräsidenten in die Wirtschaftspolitik aus? Sie sind uns alle bekannt. Viel zu oft endeten sie im Desaster. Die staatliche Wohnungs- und Städtebaugesellschaft wurde vom Ministerpräsidenten persönlich in den Gewerbebau und in das Bauträgersgeschäft getrieben. Ergebnis: 500 Millionen Mark Verlust und das Aus für die Staatsgesellschaft. Die Kirch-Pleite: Es gab eine milliardenschwere Unterstützung durch die Landesbank und die politische Rückendeckung durch die Staatsregierung und die frühere Bundesregierung. Sie haben es Kirch erst ermöglicht, die Konkurrenz mit Mond-Preisen wegzudrücken und für völlig überbeuerte Spielfilmlicenzen und Sportübertragungsrechte zu sorgen. Das Ganze hat sich jetzt als Seifenblase entpuppt mit dem Ergebnis, dass jetzt zahlreiche Menschen entlassen werden oder

dass ihnen die Entlassung droht. Die Banken und Geschäftspartner müssen riesige Beträge abschreiben. Ein weiteres Beispiel: Die Maxhütte. Hier handelt es sich um den Versuch, eine nicht wettbewerbsfähige Stahlproduktion am Leben zu erhalten. Das Ergebnis war, dass auch hier eine halbe Milliarde Mark Steuergelder versenkt wurden. Der Staatsregierung ist vorzuwerfen, dass sie eine falsche Strategie führte und vor allem, dass sie auf die falsche Technik, insbesondere aber auf die falschen Leute gesetzt hat. Namentlich fällt uns hier vor allem der Großspender Max Eicher auf, der als Mitgesellschafter und unternehmerischer Führer diese Gesellschaft in die Pleite führte.

(Dr. Kaiser (SPD): Genau!)

Er war immer nur am Röhrenwerk interessiert. Und hoppla, was finden wir jetzt im Pressespiegel? Kaum hat das Stahlwerk dicht gemacht, kann man nachlesen, dass das Röhrenwerk schwarze Zahlen schreibt. Die völlige Übernahme wollte man dann mit einem weiteren Millionengeschenk versüßen, ähnlich wie bei den Lech-Stahlwerken. Erfreulicherweise ist das am Einspruch der Europäischen Union gescheitert. Die Liste von Pleiten, Pech und Pannen und – viel zu oft, meine Damen und Herren, – von Filz, lässt sich beliebig fortsetzen: Deutscher Orden, Dorfhelferinnen-Skandal, CD-Pilz usw. Es gibt andere Fälle, da will ich nicht von Filz sprechen, aber von Fehlgriffen: Grundig, Schneider Rundfunkwerke, Fairchild-Dornier. Herr Minister Wiesheu, von Ihnen hören wir immer einen Spruch, den ich völlig richtig finde: Man darf und kann nicht am Markt vorbeisubventionieren. Die Bayerische Staatsregierung macht das in vielen Fällen aber doch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mittelstandspolitik ist Ihnen und uns allen sehr wichtig. Ich sage aber immer, und ich bleibe auch dabei, es gibt wohl kaum ein Politikfeld, wo Anspruch und Realität, Wahlkampfgetöse und politische Umsetzung so weit auseinander klaffen wie bei der Mittelstandspolitik. Ihre Politik, die Politik der CSU, ist ganz klar gegen die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jawohl, Herr Präsident, das war ein unterstützendes Klingeln. Danke

(Dr. Goppel (CSU): Der Nikolaus!)

– Auch wenn Herr Goppel meint, es war der Nikolaus, so war es doch der Präsident. Ich nenne jetzt einige Beispiele. Auf Druck deutscher Großunternehmen und amerikanischer Lobbyisten wird das Landesentwicklungsprogramm so zurechtgebogen, dass ein bestimmtes Großmarktprojekt, nämlich das in Ingoldstadt, genehmigungsfähig ist. Was ist die Folge davon? Den Großmärkten auf der grünen Wiese werden Tür und Tor geöffnet. Das geht auch zulasten des mittelständischen Einzelhandels. Es gibt ein weiteres schönes Beispiel, auf das ich gern zu sprechen komme, weil Herr Kollege Dingreiter es auch angesprochen hat: Unter Federführung Bayerns blockiert der Bundesrat das Vorhaben der

Bundesregierung, die Verpackungsverordnung transparenter und handhabbarer zu machen und die Pfandpflicht zügig einzuführen. CSU und Staatsregierung haben sich hier zu Bütteln der Verpackungsindustrie, von Großunternehmen, von Handel und Brauereiwirtschaft gemacht.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Damit haben Sie den zahlreichen mittelständischen und kleinen Brauereien in Bayern einen Bärendienst erwiesen. Herr Dingreiter, wenn Sie hier vom Umweltpakt schwadronieren und von freiwilligen Vereinbarungen beim Umweltschutz, dann ist das für mich das beste Beispiel, wie so etwas schief gehen kann. Bestimmte Wirtschaftskreise haben fast zehn Jahre lang Versprechungen gemacht und diese Versprechungen nicht eingehalten. Was ist die Konsequenz? Die Staatsregierung meint, trotzdem nichts tun zu müssen.

Kommen wir zu anderen Beispielen. Ich habe es vorhin bereits in meinem Redebeitrag zur Aktuellen Stunde angesprochen: das bayerische Weinabsatzförderungsgesetz. Das ist Bürokratie pur. Ein weiteres Beispiel, das uns ganz besonders ärgert, ist die Subsidiaritätsklausel im kommunalen Wirtschaftsrecht. Die ist das Papier nicht wert, meine Damen und Herren. Ich bringe diesen Punkt immer wieder und belege ihn mit konkreten Beispielen: IT-Dienstleistungen, virtuelle Marktplätze, Telecenter, kommerzielle Schlüsseldienste. Immer wieder werden solche Leistungen durch die öffentliche Hand angeboten, durch die Kommunen, kommunale Betriebe oder durch Unternehmen, die vom Freistaat massiv gefördert worden sind. Den kleinen Unternehmen, die nicht gefördert wurden, bleibt nur das Nachsehen.

Im Mai 2001 haben wir die große Verkündung mit vielen Allgemeinplätzen gehört. Es hieß damals, wir brauchen Steuersenkungen und eine Deckelung der Sozialversicherungsabgaben. Das wurde von der Staatskanzlei als mittelstandspolitisches Aktionsprogramm verkauft. Kurz darauf haben Ministerpräsident Stoiber, die Minister Schnappauf und Wiesheu und die Staatssekretäre in ihren Presseerklärungen die Erarbeitung dieses Programms angekündigt. Man hat also erst ein Programm, und danach wird angekündigt, dass das Programm erarbeitet wird. Für uns GRÜNE war dabei besonders die Ankündigung des Ministerpräsidenten wohlthuend, der im Oktober sagte: Wir machen jetzt ein Sonderklima Mittelstand. Das war wohl der Beitrag der Staatsregierung zur Klimapolitik. Wir als GRÜNE fordern eine klare Trennung zwischen öffentlicher Wirtschaft und privater Erwerbswirtschaft. Wir wollen, dass die Subsidiaritätsklausel gelebt wird, auch im Interesse des Mittelstands. Wir haben hier den Entwurf zu den Vollzugshinweisen des kommunalen Unternehmensrechts vorliegen. Doch auch dieser wird sich wieder als Nullnummer erweisen.

Insgesamt gesehen müssen wir festhalten, in der Wirtschaftspolitik gibt es zur Zeit von CSU und Staatsregierung keine klare Linie. Wenn es allerdings ums Staatswirtschaft, Interventionismus und Subventionitis geht,

dann steht Bayern gemeinsam mit dem geschätzten Nordrhein-Westfalen ganz oben auf der Liste.

Nun zu einigen anderen Punkten, die auch mit Wirtschaftspolitik und Zukunftsfähigkeit zu tun haben. Schauen wir uns einmal die Abiturientenquote in Bayern an. Auch wenn man die Abgänger der Fachoberschulen einrechnet, steht Bayern noch immer ganz unten. Dabei ist Bildung die wichtigste Ressource. Grund dafür ist die harte Selektion. Ein anderer Punkt: Wie sieht es mit einer vernünftigen Zuwanderungspolitik aus?

(Zurufe von Abgeordneten der CSU)

– Ja, Herr Hölzl, wir können immer wieder erleben, dass Sie rechts außen punkten wollen. Sie wollen Ihre Erfolge auch bei den rechten Dummdödeln erzielen. Deshalb wird alles schlechtgeredet, was von der Bundesregierung kam. Ich erinnere Sie an die Diskussion über die Blue Card und Green Card. Sie haben gesagt, die Green Card sei nichts, sie sei nur Mist. Das einzig Wahre sei Ihre Blue Card. Vielleicht wissen Sie es gar nicht: Ihre Blue Card kann ohne einen Teil der Green Card, nämlich die Verordnung über die Arbeitsgenehmigung, gar nicht funktionieren.

(Zurufe von der CSU)

– Ihre wunderschöne Karte, aber Sie verstehen das nicht!

Gehen wir zurück zum Konkreten.

(Unruhe bei der CSU)

– Sie verkünden große Phrasen, 40, 40, 40, aber wenn das dann umzusetzen ist, wenn festgelegt werden muss, wo zu kürzen ist, ist Null, ist Fehlanzeige, gibt es keine konkreten Vorschläge.

Weil Sie, Herr Spaenle, es vorhin noch nicht gehört haben: Sie lamentieren stets über die Steuerpolitik, aber Sie sind die Weltmeister in hohen Steuersätzen und Sie sind die Weltmeister in der Steuererhöhung. Das heißt, keine Konzepte, keine Ideen seitens der CSU und der Staatsregierung.

Wir haben mehrere Vorschläge eingebracht. Wir haben zum Beispiel unlängst einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes formuliert, also zur Novellierung des Gesetzes über die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen und der freien Berufe. Wir wissen alle, dass das jetzt geltende Gesetz als Grundlage der Wirtschaftsförderung in Bayern gilt. Es ist seit nahezu 25 Jahren unverändert. Wir meinen aber, der Rahmen für kleine und mittlere Unternehmen hat sich massiv verändert. Es gibt vielfältige wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische Änderungen, die bei einer Novellierung dieses Gesetzes berücksichtigt werden müssen. Auf den Gebieten Finanzierung und Forschung sind kleine Unternehmen im Nachteil. Aufgabengebiete wie Betriebsübernahme und verstärktes Coaching wollten wir in ein novelliertes Gesetz einbringen. Was aber war das Ergebnis? Die CSU hat sich wieder einmal der Diskussion verweigert. Keine Änderungsvorschläge,

kein eigener Gesetzentwurf – es war wie immer. Genauso war es bei den Anträgen, die wir zum Einzelplan 07 eingebracht haben. Sie haben meines Wissens keinen einzigen Änderungsantrag eingebracht.

Ich bringe zwei Beispiele. Ich nenne als Erstes die Vorschläge zu den Zuschüssen an die LfA zur Verstärkung des Konsolidierungsprogramms, zur Erweiterung um eine Betriebsmittelvariante. Es geht dabei um das leidige Problem der zu kurzen, zu geringen oder gar nicht vorhandenen Haftungsfreistellungen. Was war das Ergebnis? Die CSU hat diesen Vorschlag mit einem kurzen Federstrich abgelehnt. Ein weiterer Antrag bezog sich auf die Verstärkung der Task force bei der LfA. Es gibt hier einen riesengroßen Beratungsbedarf. Sie sagen das selber immer. Was war? Die CSU hat nicht nachgedacht, wollte den Antrag nicht diskutieren, sondern hat ihn abgelehnt.

Die Anträge sind aber doch nicht einfach aus dem hohlen Bauch entstanden, sondern sie sind das Ergebnis von Gesprächen mit Unternehmern, mit potenziellen Unternehmensgründern, mit Bankern und mit Vertretern der LfA. Alle haben gesagt: Die Dinge, die ihr vorschlagt, brauchen wir. Aber die CSU sagt halt erst einmal nein. Was wird passieren? Es wird nicht lange dauern, dann kommt das Ganze von der Staatsregierung. Wir haben es zum Beispiel bei der Haftungsfreistellung, Mittelstandskreditprogramm erlebt. Es wird doch irgendwann nachgeahmt. Das ist ja erfreulich. Wir haben uns dann in der Sache durchgesetzt, aber es ist zäh.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum zweiten wesentlichen Inhaltspunkt im Einzelplan 07, zum Verkehr. Hier ist es so, dass die Staatsregierung, die CSU und die SPD in Bayern immer wieder sündteure Straßen- und Schienengroßprojekte wollen, die zudem noch ökologisch inakzeptabel und in vielen Fällen auch von zweifelhaftem verkehrspolitischen Nutzen sind: Prestigevorhaben wie die in Bau befindliche Hochgeschwindigkeitsstrecke München – Ingolstadt – Nürnberg, die Strecke Nürnberg – Erfurt, der Transrapid zum Flughafen, die Fichtelgebirgsautobahn oder neuerdings wieder der Autobahnsüdring. All diese Projekte verschlingen Milliarden. Aber, meine Damen und Herren, jeder Steuereuro ist knapp, jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Deswegen sagen wir nein zu diesen Projekten. Wir wollen eine sinnvollere Verwendung der Mittel und bitten dazu endlich um Zustimmung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich Sie, Herr Müller, so ansehe, fällt mir gleich das nächste Thema ein: der Flugverkehr. Der Flugverkehr wird in Bayern in Milliardenhöhe subventioniert. Der Flughafengesellschaft München werden zinslose Gesellschaftendarlehen gewährt. Der Hauptgesellschafter ist der Freistaat. Kerosinzuschüsse werden gewährt. Und dann – jetzt sind wir bei Ihnen, Herr Müller – die wunderschöne Strecke Hof – Frankfurt. Dieser überaus wichtige Flug wird hin und zurück mit 65 Euro bezuschusst. Im Haushalt finden wir jetzt noch eine Erhöhung dieses Zuschusses.

Ganz tolle Formulierungen im Übrigen. Herr Minister Wiesheu, ich hatte das schon einmal angesprochen. Da heißt es in den Erläuterungen auf Seite 91: „Wegen eines steigenden Deckungsbeitrages müssen die Mittel noch erhöht werden.“ Ich als Wirtschaftler sage Ihnen: Wenn der Deckungsbeitrag steigt, brauche ich weniger Subventionen, brauche ich weniger Zuschüsse. Sie können das auf den Seiten 90 und 91 noch einmal nachlesen: Der Deckungsbeitrag soll zwar angeblich steigen, aber wir brauchen trotzdem einen höheren Staatszuschuss.

Zum Schienenpersonennahverkehr: Der Freistaat ist Aufgabenträger und Besteller. Er bekommt dafür die Regionalisierungsmittel aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes. Sie sind massiv erhöht worden. Es sind jetzt 115 Millionen Euro mehr als unter der Regierung Kohl. Wir sagen: Der Mittelzuwachs spiegelt sich eben nicht in entsprechenden Steigerungen bei Quantität und Qualität wider.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie, Herr Minister, haben trotz des Zuwachses bei der Bestellung von Zugkilometern einen Deckel eingezogen. Die Gelder werden auch für andere Zwecke gebraucht, zum Teil zum Ersatz von Landesmitteln bei der Busförderung. Zum Teil werden sie aber auch missbraucht. Ich erinnere an den Missbrauch der Regionalverkehrsmittel zur Planung und Vorbereitung des bayerischen Transrapidprojektes, die aus diesen Töpfen genommen werden, oder aber auch an Baumaßnahmen im Bereich des Neu-Ulmer Bahnhofes, welche im Wesentlichen dann doch der ICE-Strecke München – Stuttgart dienen und nicht dem Nahverkehr. Wenn ich noch Zeit habe, gehe ich später noch in zwei, drei Sätzen darauf ein, Herr Kollege Müller.

Ich habe noch mindestens 27 Minuten Zeit.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, Sie haben Ihre Zeit gerade überschritten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die 18 Minuten sind vorbei. Sie dürfen also wirklich zum Ende kommen.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie das andeuten, Herr Präsident – Sie haben es aber in diesem Moment zum ersten Mal getan –, bin ich gezwungen, mich kürzer zu fassen.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

– Herr Kollege Hofmann, auch ich kann mich täuschen. Ich schließe ab. Sie kennen ja zahlreiche unserer Forderungen zum Verkehr. Hierzu haben wir auch diesmal ganz konkret Änderungsanträge zum Haushaltsplan eingebracht.

Deswegen unser letzter Gedanke: Wie meistens war unsere Fraktion wieder die größte Fraktion. Wenn ich mir

die Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07 ansehe, stelle ich fest, dass neun der elf Anträge von uns kamen. Sie wurden leider alle abgelehnt.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

– Hier, Kollege Hofmann, erwarte ich, dass Sie mit diskutieren, damit wir gemeinsam weiter kommen, genauso wie wir das bei Ihren Anträgen, bei Ihren Konzepten machen würden. Aber von Ihnen kommt ja leider nichts.

Deswegen herzlichen Dank. Wir werden dem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Also, verdient hat er sich die zusätzliche Minute vom Nikolaus nicht. Kollege Pschierer, Sie sind der Nächste.

Pschierer (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Lieber Kollege Dr. Runge, weniger wäre in dem Fall wirklich mehr gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Hinsichtlich der Redezeit haben Sie übrigens Recht gehabt. Aber das, was Sie mit den Minuten gemeint haben, war unsere Redezeit. Wir werden sie ausschöpfen.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zunächst mit ein paar Märchen aufräumen. Der Kollege Kaiser ist im Moment nicht mehr hier, glaube ich. Ich würde ihm gern auf zwei Sätze antworten, die ich mir wirklich aufschreiben musste.

Das Erste: Kollege Kaiser hat erklärt, die CSU-Landtagsfraktion möge einen Beitrag zum Aufschwung in Berlin leisten. Liebe Kollegen von der SPD, diesen Beitrag leisten wir täglich. Wenn es nämlich in Bayern um die Wirtschaft nicht so gut stünde, dann würde Ihre Bilanz noch hundsmiserabler ausschauen, als sie ohnehin ausschaut.

(Beifall bei der CSU)

Das Zweite: Kollege Kaiser hat gemeint, wir sollten Optimismus verbreiten. Das gelingt einem natürlich nur in bescheidenem Umfang, wenn man die Regierungspolitik ansieht, die Sie in Berlin derzeit machen. Dazu muss ich fairerweise sagen, dass Sie diese Politik natürlich nicht beeinflussen. Die bayerische SPD ist sicherlich die schwächste in der Bundesrepublik Deutschland. Insofern ist es schwierig, sie dafür in Haftung zu nehmen. Aber wenn man diese Regierungspolitik in Berlin sieht, dann fällt es einem wahrlich schwer, hier auf Optimismus zu machen.

Dritter Punkt: Das Problem bei Ihnen ist, dass man immer unterscheiden muss: Können sie nicht oder wol-

len sie nicht? Nachdem ich mich intensiver mit Ihrer Koalitionsvereinbarung auseinander gesetzt habe, habe ich Folgendes festgestellt: Es sind zwei Punkte. Zum einen können Sie es nicht, und zum Zweiten hindert Sie, wenn Sie es denn können würden, noch die Ideologie. Da sind Sie in vielen Bereichen ideologieverblendet, gerade was die Wirtschaftspolitik angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Hierzu gibt es ein paar ganz nette Beispiele. Wenn Sie in Ihren Gremien einmal den Mut haben, etwas anzudiskutieren, was der bayerischen und der bundesdeutschen Volkswirtschaft gut tun würde, nämlich auf dem Arbeitsmarkt zu deregulieren, Steuergesetze zu vereinfachen, dann knicken Sie vor der Lobby der Gewerkschaften, die Sie im Wahlkampf kräftig unterstützt hat, gnadenlos ein. Meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, was ich persönlich übelnehme, ist, dass Ihr Kanzler immer dann, wenn es darum geht, Grausamkeiten zu verkünden, auf Tauchstation ist. Wenn es darum geht, der Bevölkerung klarzumachen, dass die Steuern, die Sozialversicherungsbeiträge erhöht werden müssen, müssen die armen Herren Gabriel und Beck in die Bütt steigen und werden dann vom Kanzler medienwirksam und mit Showeffekt wieder etwas zurückgepiffen. Ich würde es begrüßen, wenn dieser Kanzler nicht nur für die schönen hehren Worte stehen würde, sondern der Bevölkerung auch ungeschminkt die Wahrheit sagen würde.

(Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Runge, jetzt will ich mit ein paar Märchen von Ihnen aufräumen. Es ist immer sehr schön, wenn Sie durch das Land reisen und sagen – das gilt übrigens auch für den Kollegen Kaiser –, die Disparität im Freistaat Bayern sei ganz massiv, von Oberfranken bis München bestehe ein Gefälle sondersgleichen. Nehmen Sie einmal die durchschnittliche Arbeitslosenzahl und setzen Sie sie in Bezug zur durchschnittlichen Arbeitslosenzahl in Nordrhein-Westfalen. Dazu muss man sagen: Sie haben in Ihren Bundesländern gewaltigste Strukturunterschiede, die Sie in Nordrhein-Westfalen bis heute nicht bereinigt haben, weil Sie dort auf alte Technologien gesetzt haben. Sie haben so getan, als ob die Zukunft der Bundesrepublik 1000 Meter unter dem Ruhrgebiet liegen würde. Sie haben nicht das getan, was wir machen, nämlich auf moderne, zukunftssträchtige Technologien zu setzen.

Ein weiterer Punkt, Herr Dr. Runge, ist der altbekannte Vorwurf – das ist bei Ihnen eine Wiederholungsplatte – der Einflussnahme bei der FOC-Entscheidung Ingolstadt. Nun will ich nicht verhehlen, dass es von amerikanischer Seite Schriftwechsel und vieles andere gab und es immer wieder auch Akzente pro FOC Ingolstadt gegeben hat, weil es sich um einen amerikanischen Investor gehandelt hat. Meine Damen und Herren, wenn sich ein bayerisches Unternehmen in Italien, Österreich oder Frankreich ansiedeln will und wir aus unserer Sicht subjektiv das Gefühl hätten, dass es bei der Investitions- und Standortentscheidung behindert wird, dann erwarten wir von unserem bayerischen Wirtschaftsminister Otto Wiesheu, dass er genauso aktiv wird.

Der nächste Punkt ist die Green Card, Herr Kollege Dr. Runge. Gehen Sie einmal zur Bundesanstalt für Arbeit und fragen Sie ernsthaft nach, wie viel Green Cards derzeit monatlich ausgestellt werden.

(Frau Radermacher (SPD): Wie viele Blue Cards waren es denn?)

Sie haben damals so getan, als könne man die deutsche Volkswirtschaft nur retten, wenn man indische Computersoftware-Ingenieure zu uns holt, die gerne zu uns kommen – gar keine Frage. Wir haben im Freistaat selbst Unternehmen, die in Indien aktiv sind – gar keine Frage. Fragen Sie einmal kritisch nach. Im Moment werden im Durchschnitt pro Monat noch 180 bis 200 Green Cards ausgestellt. In der Großregion München gibt es weniger Green Cards als in anderen Regionen. Aber auch hier gibt es die ersten Green-Card-Besitzer, die angeworben worden sind, weil Sie in Berlin mit hehren Versprechungen getönt und gesagt haben „wir haben das Potenzial, euch zu beschäftigen“, und die nun arbeitslos sind.

Der letzte Punkt, Herr Kollege Runge – auch wieder eine kleine Märchenstunde von Ihnen –, ist das Thema Dosenpfand. Sie müssen eben die Expertenmeinungen einholen. Sie müssen sich einmal bei den Umweltexterten, bei den entsprechenden Ämtern, Behörden und Institutionen erkundigen. Dort werden Sie erfahren, dass dieses Thema sehr differenziert betrachtet wird, dass es durchaus auch Expertenmeinung ist, dass die von uns vorgesehene Regelung die zukunftsweisende ist.

Ich will nun ganz konkret zum Thema Wirtschaftspolitik und bayerische Wirtschaftspolitik Stellung nehmen. Wir könnten es uns einfach machen und sagen: Wir haben im Freistaat Bayern die beste, solideste, verlässlichste Mittelstandspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Schauen Sie sich die Zahlen nüchtern an, was Unternehmerdichte, Selbstständigenquote und Handwerksdichte angeht. Sie werden kein Bundesland finden, das pro Tausend der Bevölkerung mehr Handwerksbetriebe als Bayern hat. Sie werden kein Bundesland finden, das pro Tausend der Bevölkerung mehr Unternehmensgründungen aufweist. Jetzt können Sie sagen, dies passiert in Bayern, weil dort das Wetter schön ist, die Berge schön sind oder die Menschen fleißiger oder besser sind. Ich gebe gerne zu, dass der bayerische Menschentypus einer ist, der vielleicht ein Stück innovativer ist, mutiger ist, der kreativer ist, der sich nicht nur auf den Staat verlässt, sondern selbst anpackt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich will Ihnen aber eines deutlich sagen: Hier stimmen auch die Rahmenbedingungen. Ein Unternehmer im Freistaat Bayern weiß, dass er sich auf diese Staatsregierung verlassen kann. Dies kann er in den anderen Bundesländern nicht.

Ich will Ihnen ein paar Beispiele dafür nennen, dass wir in den letzten Jahrzehnten eine erfolgreiche Mittelstandspolitik gemacht haben, die sich auch in der Rede von Staatsminister Wiesheu widerspiegelt hat. Betrachten Sie einmal das Thema Mittelstandsförderungsgesetz. Wir waren das erste Bundesland in Deutschland, das ein Mittelstandsförderungsgesetz auf den Weg gebracht hat. Andere Bundesländer haben es abge-

schrieben, einschließlich der neuen Bundesländer. Wir haben eines der besten Mittelstandskreditprogramme. Wir haben dieses Mittelstandskreditprogramm auch ständig optimiert; wir haben es gebündelt. Im bayerischen Mittelstandskreditprogramm gibt es heute bis zu 3000 Förderungen mittelständischer Betriebe pro Jahr; mittelständische Betriebe investieren dort in Zukunftstechnologien und in den Erhalt der Arbeitsplätze. Wir haben die Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank gebündelt. Das Förderinstrumentarium im Freistaat Bayern ist in den letzten Jahren absolut optimiert worden, während Sie in Ihren Bundesländern gar nichts getan haben und in Berlin das Falsche beabsichtigen. Ihr Kanzler hat sich im Wahlkampf doch großkotzig hingestellt: Ich gründe eine Mittelstandsbank. Das brauchen Sie uns in Bayern nicht zu sagen. Mit der LfA und mit der Task force, die Sie vorher angesprochen haben und die funktioniert, haben wir ein bewährtes Mittelstandsförderinstrument.

Ich will ganz bewusst einen Grundsatzpunkt bayerischer Wirtschaftspolitik herausstellen. Die bayerische Wirtschaftspolitik macht zwei Dinge gleichzeitig: Sie macht eine solide, aktive Bestandspflege. Wir vernachlässigen nicht den Bestand an soliden Betrieben in Handwerk, Handel und Industrie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Staatsregierung und auch die CSU-Landtagsfraktion haben aber bewusst auch stets auf neue Technologien gesetzt, und zwar auch auf neue Technologien in der mittelständischen Wirtschaft. Herr Dr. Runge, Herr Kollege Kaiser und andere Kollegen aus der SPD- und der GRÜNEN-Fraktion, nennen Sie mir einmal ein Bundesland, das in den letzten Jahren eine bessere Regionalförderung als der Freistaat Bayern gemacht hat, wo in der Hightech-Offensive nicht wie in anderen Ländern – nehmen Sie Frankreich, Italien und England – die Förderpolitik so gestaltet ist, dass die großen Kompetenzzentren gestärkt werden. Wir haben in allen sieben Regierungsbezirken tragfähige Regionalkonzepte durchgesetzt. In jedem Regierungsbezirk sind heute neue Technologien vorhanden, ob in der Biotechnologie, der Mikrotechnologie oder auf anderen Gebieten. Diese Technologien wurden nicht nur in München angesiedelt, sondern sowohl in Franken als auch in Schwaben, Niederbayern und der Oberpfalz.

Meine Damen und Herren von der Opposition, nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir gerade, was die Hightech-Offensive angeht, einen Pflock eingeschlagen haben. Das gleiche gilt für die kommunalen Gründerzentren. Auch dort haben wir eine Politik gemacht, von der der Mittelstand profitiert.

Ich bin jetzt bei der Forschungspolitik; das passt nicht ganz zum Einzelplan 07. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie nach dem 22. September endlich einmal den Mut finden, durch eine dritte Teilgenehmigung den Forschungsreaktor Garching in Betrieb zu nehmen, um bayerischen mittelständischen Unternehmen, die in der Hochtechnologie engagiert sind, die Möglichkeit zu geben, dort zu forschen.

(Beifall bei der CSU)

Sie können doch keinem jungen Menschen mehr erklären, der an der Universität Kernphysik oder sonst etwas studiert und sich vielleicht mit dem Gedanken trägt, sich in diesem Lande selbstständig zu machen, dass Sie dazu beitragen, dass eine Investitionsruine steht, die am Tag eine Viertelmillion DM kostet.

(Beifall bei der CSU)

Da wir beim Thema Wirtschaftspolitik und Mittelstand sind – ich habe es vorhin in der Aktuellen Stunde schon angedeutet; man kann es Ihnen nicht oft genug sagen –: Sie haben in der Steuerpolitik die mittelstandsfeindlichste Politik betrieben, die je eine Bundesregierung gemacht hat.

(Beifall bei der CSU)

Dafür gibt es ein paar Beweise – einen habe ich Ihnen schon einmal vorgehalten. Man sucht immer Protagonisten oder Fans, die einem zjubeln, wenn man etwas macht. Das haben Sie hinsichtlich der Steuerpolitik auch gemacht. Ich entsinne mich noch an eine Anzeige im „Spiegel“, die Sie großmächtig veröffentlicht haben, als die Steuerreform der Bundesregierung auf den Weg gebracht worden ist. Ich habe Ihnen schon damals gesagt, dass ich eigentlich erwartet hätte, dass Sie einen Handwerksmeister, einen Einzelhändler oder jemand anderen finden, der diese Steuerpolitik für gut heißt. Wen hat die SPD-geführte Bundesregierung als Protagonisten für diese Steuerreform genommen? – Den Vorstandsvorsitzenden der Porsche AG, Wendelin Wiedeking. Ich weiß nicht, wo Ihre Zielgruppen liegen. Unsere Zielgruppe ist das nicht. Ich weiß nicht, ob Sie so viele Porschefahrer haben. Tatsache war aber: An diesem kleinen Beispiel hat man gemerkt, wo Ihr wahres Herz schlägt.

Man kann das an einem Punkt sehr deutlich machen. Der große Unterschied zwischen Ihnen und uns ist, dass Sie sagen: Wir wollen Unternehmen. Die CSU hat immer gesagt: Wir wollen Unternehmen, wir wollen aber auch Unternehmer. Wir wollen nach wie vor den persönlich verantwortlichen Unternehmer, während Sie lieber die Vorstandsvorsitzenden von Aktiengesellschaften und die freigestellten Betriebsräte haben. Das ist die große ideologische Auseinandersetzung zwischen Ihnen und uns in der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Man muss sich das einmal vorstellen: Im Jahr 2001 haben Sie die Aktiengesellschaften, die Kapitalgesellschaften, um sage und schreibe 6 Milliarden DM entlastet. Die Personengesellschaften wurden um 0,7 Milliarden DM entlastet. Das können Sie nachlesen. Gehen Sie einmal in Ihr Bundesfinanzministerium. Sie haben die Abschreibungsfähigkeit für geringfügige Wirtschaftsgüter verschlechtert. Sie haben die Beteiligungsgrenze, die Wesentlichkeitsgrenze der Unternehmensbeteiligungen für Kapitalbeteiligungen verschlechtert. Was ist denn daran schlimm, wenn sich eine Person selbstständig macht und jemand aus seiner Familie sagt: Ich trage mein Geld nicht zur Bank, sondern beteilige mich an diesem Unternehmen. Diese Leute haben Sie schlechter

gestellt, indem Sie diese Grenze auf 1% reduziert haben.

Ich könnte Ihnen noch Dutzende Beispiele nennen, bei denen Sie in der Steuerpolitik eklatant gegen den Mittelstand vorgegangen sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sollten deshalb den Begriff „Mittelstand“ nicht so oft in den Mund nehmen. Ich sage Ihnen: Wenn Sie mittelständische Strukturen fördern wollen, müssen Sie die Rahmenbedingungen im Steuerrecht und im Arbeitsrecht verbessern. Es reicht nicht, wenn Sie jemandem ein Schnitzel auf den Bauch legen. Davon wird diese Person nicht satt. Sie müssen ihr auch die Möglichkeit geben, zu essen. Das heißt in diesem Fall, dass Sie Rahmenbedingungen schaffen müssten, die das Investieren ermöglichen. Sie haben es geschafft, alle Investitionsanreize in der Bauwirtschaft, in der Großindustrie und der Automobilindustrie und anderen Bereichen zu vernachlässigen. Sie haben in diesem Land eine Stimmung erzeugt, in der der Privatmann nicht mehr konsumiert und der Unternehmer nicht mehr investiert. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Was erwarten wir von Ihnen konkret? – Wir erwarten im Interesse der bayerischen Unternehmer und des Mittelstandes, dass Sie schnellstmöglich die Ungleichbehandlung im Steuerrecht beseitigen und den Mut haben, beim Arbeitsmarkt und in der Arbeitsverwaltung wirklich anzupacken und nicht vor den Gewerkschaften einknicken. Bei den sozialen Sicherungssystemen müssen Sie Strukturreformen mutig anpacken und diese nicht auf morgen oder übermorgen verschieben. Außerdem sollten Sie in Berlin Rahmenbedingungen schaffen, dass die bayerische Mittelstandspolitik weiterhin erfolgreich sein kann. Keine Regierung in der Bundesrepublik hat so auf den Mittelstand gesetzt wie die Bayerische Staatsregierung. Sie haben in Berlin die entsprechenden Möglichkeiten. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie in der Steuerpolitik, der Arbeitspolitik und anderen Feldern aktiv werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Kollege Dr. Scholz.

Dr. Scholz (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Pschierer, am besten wäre es, wenn Sie die Vorschläge, die die SPD in Sachen „Mittelstand“ gemacht hat, nicht ablehnten, sondern sie annähmen. Dann hätten wir ein gutes Werk für den bayerischen Mittelstand getan.

(Pschierer (CSU): Das wäre ein Todesstoß!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem vorliegenden Haushalt gibt es eine interessante Position, nämlich die Reduzierung des Mittelstandskreditprogramms um 15% von 41 auf 35 Millionen Euro. Das Programm, das die tragende Säule für die Finanzierung des Mittelstands darstellt, wird also um 15% gekürzt. Die Begründung dafür – man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen – ist eine „zurückgehende Nachfrage“. Das bedeu-

tet, dass immer weniger Unternehmen, die solche Mittelstandskredite brauchen, entsprechende Anträge stellen.

Was ist der Hintergrund? – Der Hintergrund ist beileibe nicht die Konjunktur, wie das Herr Dr. Wiesheu neulich im Wirtschaftsausschuss sagte. Tatsache ist, dass sich die LfA mit ihrer Mittelstandsförderung voll hinter den Hausbanken versteckt. Deswegen gelingt es den mittelständischen Unternehmen überhaupt nicht mehr, mit einem solchen Kreditantrag bis zur LfA vorzudringen. Meiner Meinung nach ist der Mittelstand gerade jetzt – möglicherweise auch für Übergangszeiten – auf solche Konsolidierungsprogramme angewiesen. Das gilt auch für Unternehmen, die jetzt gegründet oder ausgebaut werden. Ich halte das für ein Armutszeugnis und für ein Zeugnis der Hilflosigkeit, wenn Sie lapidar feststellen, dass dieses Programm gekürzt werde, weil die Unternehmen nicht mehr die Möglichkeit hätten, ihre Anträge zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das Gegenteil ist der Fall. Mehr denn je bräuchten heute die Unternehmen diese Unterstützung. Ich möchte das etwas anschaulicher und praktischer darstellen: Die Schmidt-Bank wurde immer als Mittelstandsbank bezeichnet. Diese Bank hat teilweise Risiken auf sich genommen, die sie vielleicht nicht hätte eingehen sollen. Sie hatte aber die Funktion, solche Anträge bei der LfA zu stellen. Im Nürnberger Raum hatten wir vor kurzem folgenden Fall: Die neue Schmidt-Bank hat sich bei einem Kunden zurückgezogen. Dadurch sind 550 Arbeitsplätze in Gefahr. Dieser Kunde muss jetzt eine Hausbank finden. Er findet aber keine. Die Mittelstandsfinanzierung in Bayern ist arm dran. Die Staatsregierung ist hilflos und hat bisher für dieses Problem keine Lösung gefunden.

Dieses Problem hängt nur ganz entfernt mit Basel II zusammen. Der Grund liegt vielmehr in der mangelnden Bereitschaft zur Risikoübernahme, trotz der Haftungen von 70 bis 80%. In diesen Zirkel kommt man erst rein, wenn man eine Hausbank hat, eine Bank, die bereit ist, sich für den Mittelstand einzusetzen. Die Sparkassen und Raiffeisenbanken sind bereits an die Grenzen dessen gegangen, was sie tun können.

Nun zur Politik der Bayerischen Staatsregierung für den Mittelstand und den Auswirkungen dieser Politik. Herr Dingreiter hat heute ziemlich keck gesagt, die Bundesregierung würde eine Politik gegen die junge Generation betreiben. Davon wären auch die Zukunftschancen des Mittelstands betroffen. Ich sage Ihnen: Sie vernachlässigen im Rahmen Ihrer Schulpolitik die Hauptschulen und ignorieren die Tatsache, dass die Handwerkskammern und die IHKs warnend darauf hingewiesen haben, dass die Schulabgänger nicht mehr die nötigen Voraussetzungen haben, um eine Lehre durchzustehen. Sie schlagen diese Warnungen zu Lasten des Mittelstandes und insbesondere zu Lasten der Zukunftschancen junger Menschen in den Wind.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben vor 14 Tagen darüber diskutiert, Meistern die Möglichkeit zu geben, an die Hochschule zu gehen. 90% Ihrer Fraktion haben das

abgelehnt. Die Art, wie dies abgelehnt wurde und Ihre Argumentation kann ich nur als „elitäre Arroganz“ bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zu Ihrer Liebe zur Hightech-Zukunft, zu IT und Life Sciences. Der Ministerpräsident hat in einem Parforceritt über alle Köpfe hinweg beschlossen, dass die bayerische Zukunft in IT und in Life Sciences liegt und alles andere gefälligst hintan zu stehen hat.

(Hofmann (CSU): So ein Schmarrn!)

Das ist mit Zahlen zu beweisen. 70% der Mittel aus der Hightech-Offensive sind mit Informations- und Kommunikationstechnologie, Life Sciences, Biotechnologie usw. verbunden. Jetzt wackelt die IT-Branche weltweit. Die einseitige Festlegung auf diese beiden Bereiche und die verächtliche Behandlung der klassischen und arbeitsintensiven Bereiche ist eine schwere Belastung für die Zukunft, auch für unseren Haushalt. Jetzt zeigt sich nämlich, dass der Staatshaushalt – auch der Einzelplan 13 – sehr stark dadurch geprägt ist, dass die mit der Hightech-Offensive eingeleiteten Maßnahmen zu Lasten aller anderen – teilweise klassischen – Zukunftsbranchen gehen, also der Verkehrstechnik, Energietechnik, des Maschinenbaus, der stark im Kommen ist. Das sind die klassischen Branchen. Der Hinweis darauf, der jetzt vielleicht kommen könnte, dass man auch noch die Materialtechnik unterstützt, wäre zwar richtig, aber diese Unterstützung ist im Vergleich schon fast zu vernachlässigen.

Die Vorgabe, dass wir Europas Nr. 1 in der IT und in der Medientechnologie werden müssen und dass das Ganze in der Champions League stattzufinden hat, hemmt uns. Meine Damen und Herren von der CSU, die Champions League und Bayern sind auch nicht mehr das, was sie früher einmal waren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Loscher-Frühwald (CSU): Jetzt schon wieder!)

Diese einseitige Fixierung hat gefährliche Konsequenzen für unsere Zukunft und für unseren Haushalt.

Der Mittelstand hat von der Hightech-Offensive so gut wie überhaupt nicht profitiert. Die Arbeitsplatzwirkung ist unsicher, wie die Zahlen zeigen. Im Oktober 1994 betrug die Zahl der Arbeitslosen in Bayern 327 000, im Oktober 2002 375 000. Das sind 15% mehr als zu Beginn des Jahres 1999; das war in der vorletzten Periode.

Es besteht die Gefahr, dass die Durchsetzung dieser einseitigen Vorstellungen des Ministerpräsidenten den übrigen Haushalt belasten und dass Bereiche Federn lassen müssen, die arbeitsplatzwirksam wären. Herr Wiesheu, wie schaut denn Ihr Haushalt künftig aus, wenn Minister Falthäuser weitere Einschnitte verlangt? Kürzen Sie dann das Mittelstandskreditprogramm mangels Nachfrage noch weiter zu Lasten des Mittelstands in Bayern? – Das wäre das Schlimmste, was dem Mittelstand in Bayern passieren könnte.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Kollege Rotter hat um das Wort gebeten.

Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs Herrn Dr. Runge widersprechen, der von einem Missbrauch der Nahverkehrsmittel gesprochen hat. Er hat das Busförderprogramm angesprochen und das Schnittstellenprogramm erwähnt. Er hat gesagt, das wäre noch akzeptabel, weil es zwar nicht dem Schienen-, aber doch dem ÖPNV dient. Sie haben ausdrücklich Neu-Ulm 21 genannt. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Maßnahme Neu-Ulm 21 beileibe nicht allein dem Fernverkehr dient, sondern dass davon drei Nahverkehrsstrecken entscheidend betroffen sind, nämlich von Ulm nach Kempten, von Ulm nach Augsburg und von Ulm nach Donauwörth – Ingolstadt – Regensburg. Das sind Nahverkehrsstrecken.

(Unruhe)

Dadurch, dass im Rahmen der Maßnahme Neu-Ulm 21 eine viergleisige Donaubrücke neu gebaut wird, kann mehr Kapazität geschaffen und können die Anschlussbeziehungen im Nahverkehr wesentlich verbessert werden. Deshalb ist das keineswegs ein Missbrauch, wenn diese Maßnahmen aus Nahverkehrsmitteln vorfinanziert werden.

Sie haben auch die Transrapid-Planung angesprochen. Es trifft zwar zu, dass der Flughafen von der Stadt München relativ weit entfernt ist. Dennoch wäre eine Strecke vom Hauptbahnhof zum Flughafen immer noch als Nahverkehr zu betrachten. Deswegen kann man auch Planungsmittel dafür verwenden.

Die Ifo-Prognose für Bayern sagt eine Steigerung des Personenverkehrs bis zum Jahr 2015 um 27% und des Güterverkehrs um 80% voraus. Das bedeutet, dass wir eine ausreichende und stabile Finanzierung der notwendigen Verkehrsinfrastruktur benötigen. Sonderaktionen des Bundes wie das so genannte Antistauprogramm oder das Zukunftsinvestitionsprogramm wirken nur begrenzt. Eine langfristige Verlässlichkeit ist für die Planung und den Ausbau des Schienennetzes unerlässlich; sonst passiert es immer wieder, dass Mittel nicht abgerufen werden. Vor wenigen Tagen konnten wir lesen, dass die DB Netz AG auch heuer wieder Probleme haben wird, die gesamten zur Verfügung gestellten Mittel zu verbauen. Ohne eine zuverlässige Finanzierung für die Zukunft bleibt der Ausbau lediglich Stückwerk.

Auch nach dem 22. September 2002 ist die Schieneninfrastruktur weiterhin unterfinanziert. Dies ist umso verständlicher, als gerade der Aus- und Neubau von Straßen- und Schienenstrecken das beste Konjunkturprogramm wäre. Dem Bau geht es dramatisch schlecht. Gerade der Bau – der Tiefbau genauso wie der Hochbau – war früher immer die Konjunkturlokomotive.

Präsident Böhm: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Runge? –

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Rotter, ich greife auf Äußerungen Ihres Beitrags zurück, die Sie vor etwa einer Minute gemacht haben. Sie haben gesagt, der Transrapid würde sich nur auf einer Strecke von 35 Kilometern bewegen, wäre deshalb ein Nahverkehrsmittel, und deswegen könnte man für die Finanzierung Nahverkehrsmittel einsetzen. Wie beurteilen Sie denn die Aussage von Minister Dr. Wiesheu, der in Beantwortung einer Anfrage von mir gesagt hat, dass die Magnetschnellbahn kein Nahverkehrsmittel sei und Bau und Finanzierung allein Aufgabe des Bundes seien? Das ist nachzulesen in der Landtagsdrucksache 14/5439 auf Seite 3. Ist das jetzt ein Nahverkehrsmittel, wie Sie und Ihr Kollege Dinglreiter behaupten – Herr Dinglreiter hat sogar von Schienennahverkehrsmittel gesprochen –, oder hat Ihr Minister Recht?

Rotter (CSU): Herr Kollege Dr. Runge, grundsätzlich hat der Herr Minister natürlich immer Recht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sie wissen ganz genau, dass der Transrapid aus mehreren Gründen für Bayern unerlässlich ist. Wir würden damit ein wichtiges Verkehrsmittel schaffen für Umsteiger, die mit dem Schienenverkehr am Hauptbahnhof ankommen und zum Flughafen wollen. So gesehen, ist das sicher berechtigt. Der Transrapid vom Hauptbahnhof zum Flughafen hat aber nicht nur die Bedeutung eines Nahverkehrsmittels.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war gerade dabei auszuführen, dass es unverständlich ist, dass der Bund nicht die Chance zur Wirtschaftsbelebung dadurch nutzt, dass er verstärkt Mittel in die Bauwirtschaft pumpt. Im Gegenteil: Der Wohnungsbau wird abgewürgt; das haben wir heute in der Aktuellen Stunde schon gehört.

Der Bund verschiebt die Lasten im Schienenverkehr zum Nachteil der Länder. Das sehen wir zum einen daran, dass bei der Umsetzung von Baumaßnahmen nach § 8 Abs. 2 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes Schienenpersonennahverkehrsvorhaben weitgehend dadurch blockiert werden, dass der Bund dafür nur zinslose Darlehen gibt, welche die DB AG innerhalb von 20 Jahren zurückzahlen muss.

Damit scheitern die klassischen Nahverkehrsertüchtigungen, die nur über das Bundesschienenwegeausbaugesetz finanzierbar wären an den Wirtschaftlichkeitsberechnungen der DB AG. Im Landtag wird dann immer wieder die Forderung gestellt, derartige Nahverkehrsstrecken trotzdem zu ertüchtigen oder gar den Personenverkehr auf stillgelegten Strecken wieder aufzunehmen. In einem solchen Fall müssten aber die Länder unwirtschaftliche Teile der Investitionen finanzieren. Das widerspricht jedoch ausdrücklich der Verantwortlichkeit des Bundes.

Zu den Kürzungen im Fernverkehr. Die DB AG will – und hat dies mit dem neuen Fahrplan, der zum 15. Dezem-

ber in Kraft treten wird, bereits umgesetzt – 40 Millionen von 180 Millionen Zugkilometern bundesweit streichen, wobei vor allem die über Jahre hinweg vernachlässigten Interregiolinien betroffen sind. Der Bund schiebt mit dem Verweis auf die Eigenverantwortlichkeit die Verantwortung allein auf die DB AG. So einfach geht es nicht. Das ist unredlich; denn der Bund hat als Aufgabenträger für Fernverkehr eine Gemeinwohlverpflichtung, kommt aber seiner Aufgabenverantwortung gerade für den schwachströmigen Fernverkehr nicht nach. Der Bund wäre hier gefordert, will aber stattdessen die Interregiolinien bzw. die Ersatzverkehre für die Interregiozüge den Ländern aufs Auge drücken, ohne dafür einen Ausgleich zu bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, derzeit wird der Verkehrsdurchführungsvertrag mit der DB AG verhandelt, erfreulicherweise unter stärkerer Mitwirkung und Beteiligung des Landtages, als dies beim ersten Verkehrsdurchführungsvertrag der Fall war. Herr Minister, ich danke ausdrücklich dafür, dass das Parlament hier mit einbezogen ist.

Wir begrüßen es, dass der Freistaat Bayern einen neuen Zehnjahresvertrag anstrebt. Dadurch erhält auf der einen Seite die DB AG Planungssicherheit; auf der anderen Seite ist das langfristige Konzept wichtig für die Entwicklung von Bestellungen. Man wird hier grundlegende Qualitätsziele festlegen, zum Beispiel die Pünktlichkeit. In jedem Falle sollten wir – auch das ist beabsichtigt – die Vertragsstrafregelungen als wirksames Druckmittel fortsetzen und verstärkt nutzen. Es ist sicher richtig und sinnvoll, wie geplant die Investitionen in die Infrastruktur in den Vertrag mit einzubeziehen und ein verbindliches Konzept von der DB AG zu verlangen, wenn man ihr schon für zehn Jahre den Großteil der bayerischen Regionalverkehre überträgt.

Sehr positiv ist es, dass die DB Regio nach und nach in neue Fahrzeuge investiert und diese auf die Schiene stellt und einsetzt, wenn auch mit gewissen Anlaufschwierigkeiten. Die Freude ist aber leider nicht ungegründet, da die neuen Fahrzeuge häufig Kapazitätsprobleme aufweisen. Man denke nur an die Neigetriebzüge VT 612 oder an die Probleme, die bei der Fahrradbeförderung entstehen, weil nicht ausreichend Raum vorhanden ist. Herr Minister, wir haben Sie bereits im Ausschuss darum gebeten – ich will das hier wiederholen –, dass die Interessen von Fahrradfahrern und Pendlern berücksichtigt werden, sodass nicht Stehplätze in den neuen Zügen die Verbesserung darstellen. Dann lieber in den alten Zügen sitzen, als in den neuen Zügen stehen.

Abschließend möchte ich auf die neuen Bahnpreise zu sprechen kommen, auch wenn diese sich nicht im unmittelbaren Einflussbereich des bayerischen Verkehrsministers befinden. Bei allen Fortschritten, die dieses neue Preissystem für den Fernverkehr bringen mag, für Pendler im Nahverkehr ist es mit gravierenden Nachteilen verbunden.

(Dr. Goppel (CSU): Für Geschäftsreisende auch!)

– Richtig. Man kann nicht so kurzfristig planen, ist auf bestimmte Züge festgelegt und kann daher die Frühbucherrabatte nicht in Anspruch nehmen.

Aus bayerischer Sicht interessieren wir uns ganz besonders für den Nahverkehr. Die Pendler haben zu beklagen, dass der Bahncardrabatt nur noch 25% gegenüber jetzt 50% beträgt. Nachdem weite Teile Bayerns fernverkehrsfreie Zone sind, schlägt das besonders zu Buche. Ich möchte deshalb im Zuge dieser Haushaltsdebatte ausdrücklich daran erinnern und die Bitte äußern, dass seitens des Freistaates Bayern darüber nachgedacht wird, womöglich eine Bayern-Bahncard zu schaffen oder auf die DB AG einzuwirken, damit die Rabattierung im Nahverkehr bei 50% bleibt, so wie das bisher der Fall ist.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend ist es als sehr erfreulich zu bezeichnen, dass Bayern das Leistungsangebot im Schienenpersonennahverkehr bedarfsgerecht weiterentwickeln wird. Zum Fahrplanwechsel in vier Wochen werden noch einmal 1,2 Millionen Zugkilometer zusätzlich gefahren werden. Sehr erfreulich ist auch, dass der Haushaltsansatz für die ÖPNV-Zuweisungen in den kommenden beiden Haushaltsjahren mit jeweils 75 Millionen € auf dem hohen Vorjahresniveau erhalten bleibt, was angesichts der schwierigen Haushaltslage nicht selbstverständlich ist. Die CSU-Fraktion wird die erfolgreiche Verkehrspolitik der Bayerischen Staatsregierung weiter mitgestalten.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden kurzen Stellungnahme hat der Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie das Wort.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich will auf ein paar Punkte eingehen, die klargestellt werden sollen, obwohl sie den meisten klar sein dürften. Immer wieder hört man das Argument vom Nord-Süd-Gefälle. Es werden von der Opposition Verdienst und Einkommen genannt, aber der Vergleich mit der Kaufkraft kommt nie. Das ist seltsam.

Beim Nord-Süd-Gefälle wird Nordostoberfranken mit dem Süden Bayerns verglichen. Sie sollten auch einmal einen Vergleich mit dem Westen anstellen, zum Beispiel mit Westoberfranken oder Unterfranken. Man kann dann auch von einem West-Ost-Gefälle reden. Ich weiß nicht, was diese Kategorien sollen. Vielleicht bringen Sie auch die Himmelsrichtungen durcheinander.

Es gibt in der Tat ein paar schwächere Regionen, aber von einem generellen Süd-Nord-Gefälle in Bayern zu reden, ist Blech und bleibt Blech. Man kann von spezifischen Problemen in einigen Regionen sprechen. Wenn man Hof mit Würzburg oder dem Untermain vergleicht, stellt man fest, dass die Dinge völlig unterschiedlich liegen. Ich habe aber noch keinen hier gesehen, der von einem West-Ost-Gefälle redet. Was Sie unterstellen wol-

len, ist klar: Sie wollen eine Benachteiligung des gesamten nordbayerischen Raums unterstellen, aber das ist falsch. Deswegen sollte man das korrigieren.

Ich komme zu den Disparitäten im Land und zu dem Vergleich mit Baden-Württemberg. Herr Dr. Kaiser, wenn es Ihnen noch nicht aufgefallen ist: Baden-Württemberg hatte nie – weder im Westen noch im Osten noch im Norden oder Süden – Grenzlandfunktion im Sinne eines Landes am Eisernen Vorhang. Deshalb hat Baden-Württemberg nie diese Probleme wie Bayern gehabt und ist auch nicht zum Vergleich heranzuziehen.

Es gibt einige SPD-regierte Länder – ich habe ein paar Vergleichskarten anfertigen lassen –, die keine Regionen mit einer Arbeitslosigkeit von 3% oder 4% haben. Dort fängt die Arbeitslosigkeit bei 7% an und hört bei 12% auf. Die Disparität ist sicher geringer, aber die Lage ist dort durchweg schlechter. Das sind Länder, in denen die Situation im Landesdurchschnitt schlechter ist als bei uns in Oberfranken. Ich weiß nicht, wie Sie da mit Disparität argumentieren wollen. Nach sozialistischen Vorstellungen sind alle gleich, wenn keiner mehr etwas hat.

(Frau Radermacher (SPD): Primitiver geht es nicht!)

– So primitiv argumentieren Sie doch.

(Beifall bei der CSU)

Wenn die Arbeitslosigkeit in allen Ländern bei über 10% liegt, gibt es keine Disparität mehr. Das ist offensichtlich Ihre Traumvorstellung. Warum sonst reden Sie denn so kariert daher von der Disparität?

(Beifall bei der CSU)

Die SPD-regierten Länder wären doch froh, wenn sie solche Disparitäten hätten, weil sie dann Regionen hätten, die besser dran sind als andere.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Da werden sich die Oberfranken bedanken!)

– Noch einmal: Die Zahlen in Oberfranken sind besser als der Landesdurchschnitt von 12 Ländern, die in der Regel SPD-regiert sind. Das ist sozialistische Mathematik, wenn ich so sagen darf. Ich kann Ihnen das noch öfter erklären.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD))

– Mein Gott. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Sie sagen, die Arbeitslosigkeit ist in Bayern stärker gestiegen als in anderen Ländern.

Noch einmal: Wenn in Bayern die Arbeitslosigkeit von 5 auf 6 Prozentpunkte steigt, steigt sie um 20%. Wenn sie in Nordrhein-Westfalen von 10 auf 11 Prozentpunkte steigt, steigt sie um 10%. Sie steigt schwächer an und deswegen ist nach Meinung der SPD Nordrhein-Westfalen ökonomisch das bessere Land.

(Lachen bei der CSU – Hofmann (CSU): Obwohl es über 800 000 Arbeitslose gibt!)

Das ist SPD-Logik. Das ist Ihre Mathematik. Dazu kann ich nur sagen: So lange bei der SPD so geredet wird, tue ich mich hart, mit den Herren eine ernsthafte Auseinandersetzung zu führen.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Kaiser hat gesagt, man müsse Optimismus verbreiten.

(Dr. Goppel (CSU): 20 Jahre lang wurde die Situation schlechtgeredet!)

Das ist alles schön und gut. Sie brauchen einen ganzen Haufen Ignoranten, wenn Sie trotz der Regierungspolitik in Berlin noch Optimismus verbreiten wollen.

(Beifall bei der CSU)

Gehen Sie doch zu einem Wirtschaftsverband und verbreiten dort Optimismus. Die schicken Ihnen den „Gummiwagen“.

(Lachen bei der CSU)

Und zwar auf der Stelle. Das ist leider so.

Das Allerschönste ist, dass dieser Vorschlag vom Kollegen Kaiser gemacht wurde. Vor der Wahl – die Presseartikel können zugesandt werden – sind Sie, Herr Kollege Kaiser, von Regierungsbezirk zu Regierungsbezirk gezogen und haben jedem erklärt, dass er der schlechteste in Bayern sei. Das bezeichnen Sie anscheinend als Verbreitung von Optimismus – mein Gott!

(Beifall bei der CSU)

Vor der Wahl haben Sie Optimismus verbreitet. Eichel hat erzählt, er habe eine Milliarde € Spielraum im Haushalt. Wo ist dieser hingekommen? – Verschwunden.

Die SPD hat in den Debatten gesagt, Renten- und Krankenversicherung müssten nicht erhöht werden. Wo sind die Fakten jetzt? – Alle weg.

Die SPD hat gesagt, wir hätten keine Probleme bei der Zukunftssicherung. Wo sind die Daten hingekommen? Wegen der Renten hieß es vor einem Jahr, das sei eine riesige Reform und für zehn Jahre blieben die Beiträge stabil. Was ist jetzt los? – Sie haben vor der Wahl keine gute Stimmung verbreitet; Sie haben Lügen verbreitet.

(Beifall bei der CSU – Dr. Kaiser (SPD): Sprache ist verräterisch! – Sie sind ein schlechter Wahlverlierer!)

– Ich gehe auf Ihre Argumente ein. Ich gehe nicht ganz auf Ihre Sprache aber auf Ihre Argumente ein.

Ich verstehe, dass die SPD uns empfiehlt, wir sollten gute Stimmung verbreiten, weil euch kein Mensch mehr etwas glaubt.

(Beifall bei der CSU – Dr. Kaiser (SPD): Ein schlechter Wahlverlierer!)

Kollege Runge hat gemeint, ich hätte die Rede mit etwas wenig Leidenschaft vorgetragen. Herr Kollege Runge, Ihre Rede war so „witzig und leidenschaftlich“, dass ich „flach auf der Regierungsbank gelegen“ bin. Ihre Rede war „ungeheuer stark“.

(Beifall bei der CSU)

Ich hatte das Problem, dass ich in der Haushaltsrede von 30 Minuten alles Wesentliche darlegen musste. Deshalb war ich gezwungen, die Dinge zügig abzuhandeln. Mir gefällt das auch nicht. Ich habe mich aber an diesen Rahmen zu halten. Zusätzlich möchte ich vermeiden, dass ich von allen möglichen Rednern der Opposition gesagt bekomme, zu diesem und jenem hätte ich nichts gesagt – die alte Litanei.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Goppel (CSU))

Für Herrn Runge muss ich ebenfalls ein paar Zahlen wiederholen. Er kennt sie wahrscheinlich, andre aber nicht. Im Jahre 1996 wurde der Beschäftigungspakt Bayern beschlossen und dabei das Ziel – nicht das Versprechen – angestrebt, gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Dieses Ziel wurde gemäß der Statistik nicht erreicht. Gemessen an 1996 haben wir in Bayern erheblich mehr neue Arbeitsplätze geschaffen als zum Erreichen dieses Zieles nach dem Status 1996 notwendig gewesen wäre. Warum sagt die Statistik anderes? – Weil wir seit 1993 eine Zuwanderung von 344 000 und derzeit 99 000 Einpendler von den neuen Bundesländern haben. Die Zuwanderung und die Einpendlerei sind also schneller „gelaufen“ als die neuen Arbeitsplätze die Situation hätten verändern können. Gemessen am Status quo 1996 haben wir das Ziel des Beschäftigungspaktes übertroffen. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CSU – Gabsteiger (CSU): Darauf kann man stolz sein!)

Nun zur Kreditnachfrage bei der LfA. Herr Scholz, ich dachte, Sie hätten dieses Problem in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie verstanden. Ich glaube auch, dass Sie es verstanden haben. Aber Sie spielen die alte Platte.

Die Nachfrage nach dem Mittelstandskreditprogramm geht zurück, weil die Investitionen bei Klein- und Mittelbetrieben zurückgehen. Das habe nicht ich erfunden. Lesen Sie die Statistik nach, die die Sparkassen für ganz Deutschland ausgearbeitet haben. Die Investitionen sind messbar zurückgegangen. Die Betriebe machen nur noch Ersatzinvestitionen, zum Teil Rationalisierungsinvestitionen, fast keine Erneuerungsinvestitionen und praktisch keine Erweiterungsinvestitionen. Das ist die Realität. Deshalb ist die Beanspruchung des Mittelstandskreditprogramms zurückgegangen.

Ich habe es vornehm ausgedrückt und erklärt, dies sei konjunkturbedingt. Ich kann es Ihnen aber auch klarer sagen, damit auch Sie es verstehen: Wegen der miserablen Steuerpolitik der Bundesregierung speziell für die Personengesellschaften, durch die zusätzlichen Belastungen, gesetzliche Regulierungen, die die Bürokratie

verschärft haben, für die Klein- und Mittelbetriebe, haben diese auf Investitionen verzichtet und den Betrieb lieber kleiner, überschaubarer gehalten, weil es weniger Ärger, Arbeit und Verdruss macht. Motto: Die Rechnung wird schon stimmen. Für den Betrieb stimmt das vielleicht, für die Beschäftigten nicht. Das waren Folgen der falschen Weichenstellung der rot-grünen Bundesregierung. Nun bestand nach der Bundestagswahl die Hoffnung, dass dies korrigiert wird. Sie haben es nicht korrigiert. Deshalb ist bei der Bevölkerung das Entsetzen so groß. Schauen Sie sich bei den Leuten um, Sie werden in Deutschland niemand mehr finden, der SPD und GRÜNEN gewählt hat.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Frau Münzel und Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es will doch niemand mehr etwas mit der Politik zu tun haben, die jetzt läuft.

Herr Scholz hat noch das Hausbank-Prinzip angesprochen. Würde die LfA Kredit direkt vergeben, müsste sie gemäß dem Bankenrecht die Sicherheiten genauso prüfen wie die Hausbank. Dem käme sie nicht aus. Tut sie es nicht, kommt morgen die Bankenaufsicht und „hebt die Kameraden aus ihren Posten“. Die LfA ist auch eine Bank und darf die Kredite nicht „freihändig“ vergeben. Sie muss genauso wie die Hausbanken prüfen. Deshalb bringt die Aufhebung des Hausbank-Prinzips keine Veränderung bei der Kreditvergabe sondern erschwert den gesamten Ablauf.

Wer meint, dass er die Hightech-Politik angreifen muss, hat gar nichts verstanden. Die Entwicklung der Arbeitsplätze in unserem Land und auch deutschlandweit zeigt, dass seit 1996 von den neuen Arbeitsplätzen in Deutschland 40% in Bayern, 30% in Baden-Württemberg und der Rest im übrigen Deutschland entstanden sind. Bayern und Baden-Württemberg haben 50% der Patentanmeldungen, Nordrhein-Westfalen mit 18 Millionen Einwohnern liegt unter 20%.

Ebenso habe ich vorhin die Betriebsgründungen genannt. Ich will die Zahlen nicht wiederholen. Mit der Bildungs- und Innovationspolitik und der Forschungs- und Entwicklungspolitik, die wir betreiben, haben wir den hohen Kreativitäts- und Leistungsstand erreicht. Mit der Offensive Zukunft Bayern I und der Hightech-Initiative haben wir die Impulse gegeben. Das sollten andere Länder auch tun; das sollte der Bund auch tun, dann hätten wir in Deutschland eine bessere Situation.

(Beifall bei der CSU)

Informations- und Kommunikationstechnik, Bio- und Gentechnik und Materialwissenschaften sind Querschnittstechnologien, die man im Automobilbau, im Maschinenbau und bei weiteren Sektoren brauchen kann. Die Softwareentwicklung ist nicht nur eine Sparte, sondern die Software wird in jedem Betrieb gebraucht, der produziert oder Dienstleistungen gestaltet. Wer noch nicht erkannt hat, dass unsere Wirtschaft moderner, wettbewerbsfähiger und exportstärker geworden ist, hat die Bedeutung der Innovationspolitik noch nicht kapiert.

Wir fahren eine Doppelstrategie: Mit der Bestandspflege wird nach Möglichkeit das erhalten, was besteht. Dazu braucht es vernünftige Rahmenbedingungen. Außerdem brauchen wir Innovationen.

Es wird von Innovation gesprochen. Was wegbriecht, muss neu entstehen. Wer nur Bestandspflege betreibt, wird vieles nicht halten können. Wer Innovation vergisst, der nutzt die neuen Chancen nicht, die wir brauchen.

Letzter Punkt: Der Transrapid ist nach unserer Meinung Fernverkehr, darum muss ihn auch der Bund bezahlen. Das ist unser Standpunkt. Der Bund sagt, der Transrapid zähle zum Nahverkehr, denn er will die Zahlungen auf die Länder abwälzen. Das ist der ganze Streitpunkt. Es wäre mir sehr recht, wenn Kollege Runge seinen Einfluss nutzen würde, um den Bund zu der Ansicht zu bringen, der Transrapid sei ein Fernverkehrsmittel.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wir werden es uns überlegen!)

– Sie wollen es sich überlegen. Aber eines müssen Sie sich nicht mehr überlegen: GRÜN hat Sprüche gemacht: „Wenn wir den Transrapid verhindern, fließt das ganze Geld in die S-Bahn.“ In der Koalitionsvereinbarung finden Sie dazu keinen Satz und kein Wort. Wenn das Thema kippt, dann wird Eichel das Geld kassieren. Für die S-Bahn läuft dann nichts.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wir wissen doch selbst, was im Koalitionsvertrag steht!)

Sie haben auch in diesem Punkt seit Monaten die Bevölkerung belogen.

(Beifall bei der CSU)

Noch etwas: Wenn der Transrapid nicht realisiert würde, bräuchten wir eine Express-S-Bahn. Wir brauchen in München den zweiten S-Bahn-Tunnel und bräuchten dann zusätzlich die Express-S-Bahn. Das sind zwei Großprojekte. Der Bund sagt aber, die Realisierung zweier Großprojekte im gleichen Zeitraum wird nicht drin sein. Das bedeutet bei einem Wegfall des Transrapid, dass wir Probleme beim S-Bahn-Ausbau hätten, wenn wir das zweite Projekt realisieren wollten. Es ist gerade umgekehrt: Wenn wir den Transrapid bekommen – aus dem Topf finanziert, der beim Bund vorhanden ist –, dann haben wir genügend Mittel, um die S-Bahn-Projekte zu realisieren. Bekommen wir den Transrapid nicht, wird es bei der S-Bahn eng. Das ist die Realität. Ich wundere mich immer, warum man das auf Seiten der SPD und der GRÜNEN nicht sehen will.

Letzter Punkt: Was wir brauchen, ist eine andere Weichenstellung bei Steuern, bei Abgaben und auf dem Arbeitsmarkt. Hier gehören Fakten geschaffen. Nur über die Fakten schaffen Sie eine andere Psychologie in der Wirtschaft. Sie werden doch nicht glauben, dass man die Fakten ins Negative treiben kann und sich auf der anderen Seite eine positive Stimmung entwickelt. Eine positive Stimmung in der Wirtschaft baut sich auf Fakten auf. Dass Sie sich bei den Fakten schwer tun, weil Sie in die

falsche Richtung laufen, ist bekannt. Nur haben Sie auch das Vertrauen in der Bevölkerung und in der Wirtschaft verspielt. Wer so gelogen und betrogen hat wie Sie im Wahlkampf, der muss sich nicht wundern, wenn in der Wirtschaft eine Riesenenttäuschung vorhanden ist.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2003/2004, Einzelplan 07, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/10475 zugrunde. Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/10475 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 07 entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 07 mit dem vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 132 Absatz 5 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor: „Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Ebenso nicht. Dann ist das so beschlossen.“

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 14/10475 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 14/10420 seine Erledigung gefunden hat. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis. Die Beratung des Einzelplan 07 ist abgeschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 6 a

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Wilhelm, Welthofer und anderer (CSU)

zur Änderung des Bayerischen Begabtenförderungsgesetzes und des Gesetzes zur Förderung des

wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Drucksache 14/10496)

– Erste Lesung –

Wie ich gehört habe, wird der Antrag nicht begründet. Es wird darüber nicht gesprochen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 6 b

Gesetzentwurf der Abgeordneten Peters, Lück, Volkmann und anderer (SPD)

zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Drucksache 14/10710)

– Erste Lesung –

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Kollegin Peters.

Frau Peters (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Einmal in einer Legislaturperiode muss es sein: die Behandlung der Zweitwohnungssteuer. Ich habe heute Nachmittag den Kollegen Meyer auf dem Gang gefragt: Wie schaut es denn aus? Er hat gemeint: „Nein, nicht schon wieder die Steuern erhöhen.“ Herr Haedke, auch so ein Steuerweiser, hat es schon in der Presse mitgeteilt.

Wichtig ist, dass man klarstellt: Es geht darum, dass die Gemeinden, die Städte, selber entscheiden können, ob sie die Steuer wollen oder ob sie sie nicht wollen. Es entsteht bei Ihnen der Eindruck, dass Sie es den Kommunen nicht zutrauen, selber entscheiden zu können. Das kann doch einfach nicht wahr sein.

(Herrmann (CSU): Ihnen trauen wir nichts zu! Da haben Sie Recht!)

Wenn man zum Beispiel an Niederbayern denkt, weiß man ja, wer in den Gemeinderäten die Mehrheit hat. Gerade dort müssten Sie Vertrauen in Ihre Basis haben. Sie müssten wissen, was Sie tun können. Wir streiten im Bayerischen Landtag über Kürzungen – ob das bei der Schülerbeförderung, beim kommunalen Straßenbau oder bei Wasser und Abwasser ist. Auf der anderen Seite sagen Sie, die Kinderbetreuung könnten die Gemeinden noch zusätzlich finanzieren. Sie muten den Kommunen eine ganze Menge zu – Kürzungen und mehr Leistungen –, aber wenn es um mehr Geld geht, über das die Kommunen selber entscheiden können, dann sagen Sie: „Das können unsere Gemeinde- und Stadträte nicht.“ Dabei müssen die Kommunen mit Ihrer Politik der Kürzungen und Leistungserweiterungen fertig werden.

Ich lese heute in der Zeitung, Herr Glück habe gesagt, die Gemeinden sollten die Vereine nicht im Stich lassen.

Ich denke manchmal, ich bin im falschen Film: Kürzungen und Leistungserweiterungen und dann noch sagen, die Vereine dürften nicht im Stich gelassen werden. Wir wissen doch alle: Wenn die Zuführung zum Vermögenshaushalt nicht mehr geleistet werden kann, muss bei den freiwilligen Leistungen gekürzt bzw. müssen solche sogar gestrichen werden.

Ich darf mich zu Recht fragen, nach welcher Mathematik Sie rechnen. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetages befindet ebenso: „Wir stehen mit dem Rücken an der Wand“ und belegt das auch mit Hochrechnungen, Herr Kollege Meyer. Er hat errechnet, dass die Bagatellsteuern im Gesamten genau 250 Millionen Euro ergeben würden. 250 Millionen Euro für Vereine oder die Kinderbetreuung. Ist das kein Geld, ist das eine Bagatelle?

Es stimmt nicht, Kolleginnen und Kollegen, dass wir in Bayern damit einen Sonderweg beschreiten würden. Bundesweit trauen die Parlamente ihren Kommunen mehr zu. Bundesweit betragen die Einnahmen aus den Bagatellsteuern 1,6 Milliarden € oder – umgerechnet in DM – zirka 3,2 Milliarden DM. Das ist doch gutes Geld, vor allem dann, wenn es für die Vereine oder für die Kinderbetreuung verwendet wird.

Ich darf Ihnen noch ein Beispiel aus meinem Stimmkreis nennen.

(Hofmann (CSU): Haben Sie überhaupt einen Stimmkreis?)

– Ja, in Bad Füssing, das ist der Stimmkreis Passau-West, das Bäderdreieck, Herr Hofmann.

(Hofmann (CSU): Den haben Sie doch nicht gewonnen!)

– Sie müssen aber damit leben, dass es auch noch ein paar Sozis gibt, auch wenn es Ihnen nicht so gefällt, Herr Hofmann, aber Sie gewöhnen sich noch daran.

In diesem Stimmkreis gibt es 6352 Wohnungen, davon sind 2200 Zweitwohnungen. Wenn man diese Wohnungen mit einer Zweitwohnungssteuer, nämlich einer Pauschale von 385 DM oder rund 200 € belegen würde – wir gehen von einer Pauschale aus, in anderen Bundesländern gibt es als Steuersatz einen Anteil an der Nettojahresmiete –, dann würden wir 440 000 € oder eine runde Million Mark einnehmen. Das ist doch gutes Geld, das wir nicht mehr als Bagatelleinnahme bezeichnen können.

Herr Glück hat dafür sehr viel Verständnis. So steht zum Beispiel heute in der „Süddeutschen Zeitung“ zu lesen:

Wer aber das Subsidiaritätsprinzip, also die Verlagerung von Verantwortung nach unten, ernst nehme, müsse den Kommunen mehr Kompetenzen zugestehen, auch beim Ausschöpfen von Finanzquellen. „Ich bin dafür, dass wir das früher oder später den Kommunen freistellen“.

So wird der Fraktionsvorsitzende Glück zitiert. Weiter ist zu lesen, dass auch der Chef der Staatskanzlei, Huber, keine Probleme sehe – –

Präsident Böhm: Ich sehe aber Probleme mit der Zeit, Frau Peters.

Frau Peters (SPD): Ich bin gleich fertig, Herr Präsident. Staatskanzleichef Huber sagt, diese Linie sei kein Freibrief für Steuererhöhungen, sondern ein „Vertrauensbeweis für Kommunalpolitiker“. Wir müssen es jetzt nicht bewerten, ob eine Million DM für einen Badeort in Niederbayern noch eine Bagatelle ist. Ich bitte Sie, es sich sehr gut zu überlegen, ob man nicht eine spezielle Regelung für die Bäder schaffen könnte, wenn Sie sonst der Zweitwohnungssteuer schon nicht zustimmen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass ich die Aussprache jetzt kurz unterbreche, um den Tagesordnungspunkt 8 aufzurufen. Darüber müssen wir nämlich vor 20 Uhr noch abstimmen. Beim anderen Tagesordnungspunkt wird nur verwiesen. Deswegen rufe ich jetzt auf:

Tagesordnungspunkt 8

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 63 Absatz 6 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Verfassungstreitigkeiten und zu den Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir fahren fort in der Aussprache zum Tagesordnungspunkt 6 b). Herr Kollege Ettengruber hat das Wort. Fünf Minuten beträgt Ihre Redezeit.

Ettengruber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es ganz kurz machen. Rot-Grün in Berlin hat es innerhalb von vier Jahren geschafft, die finanzielle Basis der Kommunen in Bayern und in Deutschland zu zerstören.

(Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Dr. Baumann (SPD): Stimmt nicht! Seit 93, seit der Regierung Kohl zahlt BMW keine Steuern mehr!)

Ursachen dafür sind eine miserable Wirtschaftspolitik, eine verfehlte Steuerpolitik und viele neue Belastungen, die ohne vernünftige Gegenfinanzierung auf die Kommunen zugekommen sind. Die Kommunen stehen dank der Politik von Rot-Grün mit dem Rücken an der Wand. Sie stehen vor einem Scherbenhaufen und können ihre verfassungsmäßigen Aufgaben nicht mehr erfüllen.

(Beifall bei der CSU)

In dieser Situation hilft nur eine umfassende Gemeindefinanzreform, die uns hoffentlich bald vorgelegt werden wird. Die Kommission, die hierzu eingesetzt ist, tagt offensichtlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Man hört und sieht nichts von ihr.

Die Kommunen brauchen eine Finanzplanungssicherheit, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Ihre Einnahmen dürfen nicht vom Zufall abhängen, sondern sie müssen vorhersehbar und planbar sein.

Aus dieser Situation heraus ist eine breite Diskussion darüber entstanden, wie man den Kommunen helfen kann. Ich will zu den Themen Konnexitätsprinzip und Konsultationsmechanismen nichts weiter ausführen, weil wir dazu eine gemeinsame Anhörung durchführen werden. Wir werden uns dann mit Sicherheit intensiv über diese Themen unterhalten. Festzuhalten bleibt aber, dass in Bayern immer noch einer der besten kommunalen Finanzausgleiche aller Länder stattfindet. Wir befinden uns in einem ständigen Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden. Bisher ist es immer gelungen, durch einen guten Finanzausgleich die Interessen des Landes und der Kommunen miteinander zu vereinbaren. Aufgrund der dilettantischen Politik der rot-grünen Regierung ist dieser Interessenausgleich inzwischen aber fast unmöglich geworden. Deswegen müssen wir in Bayern versuchen, den Kommunen zu helfen, weil auch die Bürger in unserem Lande die Zeche für Rot-Grün zahlen müssen.

Der Vorschlag, der mit diesem Gesetzentwurf vorgelegt wird, ist zu kurz gedacht. Es nützt überhaupt nichts, nur die Zweitwohnungssteuer wieder einzuführen. Wir müssen eine breite Diskussion darüber führen, wie wir den Kommunen helfen können. Darüber wird bei den Ausschussberatungen zu reden sein. Ich bin gespannt darauf, ob Sie bereit sind, mit uns gemeinsam die rot-grünen Zumutungen aus Berlin den Kommunen gegenüber zu bekämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Letzte Rednerin ist Frau Kollegin Tausendfreund.

Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gerade bei dieser Diskussion ist es völlig unangebracht, mit dem Finger auf Berlin zu zeigen. Hier geht es um die Zweitwohnungssteuer, die der Freistaat Bayern den Kommunen vor Jahren entzogen hat. Das Grundgesetz sieht vor, dass die Kommunen örtliche Verbrauchs- und Aufwandssteuern erheben dürfen, solange der Bund keine

gleichartigen Steuern erhebt. Pro forma gibt es im Kommunalabgabengesetz eine entsprechende Regelung für die Gemeinden. Vom Steuerfindungsrecht der Gemeinden ist aber nichts übrig geblieben außer der Möglichkeit, die Hundesteuer zu erheben. Um diesen unerfreulichen Zustand verklausuliert darzustellen, sieht die gesetzliche Regelung wie folgt aus: Grundsätzlich gibt es das örtliche Steuerfindungsrecht. Gleichzeitig wurde aber ein umfangreicher Ausschusskatalog geschaffen, der dazu führte, dass die örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuern de facto abgeschafft sind. Das ist Selbstverwaltungsrecht à la CSU. Sie könnten auch gleich ins Gesetz schreiben, dass die Gemeinden außer der Hundesteuer keine örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuern mehr erheben dürfen. Dann hätten wir ein viel einfacheres Gesetz.

1988 hatte sich eine Gemeinde vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof die Möglichkeit der Zweitwohnungssteuer erstritten. Was war die Reaktion der CSU darauf? Flugs wurde das Gesetz geändert und die Zweitwohnungssteuer per Gesetz einfach verboten. Das ist Sicherstellung der Kommunal Finanzen à la CSU. Sie haben damit den Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle entzogen. Gerade die Fremdenverkehrsgemeinden sind empfindlich beeinträchtigt, weil sie die komplette Infrastruktur für die Ferienhäuser und deren Bewohner vorhalten müssen, aber keine adäquaten Einnahmen dafür erzielen. Gleichzeitig entstehen die bekannten Probleme wie Erhöhung der Wohnungs- und Grundstückspreise, Zersiedelung und Entstehung von Ortsteilen, die Geisterstädten gleichen.

In den letzten zwei Legislaturperioden haben wir GRÜNE jeweils Gesetzesinitiativen eingebracht mit dem Ziel, die Zweitwohnungssteuer wieder zu ermöglichen. Der SPD-Entwurf geht jetzt praktisch in die gleiche Richtung. Es geht bei diesem Gesetzentwurf nur um die Ermöglichung der Steuererhebung. Die Entscheidung für oder gegen eine kommunale Steuer liegt bei den Gemeinden. Dort gehört die Entscheidung auch hin. Eine solche Politik würde die kommunale Selbstverwaltung beachten, sie würde den Gemeinden Handlungsmöglichkeiten öffnen und sie nicht mehr gängeln.

Wir gehen noch einen Schritt weiter. Aus der verkorksten Gesetzeskonstruktion des Artikels 3 des Kommunalabgabengesetzes wollen wir die Verbotstatbestände komplett streichen. Die Gemeinden wissen selber, welche Steuern sie ihren Bürgerinnen und Bürgern aufbürden können oder ob sie auf eine Steuererhebung verzichten. Die Gemeinderäte müssen selbst entscheiden, ob sie sich mit einer Bagatellsteuer unbeliebt machen wollen

oder nicht. Es geht uns um den Freiraum, den der Staat den Kommunen lässt.

Viele in diesem Hause kommen aus der Kommunalpolitik.

Glauben Sie im Ernst, die Gemeinden führten plötzlich eine Speiseeissteuer ein, nur weil sie nicht mehr verboten ist? 1998 war das auch eine Forderung der SPD. Den jüngsten Pressemeldungen der CSU ist zu entnehmen, dass sich in diesem Punkt auch bei der CSU etwas bewegt. Herr Glück wurde schon zitiert. Heute wird allerdings in der Pressemitteilung der CSU-Landtagsfraktion etwas zurückgerudert.

Wir bieten Ihnen mit unserem Gesetzentwurf, den wir heute in der Fraktion beschlossen haben, die Möglichkeit, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips Ja zu einer Gesamtlösung zu sagen. Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie anfallen und vertreten werden müssen, nicht aber von oben per order de mufti.

Das ist auch im Sinne der Ergebnisse der Enquete-Kommission Föderalismus. Sie wissen selbst, dass die kommunalen Gremien sehr zurückhaltend sind, wenn es um die Belastung der Bürgerinnen und Bürger geht. Natürlich lassen sich die Finanzprobleme der Kommunen nicht mit den örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuern lösen. Es bleibt bei der Notwendigkeit einer umfassenden Gemeindefinanzreform. Es sind auch Überlegungen zu einer kommunalen Betriebssteuer notwendig. Es bleibt bei der Notwendigkeit der Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Das gilt ausdrücklich nicht nur für die Landesebene, sondern auch für die Bundesebene. Was wir nicht brauchen, sind Lippenbekenntnisse, wie wir sie derzeit täglich von der CSU und der Staatsregierung hören. Die Motivation ist klar: Es ist das Volksbegehren der Freien Wähler, dem die CSU den Wind aus den Segeln nehmen will. Wir bieten Ihnen Lösungen, bei denen Sie Ihren Worten auch Taten folgen lassen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Die Aussprache ist geschlossen. In Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Damit so beschlossen. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 20.02 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 2**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07:**

- | | |
|--|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Kellner, Dr. Runge und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Zuschüsse an die LfA zur Verstärkung des Konsolidierungsprogramms
(Kap. 07 04)

Drs. 14/10391</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Kellner, Dr. Runge und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Verstärkung der Task Force bei der LfA
(Kap. 07 04)

Drs. 14/10392</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Dr. Scholz, Schieder Werner u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Regionale Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 TG 72)

Drs. 14/10383</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Kellner, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Streichung der Mittel für die Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens
(Kap. 07 05 TG 74)

Drs. 14/10393</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Gartzke, Schieder Werner u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Maßnahmen im Energiebereich
(Kap. 07 05 TG 75 – 76)

Drs. 14/10382</p> | <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Kellner, Dr. Runge u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Förderung der Geothermie
(Kap. 07 05)

Drs. 14/10394</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Kellner u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Zweckbindung der Mittel für Neu-Ulm 21 für Maßnahmen im ÖPNV- und Bahnhofsbereich
(Kap. 07 07)

Drs. 14/10401</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Kellner, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Förderung des Schienengüterverkehr
(Kap. 07 07)

Drs. 14/10396</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Kellner u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Mittel für Regionalkonzepte und Betriebszuschüsse an private Verkehrsunternehmen im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs
(Kap. 07 07)

Drs. 14/10395</p> |
|--|--|

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl
Christine, Kellner, Dr. Runge und Fraktion BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Zuschüsse für den Erwerb von Bahnhöfen
(Kap. 07 07)

Drs. 14/10398

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl
Christine, Kellner, Dr. Runge und Fraktion BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;

hier: Mittel für Trassensicherungsvertrag mit der
Bahn AG
(Kap. 07 07)

Drs. 14/10397

Beschlußempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge (Tagesordnungspunkt 8) zu Grunde gelegt wurden

Es bedeuten:

- (E) **einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
- (G) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
- (ENTH) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
- (A) **Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
- (Z) **Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 07. Oktober 2002 (Vf. 11-VII-02) betreffend
 Antrag vom 26. September 2002 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 113 Abs. 1 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juli 2002 (GVBl S. 326), soweit die Schulaufsichtsbehörden beim Probeunterricht einen Vorsitzenden des Aufnahmeausschusses bestellen können
 AIII/G-1310/02-9
 Drs. 14/10773 (G)
 Votum des federführenden Ausschusses für

	CSU	SPD	GRÜ
Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	Z	A	Z

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Oktober 2002 (Vf. 12-VII-02) betreffend Antrag vom 26. September 2002 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit

1. des Art. 9 Abs. 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBl S. 264, BayRS 2024-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juli 2002 (GVBl S. 322),
2. des § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vom 25. Juli 2002 (GVBl S. 322), soweit dieser § 1 Nr. 5 (Art. 9, Abs. 5 KAG) betrifft,
3. der §§ 30, 2 Abs. 7, 8, 9 der Entwässerungssatzung der Landeshauptstadt München vom 14. Februar 1980

AIII/G-1310/02-10
 Drs. 14/10772 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	Z	Z	A

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Hahnzog, Schindler, Dr. Ritzer u.a. SPD
 Integrationspolitik (XXII)
 Kindergarten und Schule (8) – Deutschsprachiger islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Bayern
 Drs. 14/1607, 14/10559 (A)
 Votum des federführenden Ausschusses für

	CSU	SPD	GRÜ
Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Baumann, Hufe SPD
 Wissenschaftliches Netzwerk zur Kulturwirtschaftsforschung in Bayern
 Drs. 14/5554, 14/10628 (A)
 Votum des federführenden Ausschusses für

	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Baumann, Hufe SPD
Auszeichnung kulturwirtschaftlicher Gründungs-
initiativen
Drs. 14/5847, 14/10629 (A)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Hochschule, Forschung
und Kultur
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
6. Antrag der Abgeordneten Steiger, Wahnschaffe,
Dr. Baumann u.a. SPD
Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behin-
derung – Barrieren abbauen
Drs. 14/7458, 14/10419 (E)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Hochschule, Forschung
und Kultur
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
7. Antrag der Abgeordneten Werner, Wahnschaffe
u.a. SPD
Die Situation der Bewohner und Pflegekräfte in den
bayerischen Altenpflegeheimen verbessern (VI)
Drs. 14/7593, 14/10366 (E)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Sozial-, Gesundheits- und
Familienpolitik
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
8. Antrag der Abgeordneten Mehrlich u.a. SPD
Mobilfunksendeanlagen/Elektrosmog
Neues Info-Material für Kommunen und Öffentlich-
keit
Drs. 14/8949, 14/10500 (A)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Landesentwicklung und
Umweltfragen
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
9. Antrag des Abgeordneten Odenbach SPD
Islamischer Religionsunterricht mit eigenen Lehr-
kräften
Drs. 14/8952, 14/10632 (A)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Hochschule, Forschung
und Kultur
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
10. Antrag des Abgeordneten Hartenstein
Mobilfunk – Verringerung der Expositionswerte
Drs. 14/8980, 14/10501 (A)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Landesentwicklung und
Umweltfragen
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | ENTH | ENTH |
11. Antrag des Abgeordneten Hartenstein
Forschungsprojekt – Aufklärung möglicher Zusam-
menhänge zwischen Elektrosensibilität und Mobil-
funk-Hochfrequenzfeldern
Drs. 14/8981, 14/10502 (E)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Landesentwicklung und
Umweltfragen
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
12. Antrag der Abgeordneten Dr. Scholz, Hoderlein,
Dr. Kaiser u.a. SPD
Offensive Handwerk und Mittelstand – Finanzia-
rung sichern
Familienangehörige beim Mittelstandskredit-
programm MKP gleichstellen
Drs. 14/9073, 14/10717 (A)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Wirtschaft, Verkehr und
Technologie
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
13. Antrag der Abgeordneten Dr. Köhler Heinz,
Gartzke, Mehrlich u.a. SPD
Regionalisierte Untersuchungen des Kranken-
standes
Drs. 14/9402, 14/10509 (A)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Sozial-, Gesundheits- und
Familienpolitik
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
14. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Sprinkart, Mün-
zel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Aussetzung der dienstlichen Beurteilungen an den
Volksschulen
Drs. 14/9426, 14/10508 (E)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Fragen des öffentlichen
Dienstes
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
15. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann,
Weinhofer u.a. CSU
Dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevöl-
kerung Rechnung tragen
Sicherheitsgesetze nachbessern I
Regelausweisung gewaltbereiter ausländischer
Extremisten
Drs. 14/9533, 14/10469 (G)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Kommunale Fragen und
Innere Sicherheit
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | A | A |

16. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann, Welnhofen u.a. CSU
Dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen
Sicherheitsgesetze nachbessern II
Bundesweite Regelanfrage beim Verfassungsschutz
Drs. 14/9534, 14/10470 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
17. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann, Hölzl u.a. CSU
Dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen
Sicherheitsgesetze nachbessern III
Informationspflicht des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge gegenüber den Landesämtern für Verfassungsschutz
Drs. 14/9535, 14/10471 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
18. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann, Hölzl u.a. CSU
Dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen
Sicherheitsgesetze nachbessern IV
Voraussetzungen der Informationserhebung bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistern, Postdienstleistern, Luftfahrtunternehmen, o.ä.
Drs. 14/9536, 14/10472 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
19. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann, Welnhofen u.a. CSU
Dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen
Sicherheitsgesetze nachbessern V
Einzustellende Daten im Ausländerzentralregister
Drs. 14/9537, 14/10473 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
20. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann, Heike u.a. CSU
Dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen
Sicherheitsgesetze nachbessern VI
Zentraldatei zur Speicherung biometrischer Daten
Drs. 14/9538, 14/10476 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
- Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | | | |
|------------|------------|------------|
| CSU | SPD | GRÜ |
| Z | A | A |
21. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann, Hölzl u.a. CSU
Dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen
Sicherheitsgesetze nachbessern VII
Aufnahme biometrischer Daten bei der Erteilung von Visa und sonstigen Aufenthaltstiteln
Drs. 14/9539, 14/10477 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
22. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann, Welnhofen u.a. CSU
Dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen
Sicherheitsgesetze nachbessern VIII
Verbesserung der akustischen Wohnraumüberwachung
Drs. 14/9540, 14/10478 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
23. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann, Welnhofen u.a. CSU
Dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen
Sicherheitsgesetze nachbessern IX
Optische Wohnraumüberwachung
Drs. 14/9541, 14/10479 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |
24. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann, Welnhofen u.a. CSU
Dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung tragen
Sicherheitsgesetze nachbessern X
Ausweitung der Telefonüberwachung
Drs. 14/9542, 14/10480 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | A | A |

25. Antrag der Abgeordneten Paulig, Dr. Runge, Schopper u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schutz der Alpen II
Erweiterung der Zone C des Alpenplans im Landesentwicklungsprogramm
Drs. 14/9569, 14/10336 (E)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
26. Antrag der Abgeordneten Lück, Gartzke u.a. SPD
Alpenkonvention I
Naturschutz Landesentwicklungsplan
Drs. 14/9594, 14/10503 (A)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
27. Antrag der Abgeordneten Lück, Gartzke u.a. SPD
Alpenkonvention II
Tourismuskonzept
Drs. 14/9595, 14/10184 (A)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
28. Antrag der Abgeordneten Lück, Gartzke u.a. SPD
Alpenkonvention III
Tourismus – Beschneigung
Drs. 14/9596, 14/10504 (ENTH)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
29. Antrag der Abgeordneten Lück, Gartzke u.a. SPD
Alpenkonvention IV
Straßen – ÖPNV
Drs. 14/9597, 14/10185 (A)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
30. Antrag der Abgeordneten Lück, Gartzke u.a. SPD
Alpenkonvention V
ÖPNV
Drs. 14/9599, 14/10186 (A)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
31. Antrag der Abgeordneten Lück, Gartzke u.a. SPD
Alpenkonvention VI
Landwirtschaft
Drs. 14/9600, 14/10505 (A)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
32. Antrag der Abgeordneten Lück, Gartzke u.a. SPD
Alpenkonvention VII
Alm/Alperschließung
Drs. 14/9601, 14/10506 (A)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Gartzke u.a. und Fraktion SPD
Bericht über Einflussnahme auf die Staatsregierung beim FOC Ingolstadt – Aussetzung des Verfahrens zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes, Teilplan Einzelhandelgroßprojekte/FOC
Drs. 14/9671, 14/10699 (A)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Stahl Christine, Paulig u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verzicht auf die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms zu Einzelhandelsgroßprojekten/Factory Outlet Center
Drs. 14/9674, 14/10700 (A)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
35. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Dr. Runge, Paulig und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Mehrweg in staatlichen Liegenschaften
Drs. 14/9699, 14/10533 (E) [X]
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen | CSU | SPD | GRÜ |
| | Z | Z | Z |
36. Antrag der Abgeordneten Loscher-Frühwald, Schweiger, Hecker u.a. CSU
Einrichtung eines Studienganges „Consumer Science“
Drs. 14/9744, 14/10522 (ENTH)

- | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|---|------------|------------|------------|--|---|---|------|---|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>ENTH</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | ENTH | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>A</td> <td>A</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | A | A |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | A | A | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>37. Antrag der Abgeordneten Glück, Prof. Dr. Eykmann, Schneider Siegfried u.a. CSU
Dienstliche Beurteilung an Volksschulen – Übergangsregelung
Drs. 14/9755, 14/10510 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z | <p>42. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Zeller, Weinhofer u.a. CSU
Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts V
Unterstützung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit Europol
Drs. 14/9763, 14/10495 (G)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>A</td> <td>A</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | A | A |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | A | A | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>38. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Zeller, Weinhofer u.a. CSU
Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts I
Kompetenzverteilung im Bereich der Inneren Sicherheit und der Justiz
Drs. 14/9759, 14/10491 (G)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>A</td> <td>A</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | A | A | <p>43. Antrag der Abgeordneten Franzke, Naaß, Odenbach u.a. SPD
Übergangsregelung für Dienstliche Beurteilungen im Grund-, Haupt- und Förderschulbereich
Drs. 14/9786, 14/10511 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | A | A | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>39. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Zeller, Weinhofer u.a. CSU
Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts II
Einheitlicher Fahndungsraum Europa
Drs. 14/9760, 14/10492 (G)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>A</td> <td>A</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | A | A | <p>44. Antrag der Abgeordneten Maget, Dr. Kaiser, Schultz u.a. und Fraktion SPD
Sanierung des Deutschen Ordens
Drs. 14/9955, 14/10535 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | A | A | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>40. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Zeller, Weinhofer u.a. CSU
Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts III
Europadatei für Gewalttäter
Drs. 14/9761, 14/10493 (G)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>A</td> <td>A</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | A | A | <p>Anträge, bei denen gemäß § 132 Abs. 3 der Geschäftsordnung das abweichende Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen der Abstimmung zugrundegelegt ist:</p> | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | A | A | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>41. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Zeller, Weinhofer u.a. CSU
Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts IV
Verbesserung der Möglichkeiten für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der nationalen Polizei-, Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden
Drs. 14/9762, 14/10494 (G)</p> | <p>45. Antrag der Abgeordneten Franzke, Naaß, Goertz u.a. SPD
Sonderzuschläge zur Personalgewinnung
Drs. 14/9965, 14/10499 (E) [X]</p> <p>Der Antrag wird im Einvernehmen mit allen Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt.</p> | | | | | | | | | | | | | | | | |

